

# HZZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

66. Jahr

Heft 6

Juni 2013





## GEW-Bezirksverband Nordhessen



Die Bezirksdelegiertenversammlung der GEW Nordhessen beschäftigte sich auf ihrer turnusgemäßen Versammlung am 22. April in Melsungen mit den Schwerpunkten Bildungsfinanzierung und Inklusion, für die der GEW-Bezirksvorstand Wahlprüfsteine zur Landtagswahl aufstellen wird.

Johannes Batton aus Bad Sooden-Allendorf wurde neu in das Vorsitzendenteam gewählt, Heike Lühmann und Carsten Leimbach aus Kassel wurden in ihrem Amt bestätigt. Weitere Mitglieder

des Vorstands sind Anke Weichenhain und Juliane Kothe (Schriftführung), Werner Mösche-Sonnenberg und Wolfgang Hartmann (Kassenführung). Für die Geschäftsführung wurden Irina Kilinski und Hans-Georg Klindt bestätigt, für die Rechtsberatung Reinhard Besse, Roald Oestreich und Andreas Skorka.

Nach 28 Jahren beendete Bernd W. Richter seine Tätigkeit als Kassierer beim Sozialen Hilfswerk. Die Delegierten bedankten sich mit der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft für seine langjährige Arbeit für diese in der GEW einmalige Institution, die Kolleginnen und Kollegen in wirtschaftlichen Not-situationen schnell und unbürokratisch Hilfe leistet. Seine Nachfolgerin ist Andrea Süß. Als Vorsitzenden des sozialen Hilfswerks bestätigte die Versammlung Klaus Hansmann und als Geschäftsführer Birgit Koch.

Das Vorsitzendenteam des GEW-Bezirksverbands Nordhessen (von links): Carsten Leimbach, Heike Lühmann, Johannes Batton

## PERSPEKTIVEN DER LEHRERFORTBILDUNG

**Werkstattgespräch der GEW Hessen: Montag, 24. Juni 2013, 14 bis 18 Uhr**  
DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 (Nähe Hauptbahnhof)

Die Lehrerfortbildung in Hessen liegt danieder. Um die Qualität schulischer Bildung zu erhalten und der Resignation von Kolleginnen und Kollegen oder ganzer Kollegien vorzubeugen, ist Fortbildung unter Berücksichtigung des sich verändernden Schullebens eine zentrale Herausforderung. Die GEW fordert ein Unterstützungssystem, das sich vor allem an der Nach-

frage und den Bedürfnissen der Schulen, der Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte orientiert.

Bei dem Werkstattgespräch sollen Forderungen an das Konzept künftiger Lehrerfortbildung in Hessen formuliert werden. Eingeladen sind Vertreter des Landesschulamts, die das Konzept für Lehrerfortbildung entwickeln sollen.

### Aus dem Inhalt

#### Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Meldungen
- 18 Bücher
- 35 Aus der Personalratsarbeit
- 36 Recht und Rechtsberatung
- 37 Magazin

#### Titelthema: Ökonomische Bildung

- 6 Mehr ökonomische Bildung?
- 8 In Zeiten der Finanzkrise
- 10 Handelsblatt macht Schule
- 12 Ökonomie und Politikunterricht
- 14 Lobbyisten im Klassenzimmer
- 16 Positionen von DGB und GEW

Dieser Ausgabe der HLZ ist der Wandkalender für das Schuljahr 2013/14 beigelegt.

#### Einzelbeiträge

- 19 lea-Programm Juni bis August
- 23 Zivilklausel an Hochschulen
- 24 Verfehlte Maßnahmen: Inklusion in Hessen
- 26 Erziehung zur Demokratie
- 28 John Hattie: Guter Unterricht
- 30 Vor 80 Jahren: Bücherverbrennung in Darmstadt
- 32 Klassenfahrt mit 60
- 34 Lehrerrzuweisung mit Sozialindex



Zeitschrift der GEW Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

#### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: info@gew-hessen.de  
Homepage: www.gew-hessen.de

#### Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling  
Klingenger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (0 69) 6313775  
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

#### Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

#### Gestaltung:

Harald Knöfel, Michael Heckert +

Titelthema: Harald Freiling

#### Illustrationen:

Dirk Tonn (Titel, S. 17), Thomas Plaßmann (S. 7), Dieter Tonn (S. 13, 33), Ruth Ullenboom (S. 4, 15)

#### Fotos:

Arbeitskreis Zivilklausel (S. 23), Harald Freiling (S. 11, 13, 25, 31), Michael Schulze von Glasser (S. 23)

#### Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

#### Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Edith Hestert  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: mlverlag@wsth.de

#### Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

#### Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

#### Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

#### Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

#### Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

#### Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

# Aufklären statt Verklären

Plädoyers für mehr Ökonomie in den Schulen klingen im Schatten der größten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise aller Zeiten zunächst abwegig. Gerade die mit höchsten akademischen Weihen ausgezeichneten Absolventinnen und Absolventen wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge lösten den Kollaps des Weltfinanzsystems als Analysten, Banker und Berater aus. Doch die Forderung nach ökonomischer Bildung bleibt aktuell, wenn sie in kritischer Distanz zu einer monodisziplinären Wirtschaftsdidaktik unter dem Dach der sozialwissenschaftlichen Bildung verankert wird.

Ihren emanzipatorischen Charakter muss die ökonomische Bildung auch dort unter Beweis stellen, wo Unternehmen und ihre Lobbyisten eine von Partikularinteressen geprägte „Abrichtung auf den Arbeitsmarkt“ propagieren, die im Widerspruch zum Humboldtschen Bildungsideal steht und dem „Überwältigungsverbot“ zuwiderläuft. Dies gilt umso mehr, als angesichts sinkender Schulbuchetats und gedeckelter Kopierkontingente mehr und mehr private Akteure auf den „Bildungsmarkt“ drängen. Nicht wenige der 250 Initiativen, die vorgeben, sich um die ökonomische Bildung verdient zu machen, wollen im Grunde nur verdienen, indem sie die Kinder von heute zu Kunden von morgen erziehen. Die jüngste GEW-Studie, wonach für 45 Prozent aller Schulen Privatunternehmen inzwischen die wichtigsten Kooperationspartner darstellen, lässt erkennen, dass der Einfluss privater Unternehmen auf die vormals als „Schonraum“ verankerte Schule schon jetzt ein bedenkliches Ausmaß erreicht hat.

Ökonomische Bildung muss in den Sozialwissenschaften verankert sein. Den nach wie vor dominanten Denkansätzen der neoklassischen Standardökonomie, wonach Arbeits-, Güter- und Heiratsmarkt modelltheoretisch nach denselben Mechanismen funktionieren, müssen auch im Unterricht politische, gesellschaftliche, rechtliche und historische Denkansätze entgegengestellt werden. Solange alle fünf Sekunden ein Kind an Hunger stirbt, muss sich nicht nur unser ökonomischer Sachverstand, sondern auch unser soziales Gewissen regen und zu politischen Aktionen bewegen.

Ökonomische Bildung soll über die Schulzeit hinaus der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen Rechnung tragen. Deshalb gilt es, die Beschleunigung der

Arbeitsprozesse, die gewachsenen Leistungsanforderungen sowie die in vielen Branchen eingeforderte (berufliche) Mobilität zu beleuchten. In einer demokratischen Gesellschaft darf es kein undemokratisches Wirtschaftssystem geben.

Schülerinnen und Schüler müssen die wechselseitigen Bezüge zwischen den Disziplinen Politik, Ökonomie, Geschichte, Recht und Soziologie (besser) verstehen lernen. Als Verbraucherinnen und Verbraucher können wir einen substanziellen Beitrag zur „Moralisierung der Märkte“ leisten, indem wir uns mehr und mehr von der auf reine Nutzen- und Wertvermehrung gerichteten Zweckrationalität abwenden und stattdessen ein von moralischen Kriterien geleitetes (Markt-)Verhalten zeigen. Denn ob beim Kaffeetrinken, beim Schokoladenverzehr oder beim Kauf von Textilien: Ethischer Konsum gibt uns Gelegenheit, den Kaufakt in eine Abstimmung über die politische Rolle der Konzerne zu verwandeln. Letztlich gilt es, den von John M. Keynes formulierten Anspruch einzulösen, wonach jeder Ökonom bis zu einem gewissen Grad auch Mathematiker, Historiker und Philosoph sein sollte. Schließlich ist derjenige, der dem ökonomischen Rationalismus in jeder Lebenssituation erliegt, weniger ökonomisch gebildet als vielmehr ökonomistisch verbildet. Auch deshalb müssen die Kultusministerien dafür sorgen, dass der Kundenfang im Klassenzimmer unter der Chiffre „Ökonomische Bildung“ ein Ende findet.

*Tim Engartner*



**Tim Engartner**

Der Autor ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt. Sein ausführlicher Beitrag zum Thema des Kommentars erscheint in dieser HLZ auf Seite 6.

# Erlebniswelt Supermarkt

Mein Mann sortiert die Einkäufe. „Das Suppengrün fehlt“, klagt er. Ohne Suppengrün keine Rouladen! Ich will seine Kochbereitschaft, die noch seltener als meine eigene auftritt, nicht aufs Spiel setzen und fahre zum nächsten Supermarkt. „Du kannst gleich noch zwei Flaschen Sekt, eine Mango, Scheuerpulver, einen Sack Kartoffeln, Toilettenpapier, Zahnpasta und ein Kreuzworträtselheft mitbringen! Aber nicht so eins für Doofel!“ Auf die Idee, den Tag vor Himmelfahrt mit Einkäufen zu verbringen, sind auch andere gekommen. Der Parkplatz ist überfüllt, mehrere Autofahrer drehen lauernd ihre Runden. Ich habe Glück und erwische eine Konsumentin auf dem Rückzug. Sie lässt sich viel Zeit, als sie merkt, dass mehrere Autofahrer sie hoffnungsvoll beobachten. Der Jeep, der es nicht rechtzeitig in diese Lücke geschafft hat, würde mich am liebsten überrollen.

Der letzte Einkaufswagen geht direkt vor meiner Nase weg. Nach zehn Minuten merke ich, dass das Warten draußen am „Carport“ wenig Sinn hat. Man muss sich direkt bei den Kassen

aufstellen und Abgängigen beim Verstauen der Beute helfen. Dann hat man eine reelle Chance. Endlich habe ich so ein Gefährt erwischt und stelle mich vor der Eingangsschleuse an. Im engen Gang dahinter hat sich ein intensives Gespräch zwischen einer Kundin und dem Zwiebsortierer entwickelt. Sie haben sich lange nicht gesehen, entsprechend groß ist ihr Mitteilungsbedürfnis. Irgendwann bricht jemand aus und lenkt seinen Wagen brachial dazwischen. Ich schließe mich diesem Vorstoß blitzschnell an, ehe sich der Durchgang wieder schließt.

Beim Obst und Gemüse ist richtig was los. Kritische Konsumentinnen prüfen mit festem Griff die Konsistenz von Mango und Papaya. Sie wühlen in frühen Erdbeeren und Spargelstangen, zerren Kopfsalat und Kohlrabi von ganz unten ans Tageslicht. In geschicktem Slalom erreiche ich die Ecke mit dem Wurzelgemüse. Das letzte Suppengrün sieht zerzaust aus, aber was soll's. Meine Mutter hat übrigens nie Rouladen mit Suppengrün angefertigt... Ich nehme vorsichtshalber noch einen Selleriekopf und einen Rettich mit, falls das Suppengrün daheim missfällt.

Auf der Suche nach Scheuerpulver muss ich die gesamte Stellfläche des Supermarktes abfahren. Ein gutes Training für Nervenstärke und Gelassenheit. Immer wieder umschiffe ich kniende Verkäuferinnen, „Gabelstapler“ mit Eierkartons und Joghurt, Stau bildende Ehepaare, im heftigen Streit um Toilettenpapier: dreilagig oder vierlagig? Ein Mann stiert ratlos in die Tiefkühltruhe und fragt schließlich per Handy nach, was er noch mal kaufen solle. Er versperrt mir den Weg zu den Eisgarnelen in Honigsenf und lächelt verlegen: „Meine Frau schimpft, wenn ich das Falsche mitbringe.“ Eine Mutter mit zwei quengelnden Kleinkindern sucht nach biologisch abbaubarem Kräutertee. Das Quengeln steigert sich zu schrillen Schreien, als sie zügig an Schokolade und Keksen vorbei eilt. Ich vermute, die Kindsmutter trägt Ohrstöpsel. Ich kann nach dreißig Dienstjahren Störgeräusche jeder Art nur schwer ertragen und flüchte

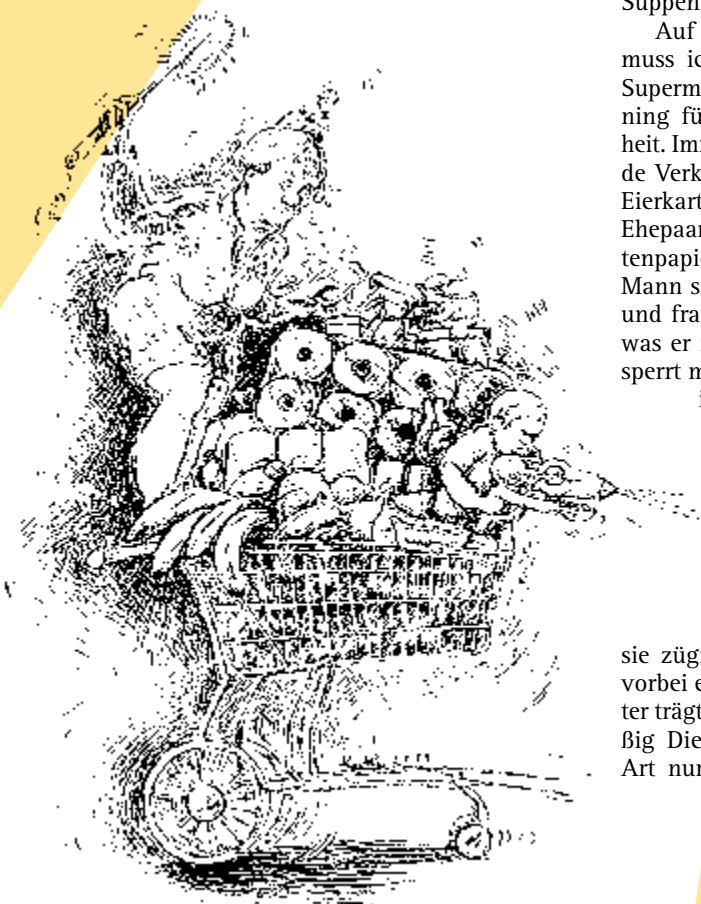
mich in die Asia-Abteilung. Hoffentlich passen Kokosmilch und Wasabi zu Rouladen. Ich stoße auf einen Wühlkorb mit Tapes, die von Orthopäden neuerdings so gern verklebt werden. Ich nehme eine Packung fürs Knie und eine für den Schultergürtel mit. An der Kasse staune ich über den Preis. Beim Sekt kann man gleich buntes Granulat erwerben, das angeblich die Folgen von Alkoholmissbrauch lindert.

Ich habe fertig und steuere die Kasse an. Aber welche? Egal, die Schlange, in der ich lande, ist immer die langsamste. Heute stehe ich beim Anlernling an, der jedes Obst erst in seiner Liste ausfindig machen muss. Da er Limonen beim Gemüse sucht, dauert es eine Weile, ehe er fündig wird. Als ich meine Sachen aufs Band legen will, fällt mir auf, dass ich die Kartoffeln vergessen habe. Ein Sprint durchs Geschäft, die erstbeste Tüte gegriffen (hoffentlich die richtige, man kann bei Kartoffeln ja so viel falsch machen, sagt mein Mann...) und zurückgespurtet. Atemlos komme ich an der Kasse an. Die Nachdrängelnden haben meinen Wagen beiseitegeschoben und ich muss wieder ans Ende der Schlange.

Hat jemand den nationalen Notstand ausgerufen? Ein Feiertag und ein Wochenende stehen ins Haus und die Leute kaufen ein, als hätten sie Grandhotels und Jugendherbergen zu versorgen. Während ich noch über Zehnliterfässer Milch und Weißwein, über gemischtes Schlachtgut für die Großfamilie staune, fährt mir eine Frau schmerzhaft in die Hacken. Sie hat Recht, ich hätte schon zehn Zentimeter aufrücken können. Die Frau vor mir sucht endlos nach ihrer Kundenkarte und nach einer Zwei-Cent-Münze. Ich biete ihr eine von meinen an, damit es schneller geht. Sie ist beleidigt. Während sie gaaanz langsam ihr Konsumgut einpackt, rollt meins schon los und landet fast in ihrem Einkaufsbeutel. Ich kann Flugananas und Lachs in letzter Sekunde an mich reißen. Nein, ich will keine Treueherzen und keine Sammelkarten „Die Tiere Afrikas“. Ich will auch keinen Gutschein für Fallschirmsprünge. Der Kassierer scheint enttäuscht. Am Kofferraum merke ich, dass er die Kartoffeln als Maracujas verbucht hat, was den Preis ein wenig in die Höhe treibt. Aber jetzt noch mal zurück?

Übrigens schmecken Rouladen mit puriertem Suppengrün nicht so richtig.

Gabriele Frydrych





## Landesvorstand berät über Landesvorsitz der GEW

Auf seiner Klausurtagung befasste sich der GEW-Landesvorstand am 24. und 25. Mai in Rotenburg an der Fulda mit der Kandidatur des GEW-Landesvorsitzenden *Jochen Nagel* für den Bundestag. Wie die HLZ berichtete, hatte Jochen Nagel auf dem Landesparteitag der Partei DIE LINKE für Platz 2 der Landesliste für die Bundestagswahl kandidiert. Bei der Abstimmung über diesen als sicher geltenden Listenplatz war er knapp dem bisherigen Bundestagsabgeordneten *Wolfgang Gehrcke* unterlegen. Nagel wurde danach mit großer Mehrheit als weiterhin parteiloser Bewerber für Platz 4 nominiert, der auf dem Hintergrund aktueller Wahlprognosen nicht mit einem Einzug in den Bundestag verbunden sein wird.

Nach intensiver Debatte stellte der GEW-Landesvorstand mit einer großen Mehrheit von 74% der Stimmen fest, dass er diese Kandidatur mit den Aufgaben eines GEW-Landesvorsitzenden für vereinbar hält. Die parteipolitische Unabhängigkeit der GEW sei durch die persönliche Entscheidung von Jochen Nagel nicht gefährdet. Zustimmung nahm der Landesvorstand seine Erklärung zur Kenntnis, dass er sein Mandat als Landesvorsitzender während des Wahlkampfes ruhen lässt.

Grundlage dieser Beschlüsse war auch die Erklärung Jochen Nagels gegenüber dem Landesvorstand, dass er als GEW-Vorsitzender „selbstverständlich weiter ausschließlich den Beschlüssen und Positionen der GEW verpflichtet ist und seine Unabhängigkeit nicht zur Disposition steht“. Sollte er in den Bundestag gewählt werden, werde er als GEW-Landesvorsitzender zurücktreten, um jede Interessenkollision auszuschließen.

## Hessen vorne? DGB-Tagung am 29. 6. zur Landtagswahl

Eine Tagung mit Vorträgen und Arbeitsgruppen zu allen aktuellen Themen der Landespolitik veranstaltet der DGB Hessen am Samstag, dem 29.6., von 11 bis 17 Uhr in Frankfurt (Hoffmanns Höfe). Um 15.30 Uhr findet eine Diskussion mit Finanzminister *Schäfer*, den Spitzenkandidaten der Parteien und dem DGB-Vorsitzenden *Körzell* statt.

• *Programm und Anmeldung: <http://hessen-thueringen.dgb.de/termine>*

## Landeselternbeirat: Politik ignoriert Elternwillen

In einer Resolution des Landeselternbeirats und aller Stadt- und Kreiselternbeiräte werfen die hessischen Eltern der Landesregierung vor, den Elternwillen in der Frage einer Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 hartnäckig zu ignorieren. So gebe es beispielsweise in Wiesbaden, Groß-Gerau, Rüsselsheim und im Hochtaunuskreis kein einziges Gymnasium, das im nächsten Schuljahr zu G9 zurückkehren wird, obwohl sich nach lokalen Umfragen 80 bis 95% der Eltern G9 für ihre Kinder wünschen. Auch im „Y-Modell“ mit einem parallelen Angebot von G8 und G9 an derselben Schule entscheide *die Schule* nach Klasse 6, welche Klasse das Kind besucht. Als „völlig unverständlich“ bezeichnet der Landeselternbeirat die „sture Haltung“ der Landesregierung, nach der die jetzigen Klassen 5 und 6 von einer Rückkehr zu G9 ausgeschlossen sind.

## Privatschulen Dr. Obermayr unter Druck

Die Geschäftsführung der Dr. Obermayr-Schulen mit Standorten in Wiesbaden, Taunusstein, Schwalbach und Rüsselsheim hat ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs in den letzten Wochen erneut verschärft. Bei mehreren Dienstversammlungen griff *Dr. Gerhard Obermayr* die GEW an, die seit Jahren auf die Missstände in seinem Unternehmen aufmerksam macht (*www.gew-wiesbaden.de*). Der Unmut der Beschäftigten resultiert aus den verstärkten betriebsinternen Kontrollen und Vorschriften und dem Gutsherrn-Gehabe des Firmeninhabers, das mit gezielten Einschüchterungen einhergeht (HLZ 1-2/2010). Die Personalfuktuation ist nach wie vor erheblich. Wiederholt stritten Lehrkräfte vor den Arbeitsgerichten in Wiesbaden und Darmstadt um ihr Recht. Im Januar 2013 schied die Betriebsratsvorsitzende überraschend aus dem Unternehmen aus. „Auf diese Funktion rückte ein Betriebsrat nach, der offensichtlich nicht nur das Vertrauen von Dr. Obermayr, sondern auch seiner 80-jährigen Mutter besitzt, die nach wie vor in der Geschäftsführung des Unternehmens tätig ist“, heißt es in einem Brief an die GEW. Die GEW Wiesbaden unterstützt eine stärkere Vernetzung der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb.

## Beamtenbesoldung: Erneute Trickserie

In einer Pressekonferenz kündigten die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP *Wagner* und *Greilich* am 23. April an, Hessen werde den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst mit zwei Gehaltserhöhungen von jeweils 2,8% zum 1. Juli 2013 und 1. April 2014 zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Lediglich die beiden Einmalzahlungen von insgesamt 675 Euro werde man aus Gründen der „Haushaltsdisziplin“ nicht übernehmen.

Der tatsächlich vorgelegte Gesetzentwurf von CDU und FDP sieht aber nur noch Erhöhungen von 2,6% zum 1. 7. 2013 und zum 1. 4. 2014 vor und bleibt damit hinter den Ankündigungen zurück. Begründet wird das mit einer Abführung in die „Versorgungsrücklage“ in Höhe von 0,2 Prozentpunkten bei jeder Besoldungserhöhung. Dass in der Pressekonferenz von CDU und FDP der Eindruck erweckt wurde, man wolle die Besoldung um zweimal 2,8% erhöhen, bezeichnete die GEW als „Trickserie“. Skandalös sei es auch, den Beamtinnen und Beamten sowie allen Lehrkräften in Hessen seit 2009 eine den tariflichen Regelungen entsprechende Arbeitszeitverkürzung vorzuenthalten.

Musterbriefe und Resolutionen findet man unter *www.gew-hessen.de*.

Bei der Befragung der vom Tarifabschluss direkt betroffenen GEW-Mitglieder sprach sich eine deutliche Mehrheit von 94,1% dafür aus, das Ergebnis der Tarifverhandlungen anzunehmen.

## Landesgeschäftsstelle der GEW: Vom 22. 7. bis 2. 8. geschlossen

Die Geschäftsstelle der GEW Hessen ist in den mittleren beiden Wochen der hessischen Sommerferien geschlossen. Damit ist auch die Landesrechtsstelle in der Zeit vom 22. Juli bis 2. August 2013 nicht besetzt. Die Landesrechtsstelle bittet deshalb darum, dass eilige Anfragen bis möglichst 10. Juli dort eingehen. Bei eiligen bzw. fristgebundenen Angelegenheiten können sich Mitglieder während der Betriebschließung an die Büros der DGB Rechtsschutz GmbH wenden: *www.dgbrechtsschutz.de* > *Vor Ort*

Bei beamtenrechtlichen Fragen steht darüber hinaus in dieser Zeit ausnahmsweise die Bundesstelle für Rechtsschutz unter der Nummer 069-78973-0 zur Verfügung.



# Ökonomische Bildung

## Zwischen Notwendigkeiten und Risiken

Sinkende Schulbuchetats, gedeckelte Kopierkontingente und die in zahlreichen Bundesländern abgeschaffte Lernmittelfreiheit lassen immer mehr private Akteure auf den „Bildungsmarkt“ treten. Insbesondere im Feld der ökonomischen Bildung hat der unternehmerische Einfluss auf die vormals als „Schonraum“ bezeichnete Schule mittlerweile ein höchst bedenkliches Ausmaß erreicht. Die im Rahmen der PISA-Studie 2006 durchgeführte Befragung von Schulleiterinnen und Schulleitern offenbarte, dass 87,5 Prozent der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler hierzulande eine Schule besuchen, „an der Wirtschaft und Industrie Einfluss auf die Lehrinhalte ausüben“ – selbst im OECD-Vergleich ein trauriger „Rekord“. Nicht wenige der rund 250 Initiativen, die vorgeben, sich um die ökonomische Bildung verdient zu machen, tatsächlich aber nur mit ihr verdienen wollen, speisen selektive, tendenziöse und manipulative Unterrichtsmaterialien in die Schulen ein. Für Lehrkräfte, die über eine sozialwissenschaftliche Fakultas verfügen, stellt dies eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar, für Kolleginnen und Kollegen, die das Fach Politik und Wirtschaft fachfremd unterrichten (müssen), nicht selten eine strukturelle Überforderung.

Obwohl der Kundenfang im Klassenzimmer immer mehr Eltern aufhorchen lässt, haben die Kultusministerien und die Kultusministerkonferenz (KMK) als schulpolitisch verantwortliche Instanzen bislang kaum dafür Sorge getragen, dass die lobbyistisch motivierte Einflussnahme auf Schulen nicht weiter um sich greift. Dabei stehen von privaten Content-Anbietern propagierte Partikularinteressen nicht nur im Widerspruch zum Humboldtschen Bildungsideal, sondern laufen auch dem „Überwältigungsverbot“ zuwider, das bis heute die Grenze zwischen Aufklärung und Indoktrination markiert. Lernprozesse können schließlich nur dann als erfolgreich bezeichnet werden, wenn (eigene) Meinungen und Urteile gewonnen, präzisiert, reflektiert, verifiziert oder gegebenenfalls auch falsifiziert werden (können).

Dies kann jedoch nur mit Unterrichtsmaterialien gelingen, die sich an der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler orientieren und nicht als Lobbyprodukte in die Klas-

senzimmer gelangen, so wie dies derzeit unter anderem mit der Aktion *My Finance Coach* geschieht. In dem Materialordner zum Thema „Sparen“ werden die Risiken von Aktien und Anleihen niedriger Bonität oder hoher Volatilität ebenso ausgeblendet wie Inflationsrisiken, „Kreditfallen“ oder „Falschberatungen“. Nach dem didaktisch-methodischen Kommentar zur ersten Auflage, die rund 100.000 Jugendliche erreichte, sollten Schülerinnen und Schüler unter anderem lernen, „dass das Solidaritätsprinzip nicht mehr funktioniert, damit sie den Nutzen von privater Absicherung nachvollziehen können“.

Ergänzt werden diese einseitigen Unterrichtsmaterialien um ein ebenso neuartiges wie höchst bedenkliches Angebot: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten Unternehmen *Allianz*, *McKinsey* und *Grey* kommen als *Finance Coaches* in den Unterricht. Eine kritische finanzielle Allgemeinbildung, die auf die Gefahren von Finanzintermediären wie Bankberatern oder Versicherungsvertretern hinweist und vor vermeidbaren finanziellen Risiken warnt, findet nicht statt.

### Kein Lobbyismus im Klassenzimmer

Ein weiteres Beispiel für dubiose Bildungsoffensiven ist das Projekt „Geldlehrer“. Der im Dezember 2010 gegründete Verein *Geldlehrer Deutschland e.V.* hat es sich zur Aufgabe gemacht, Schulen bei der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen im Bereich der finanziellen Bildung mit kostenlosen Lehrmaterialien zu versorgen und mit der Ausbildung ehrenamtlich unterrichtender „Geldlehrer“ zu unterstützen. Danach sollen die Schülerinnen und Schüler „Sparpläne, Darlehen, Ratenkredite, Inflation und sogar ihre eigene Altersvorsorge selbstständig berechnen“ können. Mehr als 70 „Geldlehrerinnen und Geldlehrer“ unterrichten derzeit über mehrere Wochen an Mittel- und Realschulen sowie Gymnasien, wobei die meisten von ihnen Vermögens- oder Finanzberater sind, die für ihre dreitägige Schulung 2.900 Euro bezahlt haben. Der Verdacht liegt nahe, dass sie gezielt für ihre Finanz- und Versicherungsprodukte werben, indem sie die staatliche Umlagefinanzierung schlecht- und das privatwirtschaftlich organisierte Kapitaldeckungsprinzip schönreden.

Mit einem Jahresetat von zuletzt 6,97 Millionen Euro ist auch die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (INSM) seit vielen Jahren im Bildungsbereich aktiv. Ihr „Schnupperkurs in Sachen Ökonomie“ stellt unter anderem die folgende manipulative Frage:

„Ist nicht die soziale Balance in Deutschland gerade deshalb aus den Fugen geraten, WEIL wir – der Staat, die Gesellschaft – krampfhaft versuchen, die Schicksale von mehr als 80 Millionen Menschen in ein einziges, nämlich das vom Staat vorgegebene Korsett zu zwingen?“ (Das kleine 1 × 1 der Sozialen Marktwirtschaft, S. 48)

Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes, nach dem „Eigentum verpflichtet“ und sein Gebrauch „zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ soll, wird mit den verfassungsskeptischen Worten kommentiert:

### GEW-Portal Ökonomische Bildung

Die GEW plädiert für eine umfassende sozioökonomische Bildung. Seit geraumer Zeit nehmen jedoch die Versuche seitens der Wirtschaft und der Arbeitgeber zu, den Bildungsauftrag von Schule und die Vorstellungen junger Menschen von der Wirtschaftswelt interessengeleitet in eine Richtung zu lenken. Dabei wird zumeist ein „Fach Wirtschaft“ gefordert. Eine sozioökonomische Bildung verzahnt indessen die Inhalte der verschiedenen Fächer und behandelt ökonomische Fragestellungen in unterschiedlichen Zusammenhängen und Bezugsdisziplinen. Mehr zum Thema, Materialien und Links findet man im GEW-Portal Ökonomische Bildung.

- [www.gew.de/Oekonomische\\_Bildung.html](http://www.gew.de/Oekonomische_Bildung.html)

„Zugegeben, dieses Gebot ist ohne Zweifel gut gemeint, doch von einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung zeugt es nun wirklich nicht.“ (ebenda, S.21)

Im Unterrichtsheft der INSM zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ heißt es:

„Der Sozialstaat ist im Laufe der Jahre zu einem Wohlfahrtsstaat geworden, der die Menschen bevormundet, ihnen immer mehr Lasten aufbürdet und immer weniger Gestaltungsmöglichkeiten lässt.“

Die Absichten dieser advokatorischen Denkfabrik liegen auf der Hand: Da Kinder und Jugendliche im Umgang mit Meinungen vergleichsweise unerfahren sind, müssen sie als besonders anfällig für von Erwachsenen vorgetragene Urteile gelten, zumal wenn diese als externe Sachverständigen auftreten. Daraus folgt, dass unternehmerischen Initiativen, die Kinder zu Kunden von morgen erziehen (wollen), in Schulen weder Zeit noch Raum gegeben werden darf. Auch die ATTAC-Bildungsbausteine greifen Themen punktuell einseitig auf, so wenn in dem Unterrichtsbaustein „Öffentliche Güter“ ein Hinweis auf gelungene Privatisierungen fehlt. Aber natürlich ist die „Wirkmächtigkeit“ von Unterrichtsmaterialien aus Wirtschaftsverbänden, Industrie- und Handelskammern, privaten Großunternehmen und finanzstarken Unternehmensstiftungen signifikant höher als die von Nichtregierungsorganisationen.

### Unter dem Dach der politischen Bildung

Mit der nahezu beispiellosen medialen und curricularen Aufwertung der ökonomischen Bildung droht die sozialwissenschaftliche Bildungstradition mit ihren integrativ angelegten Fächern Sozialkunde, Gesellschaftslehre und Sozialwissenschaften zu erodieren. Will man dem von zahlreichen Lobbyverbänden geforderten Separatfach „Wirtschaft“ entgegenwirken, brauchen wir eine Wiederbelebung der politischen und soziologischen Bildung, so dass ökonomische Themen in bester Tradition der Politischen Ökonomie und der Wirtschaftssoziologie wirkungsvoll in sozialwissenschaftliche Fächer integriert werden können. Andernfalls droht die auf die „Totalbewirtschaftung“ des Lebens zielende Kosten-Nutzen-Kalkulation, die alles Tun und Trachten – von der Aufnahme des Studiums bis hin zur Familiengründung – unter den ökonomischen Vorbehalt des „Sich-Rechnen-Müssens“ stellt, zum Fixpunkt ökonomischer sowie zum Referenzrahmen sozialwissenschaftlicher Bildung zu werden.

Eine in der Tradition kritischer Sozialwissenschaften stehende ökonomische Bildung – der Begriff der sozioökonomischen Bildung scheint sich gegenwärtig gegenüber dem der politisch-ökonomischen Bildung zu etablieren – muss unter dem Dach der politischen Bildung beheimatet sein und enge Bezüge zu den benachbarten sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen aufweisen. So muss mit Blick auf die Tatsache, dass alle fünf Sekunden ein Kind an Hunger oder an dessen unmittelbaren Folgen stirbt, eine zentrale unterrichtliche Aufgabe darin bestehen, sowohl die Marktasymmetrien im Agrarsektor zu dechiffrieren, als auch die Frage nach der politischen Verantwortung zu stellen. Sodann muss sozioökonomische Bildung verdeutlichen, dass diejenigen, die den ökonomischen Rationalismus in jeder Lebenssituation zum Maßstab ihres Denkens und Handelns erklären, weniger ökonomisch gebildet als vielmehr ökonomistisch verbildet sind.

Weil wirtschaftliche Tätigkeit eine gesellschaftliche Konstante darstellt, gilt es in erster Linie, politisch bedeutsame



Fragen aufzuwerfen. Um etwa zu identifizieren, welche gesellschaftlichen Gruppen von bestimmten Steuersenkungen profitieren, bedarf es nicht nur eines Grundverständnisses von direkten und indirekten Steuern, sondern auch der Fähigkeit, zwischen „sozial blinden“ und „sozial gerechten“ Steuern zu unterscheiden. Sucht man angesichts der Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten nach Antworten auf die Frage, ob – und wenn ja, inwieweit – der Kapitalismus neuzeitlicher Prägung einen Ausnahmezustand in Permanenz darstellt, kommt man ohne einen tieferschürfenden Blick auf die internationale Finanzmarktarchitektur nicht aus.

In Zeiten, in denen immer mehr Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes geordnet werden, ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit dessen (Dys-)Funktionalitäten unabdingbar. Überdies muss im Kontext sozioökonomischer Bildung Berücksichtigung finden, dass Märkte gesellschaftliche Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und soziale Balance nach den herkömmlichen, zumeist noch immer in der Tradition der neoklassischen Standardökonomie stehenden Modellen nicht zulassen. Sozioökonomische Bildung soll Positionen vermitteln, die sich nicht der blinden „Fürsprache“ des Marktes verschreiben, sondern die Grammatik einer Gesellschaft sowie deren politische Konstitution analysieren, explizieren und kommentieren. Nur so lässt sich einem perspektivischen Monismus entgegenwirken.

Tim Engartner

Tim Engartner, geboren 1976, ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt schulische Politische Bildung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sein im UTB-Verlag erschienenen Lehrbuch trägt den Titel „Didaktik des Ökonomie- und Politikunterrichts“.





# In Zeiten der Krise

## Finanzielle Allgemeinbildung: Einfallstor für Lobbyisten

Die Forderung nach „Finanzieller Allgemeinbildung“ (FA) in der Schule erweist sich zunehmend als zentrales Einfallstor für Lobbyinteressen und für ein einseitiges Verständnis von ökonomischer Bildung in den Schulen. Allein auf dem Bildungsverteiler des Bundesverbandes deutscher Banken, so berichtet die ZEIT am 14.2.2013 „stehen mehr als 60.000 Lehrer“. Trotzdem wird die Notwendigkeit der FA in der Öffentlichkeit oft wohlwollend bewertet,

- weil sie Jugendlichen notwendige Alltagsfähigkeiten (Umgang mit Verschuldung, finanzielle Vorsorgeplanung, Beurteilungsfähigkeit von Finanzprodukten usw.) zu vermitteln verspricht und
- weil in Wissenschaft und Medien immer wieder empirische Untersuchungen zitiert werden, die die erschreckende Unkenntnis von Jugendlichen in finanziellen bzw. ökonomischen Zusammenhängen zu belegen behaupten.

Mit Ausbruch der 2007 beginnenden Finanz- und Wirtschaftskrise, die ihre dramatische und nicht absehbare Fortsetzung gegenwärtig in der Entwicklung der Staatsverschuldung im Euro-Raum gefunden hat, muss allerdings erneut die Frage nach Einseitigkeit, Begrenztheit und „Effektivität“ des Konzepts und vieler Unterrichtsmaterialien der FA gestellt werden.

In der gegenwärtigen Krise wird tagtäglich deutlich, wie intensiv politische Gestaltung in ökonomische Prozesse eingreift und wie Politik von ökonomischen Interessen beeinflusst und getrieben werden kann – mit unter Umständen drastischen Auswirkungen auf individuelle Lebenssituationen. Wenn FA diese realitätsbezogene „Lerngelegenheit“ (1) aufgreifen und dazu beitragen würde, den zu politischer Partizipation und Gestaltung fähigen mündigen Bürger zu stärken, wäre sie Bestandteil einer umfassend verstandenen politischen Bildung. Diese soziale und politische, für Jugendliche existenzielle Dimension ist aber in der eng gefassten FA nicht (hinreichend) vorgesehen. Insofern wird sie sich letztlich auch nicht als effektiv erweisen, da sie die Gefährdungen einer ausreichenden finanziellen Absicherung nicht mehr sinnvoll und realitätstüchtig vermitteln kann.

Eine finanzielle Allgemeinbildung, die Jugendliche heutzutage so unterrichten will, dass „die Lebensführung in ökonomischer Hinsicht gelingen kann“ (2), muss

### DGB-Initiative Schule und Arbeitswelt

In der Initiative Schule und Arbeitswelt machen sich der DGB und die Gewerkschaften IG BCE, GEW, IG Metall und ver.di für eine gute Schule, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit stark und begleiten Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg ins Berufsleben. Sie fördern den Austausch und die Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten und initiieren Schul- und Unterrichtsprojekte vor Ort. Die Internetseite <http://schule.dgb.de> gibt einen Überblick über die Aktivitäten der Initiative und bietet Lehrerinnen und Lehrern Material für ihren Unterricht.

- ihre Begrenztheit auf Produktbezogenheit und Individualisierung von Lösungsstrategien einschränken und einen strukturbezogenen Blickwinkel einnehmen,
- ihre oft interessenpolitisch geprägte Einseitigkeit aufgeben und alternative und kontroverse Denkansätze präsentieren und
- quasi naturgesetzlich dargestellte Begründungen für wirtschaftliche Zusammenhänge, ordnungspolitische Rahmenbedingungen und wirtschaftspolitische Konsequenzen aufgeben und die politische und damit auch die alternative Gestaltungsfähigkeit wirtschaftlicher Strukturen und Entwicklungen in den Unterricht einbeziehen.

Die gegenwärtigen krisenhaften Entwicklungen fordern erneut und noch dringender ein anderes Verständnis von FA: Mit den umfassenden Auswirkungen der Finanzkrise nicht nur auf die Entwicklung und Bewertung einzelner Finanzprodukte, sondern auf die gesamte, nicht nur finanzielle Lebenswelt von Jugendlichen müssen FA und ökonomische Bildung insgesamt ein Teilaspekt politischer Bildung sein, die Strukturwissen vermittelt und die politische Gestaltbarkeit gegen jede Art von „naturgesetzlicher“ Festschreibung wirtschaftlicher Zusammenhänge betont.

### Ein Beitrag zur Verbraucherbildung?

Eine wesentliche Begründung für eine hinreichende Qualifikation von Jugendlichen in FA ist zum einen die Entwicklung einer auf Geld und Kredit basierenden Gesellschaft, die die personal bezogenen, familiären Strukturen abgelöst und – beschleunigt und intensiviert durch die technologische Entwicklung – nahezu alle Lebensbereiche erfasst hat. Zum anderen stoßen die auf finanzielle Dienstleistungen orientierten Bedürfnisse in unserem Wirtschaftssystem auf Anbieter wie Banken und Versicherungen, deren Empfehlungen von dem Motiv der Gewinnerzielung geleitet werden (3). Diesen möglichen Interessenkonflikt bei der Produktauswahl sollten Jugendliche natürlich erkennen und bewerten können, um – zumindest in „normalen Zeiten“ im späteren Leben – geregelte Geld- und Kreditbeziehungen aufrechterhalten zu können. Für das *Institut für Finanzdienstleistungen* ist Ziel der FA „die kritische und an den Bedürfnissen der Nutzer orientierte Vermittlung von Allgemeinwissen, Verständnis und sozialer Handlungskompetenz im Umgang mit auf Kreditmöglichkeiten aufgebauten Finanzdienstleistungen, die die Menschen außerhalb ihrer beruflichen Sphäre für sich selber benutzen, um Einkommen und Ausgaben, Arbeit und Konsum während ihrer Lebenszeit sinnvoll miteinander zu verbinden.“ (4)

Aber auch ein solches Bekenntnis zu kritischer Aufklärung im Interesse der Verbraucher ist nicht davor gefeit, von interessierter Seite sehr schnell funktionalisiert zu werden, beispielsweise von *Michael Kemmer*, dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken:

„Nur wer die wirtschaftlichen Vorgänge, die uns alle umgeben, (...) versteht, kann sein Leben eigenverantwortlich gestalten - und dies meine ich ausdrücklich im Sinne eines mündigen Verbrauchers.“ (5)



Von den wirtschaftlichen Vorgängen insgesamt und der gesamten Lebensgestaltung ist hier zwar die Rede, aber das Bildungssubjekt wird dankbar auf die beschränkte Rolle des Verbrauchers reduziert, der sich allenfalls mit den Produkten und nicht mit den gesellschaftlichen Bedingungen ihres Zustandekommens auseinandersetzen soll.

Eine „kritische Verbraucherbildung“ reicht also nicht aus. In einer Situation, in der riskante Anlagestrategien, abenteuerliche Akteure und intransparente Finanzprodukte nach wie vor nicht wirksam gesetzlich reguliert werden, droht FA immer auch das auf das „kritische Individuum“ reduzierte Korrektiv für neoliberal deregulierte Finanzmärkte zu sein. Die Verantwortung für finanzielle Desaster wird dann dem Verbraucher, dem „unqualifizierten“ Kleinanleger aufgebürdet, während auf den Finanzmärkten der wilde Tanz der Investoren fortgesetzt wird. Wer Verluste erleidet, ist selbst schuld. Das Opfer ist der Täter.

### Zockerausbildung als Bildungsziel?

Oder soll die Vermittlung von „Finanzkompetenz“ den jungen *homo oeconomicus* bei der Suche nach der Erzielung einer maximalen Rendite unterstützen? Sollen die hohen Renditechancen von Derivaten oder Leerverkäufen im Unterricht besprochen werden – was ja durchaus in der Logik „rationalen“ Anlageverhaltens liegen könnte? Zockerausbildung als Bildungsziel? Auch dieser Konflikt zwischen „individueller Rationalität“ und den unter Umständen gerade dadurch hervorgerufenen verheerenden Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsentwicklung wird von Unterrichtseinheiten, die sich der FA verpflichtet fühlen, weitgehend ignoriert. Wer Jugendlichen in Zeiten der Krise die Attraktivität von Finanzprodukten z.B. für die private Alterssicherung vermitteln, gleichzeitig aber den Strukturen des Wirtschaftssystems nicht zu nahe treten möchte, der muss sich mit einem „Aufklärungsdilemma“ der FA auseinandersetzen: „Soll die generelle Krisenhaftigkeit der Geldwirtschaft unterrichtet werden? Würde dies zu einer Verstärkung der Krisenhaftigkeit führen? Was zählt mehr: Bildungsauftrag oder Stabilität?“ (6) Dieses „Aufklärungsdilemma“ zu lösen, ist Aufgabe der politischen Bildung. Wenn in der gegenwärtigen Krise private Sparkonten, Alterssicherung oder andere Vermögensbestandteile auf Grund spekulativer Entwicklungen, des niedrigen Zinsniveaus oder investorenfreundlicher staatlicher „Retzungsprogramme“ zur Disposition stehen, dann werden auch die begrenzten, statisch-modellhaften oder produkt- und verbraucherbezogenen Gegenstandsbereiche der FA durcheinander gewirbelt. Dann müssen strukturbezogene ökonomische und politische Aspekte einbezogen werden.

„Gegen das Finanzsystem zu sein, ist genauso dumm, wie zu sagen: ‚Ich bin gegen den Regen‘, ‚ich bin gegen die Kälte‘ oder ‚ich bin gegen den Nebel!‘“ (7)

Diese Feststellung des ehemaligen französischen Finanzministers *François Baroin* gibt einen Hinweis, welches Verständnis von ökonomischer Bildung sich mit der FA hinter dem Rücken der Lernenden und Lehrenden in den Schulen zu etablieren droht. Nicht „das Finanzsystem“ soll Gegenstand der kritischen Analyse und Bewertung sein, sondern das Produkt. Nicht mündige Menschen sollen mit entsprechenden Fähigkeiten zur Abwägung der möglichen politischen Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse ausgerüstet werden; vielmehr sollen einzelne Individuen in separierten Rollen als Verbraucher, Anleger oder Erwerbstätige ihrer jeweils aufgesplitterten „Ra-



Marionettenspiel: Am Bauzaun der Europäischen Zentralbank

tionalität“ folgen und sich den nicht zu hinterfragenden wirtschaftlichen „Naturgesetzen“ unterordnen. Bei der politischen Gestaltung der Verhältnisse sollen sie sich nicht einmischen.

Die Zerstörungskraft der gegenwärtigen Krise lehrt, dass man wieder umfassend fragen kann und muss, wohin die Reise gehen soll und wie wir reisen wollen. Dazu die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, ist Aufgabe der politischen Bildung, die sie nicht nur in den politischen, sondern auch in den ökonomischen Bildungsbereichen wahrnehmen muss. Erst dann entsteht wirklich „finanzielle Allgemeinbildung“.

**Peter Neumaier**

Der Autor war bis 2013 Lehrer an einem Oberstufengymnasium in Wiesbaden und Lehrbeauftragter für Didaktik der Sozialwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt. Der vollständige, mit empirischen Beispielen angereicherte Beitrag erschien in der Pädagogischen Korrespondenz Nr. 46/2012. Die PÄK wird herausgegeben vom Institut für Pädagogik und Gesellschaft e.V. Münster und erscheint im Verlag Budrich UniPress Leverkusen.

- (1) Gerd Steffens, Krise als Lerngelegenheit, in: HLZ 7-8/2010
- (2) Dirk Loerwald, Thomas Retzmann, Falschberatung durch Banken als Gegenstand des Ökonomieunterrichts? In: Thomas Retzmann (Hrsg.), *Finanzielle Bildung in der Schule – Mündige Verbraucher durch Konsumentenbildung*, Schwalbach/Ts. 2011, S. 93
- (3) Udo Reifner, *Finanzielle Allgemeinbildung und ökonomische Bildung*, in: Thomas Retzmann (Hrsg.), a.a.O., S. 19
- (4) [www.iff-hamburg.de](http://www.iff-hamburg.de)
- (5) Michael Kemmer, *Jugendstudie 2012 – Wirtschaftsverständnis und Finanzkultur*. Düsseldorf 2012 (Download der Rede: <http://bankenverband.de>; Suche: Jugendstudie 2012)
- (6) Bernd Remmele, *Wie soll man Geld und Renditeerwartung unterrichten?*, in: Thomas Retzmann (Hrsg.), a.a.O. S. 47-59, S. 52f.
- (7) *Le Monde diplomatique*, Internationale Beilage der TAZ, 13.4.2012



# Keine Ahnung von Wissen

## Handelsblatt macht Politik und Schule

Wussten Sie, dass *Karl-Theodor zu Guttenberg* nicht Wirtschaftsminister ist, dass Sie Ihr Subway-Sandwich von einem Franchise-Unternehmen erhalten, dass Sie in Dänemark nicht mit Euro bezahlen können und dass die Herkunftsbezeichnung für Obst und Gemüse im Supermarkt generell verpflichtend ist? Können Sie noch ein paar weitere Fragen beantworten, dann sind Sie immerhin ein „ökonomisch minimal informierter“ Mensch. Können Sie das nicht, brauchen Sie dringend Wirtschaftsunterricht, „um sich gefahrlos in der Wirtschaftswelt zurechtzufinden“. Verstanden?

### Minimales ökonomisches Wissen

Das so genannte minimale ökonomische Wissen erhebt ein Test, den einige Wirtschaftswissenschaftler entwickelt und Psychologen feingetunt haben (1). Das *Handelsblatt* hat ihn und die Ergebnisse im März 2013 breit publiziert. Wozu? Um mal wieder Alarm zu schlagen, wie schlecht es um das Wirtschaftswissen der Deutschen steht und deshalb auch um Deutschland. Und um mal wieder ein Schulfach Wirtschaft zu verlangen.

Die zentrale Frage lautet aber nicht „Wer weiß was über Wirtschaft?“, sondern „Wem nützt welches ökonomische Wissen?“. Das ist eine im Kern ökonomische und politische Frage. Sie bleibt bisher unbeachtet. Seltsam. Aus ökonomischer Perspektive kann man die Nutznießer daran erkennen, dass sie bereit sind, sich ein bestimmtes ökonomisches Wissen etwas kosten zu lassen: Lernzeit und Lebenszeit oder Geld und geldwerte Leistungen. Deshalb geht es auch um Transparenz: Wer sind die Akteure der Kampagne für mehr Wirtschaft in der Schule? Wer zahlt wie viel an wen und wofür? Das alles bleibt im Dunkeln.

Inzwischen gehören die notorischen Publikumsbeschimpfungen durch Wirtschaftsverbände, Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspresse schon zum journalistischen Standard. Die Deutschen sind ökonomisch dumm. So schreibt man es in unsere Köpfe, und irgendwann glauben wir es dann. Und stimmen zu, wenn wieder mal mehr Wirtschaft in der Schule helfen soll. Das ist nun aber wirklich dumm, wie sich leicht zeigen lässt.

Auch das Handelsblatt setzt auf Kampagnenjournalismus statt auf Sachinformation samt kritischer Recherche. Seit

Jahren fördern Verlag und Redaktion das politische Projekt „Schulfach Wirtschaft“. Da stören Fakten nur. Das Handelsblatt und seine Aktivisten ignorieren, dass heute viel mehr Wirtschaft auf den Stundenplänen steht als je zuvor. Die meisten Schulen unterrichten Wirtschaft heute mindestens so oft wie Politik. Es interessiert auch nicht, dass die Schulen darüber hinaus schon jetzt beispiellos viel Lernzeit für ökonomische Bildung verbrauchen: Schülerfirmen, *Entrepreneurship Education*, Berufsorientierung, Betriebspraktika, Bewerbungstraining und nicht zuletzt: Besuche von Versicherungsvertretern und anderen Wirtschaftslobbyisten. Das ist Schulrealität. Niemand braucht also mehr, aber alle brauchen besseres, problemorientiertes Wirtschaftswissen.

Jede Stunde, die in noch mehr Wirtschaftswissen investiert wird, fehlt für Biologie, Chemie, Physik und Technik. Oder für Literatur, Philosophie, Theater und Gitarrenunterricht. Oder für Rechnen, Schreiben, Lesen.

### Rationale Reflexion stört

Was fehlt, ist eine rationale bildungspolitische Auseinandersetzung, die die Knappheit der Schulzeit, die Explosion des Wissens, die Diversität der Problemfelder, die Vielzahl noch nicht existenter Schulfächer, das notorische Nichtwissen trotz jahrelangen Unterrichts und die vielen Wissenslücken jenseits von Wirtschaft berücksichtigt. Auf der Agenda stehen komplexe bildungspolitische Entscheidungen. Zu komplex für eine Kampagne, die isoliert nur ein einziges bildungspolitisches Ziel verfolgt: mehr Wirtschaft in die Schule. Da stört der Blick auf Bildung im Ganzen und als Ganzes nur. Lieber setzt man auf Diskreditierung der Durchschnittsdeutschen und populistische Panikmache: Die Deutschen wissen von Wirtschaft nichts, dumme Deutsche, schlimm, wirklich schlimm. Ökonomisch gesehen machen die Kampagnenführer drei Kardinalfehler:

- Sie scheitern daran, eine Rangordnung der Relevanz von Wissensbeständen zu begründen. Warum ist Wirtschaft am wichtigsten?
- Sie weigern sich, die Opportunitätskosten von noch mehr Wirtschaft in der Schule zu berücksichtigen. Welches Wissen kommt erst gar nicht vor, wenn Wirtschaftswissen weiter wächst?

### Fragen, die das Handelsblatt nicht stellte ...

- Welche Fähigkeit sollten Schülerinnen und Schüler erwerben, um eigenständige Sach- und Werturteile fällen zu können?
  - (a) Unabhängigkeitskompetenz
  - (b) Eigenständigkeitskompetenz
  - (c) Urteilskompetenz
  - (d) Prüfungskompetenz
  - (e) Anpassungskompetenz

- Wie nennt man die didaktische Basisregel, nach dem das, was in der Wissenschaft und/oder in der Politik und/oder in der Gesellschaft umstritten ist, auch den Schülerinnen und Schülern im Unterricht als umstritten vorzustellen ist?
  - (a) Konkordanzprinzip
  - (b) Kooperationsprinzip
  - (c) Konkurrenzprinzip
  - (d) Kontroversprinzip
  - (e) Koalitionsprinzip

- Wie nennt man die Praxis, Geld am Finanzamt vorbei auf Konten in Länder zu verschieben, die als „sichere Häfen“ gelten, weil sie nicht nach der Herkunft des Geldes fragen und mit ausländischen Steuerbehörden nicht kooperieren?
  - (a) Sicherungsverwahrung
  - (b) Länderfinanzausgleich
  - (c) Steuerhinterziehung
  - (d) Outsourcing
  - (e) Fiskalpakt



- Und schließlich können sie den Nutzen des von ihnen präferierten Wirtschaftswissens nicht belegen. Hilft es beim Handeln? Versteht man so die Welt? Profitieren Dritte von der Verbreitung dieses Wissens?

Je weniger die Kampagnenmacher diese ökonomischen Kernfragen zum Wirtschaftswissen beantworten können, umso lauter fordern sie umso mehr davon.

### Die allzuständige Schule

Dabei ist es keineswegs selbstverständlich, dass sich alle in der Pflichtschulzeit mit Handyrechnungen, Konsumentenkrediten und Geldanlagen beschäftigen müssen. Warum und wozu? Ist das bisschen Schulzeit dafür nicht zu kostbar? Wo hört das auf? Warum nicht auch den Führerschein? Den Tanzkurs? Frisieren und Stylen? Richtig kleiden, professionell auftreten? Was gehört in die Schule, was nicht? Wozu darf man Jugendliche zwingen, was dürfen sie wählen? Die Verwirrung über die Aufgaben der Allgemeinbildung an öffentlichen Schulen ist offensichtlich groß. Zu den ökonomischen Stammtischstandards zählen drei Glaubenssätze:

- Die Menschen wissen im Allgemeinen selbst am besten, was für sie gut ist.
- Die Menschen handeln im Durchschnitt ziemlich rational.
- Im Leben gibt es nichts, aber auch gar nichts umsonst.

Das gilt auch für Informationen. Danach würden die Durchschnittsdeutschen in etwa über das ökonomische Wissen verfügen, das ihnen aus ihrer Sicht nützt. Das Handelsblatt und seine Wissensexperten aus der Wirtschaftswissenschaft sehen das anders – begründen das aber nicht. Das von den Leuten freiwillig erworbene Wissen reicht ihnen nicht, sei falsch und zu wenig, diagnostizieren sie. Deshalb rufen sie nach dem Staat, der mehr ökonomisches Wissen erzwingen soll.

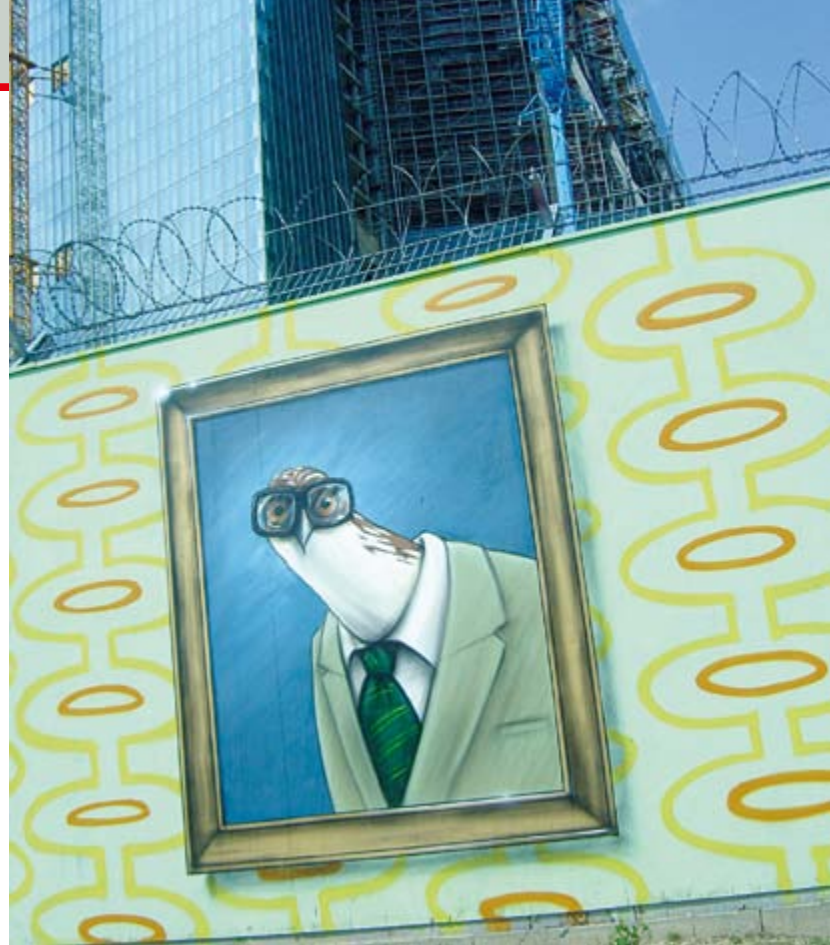
### Dumm, aber erfolgreich

Die Deutschen sind ökonomisch dumm, aber erfolgreich, wenn man Einkommen, Vermögen, Arbeitslosigkeit, Produktivität oder Exportüberschüsse als Maßstab gelten lassen will. Seltsam. Mag sein, dass die Deutschen ihre Zeit nicht mit dem dummen Wissen verschwenden, das ihnen manche Ökonomen aufdrängen wollen.

Es gibt nichts umsonst, sagen Ökonomen. Das gilt natürlich auch für wissenschaftliche Untersuchungen und Umfragen über ökonomisches Wissen. Der Leser wüsste gerne, wer sie finanziert. Dies zu berichten, gehört zum Ehrenkodex des seriösen Journalismus. Die Handelsblatt-Redaktion tut es nicht. Wenn es Geldgeber gibt, wüsste man gerne, wofür sie denn bezahlt haben. Das Medienecho wurde professionell produziert. Also: Vertrag erfüllt. Dem Publikum wurde wieder einmal eingehämmert: Ich bin das Wissen, deine Wirtschaft. Du sollst kein anderes Wissen neben mir haben. Du sollst das wirtschaftliche Wissen heiligen.

Mit dem wissenschaftlich zertifizierten Wissensquiz präsentiert das Handelsblatt eine wild-willkürliche Mischung von Fragen, die das minimale ökonomische Wissen abdecken sollen. Sieben Professorinnen und Professoren der Volks- und der Betriebswirtschaftslehre haben 25 Fragen vorgeschlagen. Warum gerade diese Fragen wichtig sind, sagen sie uns nicht.

Mindestens ein Drittel des minimalen Wissens bleibt für Otto Normalverbraucher und Otti Normalbeschäftigte schon im ökonomischen Alltag weitgehend sinnfrei und mentaler Ballast. Dazu gehören die Antworten auf die Fragen:



Ökonomisch informiert? Am Bauzaun der Europäischen Zentralbank

- Wie nennt man den Preisnachlass auf ein Produkt?
- Wie nennt man das Wissen, das Menschen durch Ausbildung, Erfahrung und Weiterbildung erwerben?
- Welches Land hatte 2011 das größte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf?
- Wie hoch ist die Umsatzsteuer für Lebensmittel in Deutschland?
- Wie hoch sind die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer für 400-Euro-Jobs?
- Ist die Herkunftslandangabe für Obst und Gemüse im Supermarkt verpflichtend oder nicht?
- Wie viel Prozent des Einkommensteueraufkommens wird von der obersten Einkommensklasse getragen?
- Welcher Minister ist der derzeitige Wirtschaftsminister?

Dumme Deutsche? Dummes Wissen! Sollten Otto oder Otti diese Informationen doch mal brauchen, haben sie sie schnell recherchiert. Mit jedem Smartphone klappt das, fast immer, fast überall.

Handelsblatt macht nicht nur Politik, sondern „Handelsblatt macht Schule“. Hier präsentieren das Handelsblatt, seine Autodidaktiker und Didaktikprofis Materialien für Schülerinnen und Schüler. Seit Jahren findet man dort ökonomisches Wissen, mehr oder weniger konstant in oft didaktisch dilettantischer, auch schon mal in fachlich fraglicher Qualität, immer mit einer klaren politischen Botschaft und immer wieder mal einseitig bis manipulativ (2). Vielleicht wäre es ein passendes Projekt, auch einen Wissenstest für die Wirtschaftsdidaktik und die Schule-Macher vom Handelsblatt zu entwickeln (siehe Kasten).

**Reinhold Hedtke**

(1) [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/quiz-was-wissen-sie-ueber-wirtschaft/7914254.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/quiz-was-wissen-sie-ueber-wirtschaft/7914254.html)

(2) vgl. Hedtke, Reinhold: Die Wirtschaft in der Schule. Agendasetting, Akteure, Aktivitäten. Bielefeld 2012; Möller, Lucca; Hedtke, Reinhold: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Bielefeld 2011



# Ökonomie und Politik

## Zwischen Affirmation und Systemkritik

In Hessen wurde ein sogenanntes Doppelfach Politik und Wirtschaft eingeführt, das die Sozialkunde und an den Gymnasien die Sozialkunde und die Arbeitslehre ablöste und dabei den Anteil politischer Bildung curricular zu beschränken suchte. Im Folgenden soll keineswegs das Verständnis eines *Doppelfaches* fortgesetzt werden, sondern von *einem* Fach politischer Bildung ausgegangen werden, das den Bereich der Ökonomie aus der kategorial-analytischen Perspektive der politischen Bildung (Macht/Herrschaft, System/Strukturen, Ideologie, Interesse, Konflikt) untersuchen und beurteilen lässt.

In diesem Sinne ist ökonomische Bildung im Politikunterricht im Selbstverständnis des Faches immer politisch-ökonomische Bildung (1). Auch Ausschnitte ökonomischen Grundlagenwissens sowie ökonomische Problemstellungen werden einbezogen, um dies für eine politische Analyse und Beurteilung zu verwenden.

### Das politisch mündige Subjekt

Die politikdidaktische Metaperspektive für politisch-ökonomisches und gesellschaftspolitisches Lernen ist identisch. Es geht in beiden Fällen um das Postulat der Mündigkeit, so dass wir nicht zwischen dem mündigen Wirtschaftsbürger hier und dem gesellschaftspolitisch mündigen Bürger dort als personalem Leitbild der jeweiligen Politikdidaktik unter-

scheiden müssen: Es geht sowohl im Bereich der Ökonomie als auch der Politik jeweils um das politisch mündige Subjekt, das sich im Kontakt und Engagement mit anderen zu emanzipieren versucht.

Ökonomie und Politik sind zwei gesellschaftliche Bereiche, die eine hohe Affinität zueinander aufweisen. Wirtschaft und Politik sind miteinander verzahnt und vielfach vernetzt, so dass beide gesellschaftlichen Bezüge unter einer sozialwissenschaftlichen Perspektive häufig nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Daher macht es im Rahmen des Politikunterrichts oder des Faches Politik und Wirtschaft keinen Sinn, die Ökonomie als einen eigenständigen Wissensbereich zu begreifen, der nach seinen eigenen Regeln und Maßstäben als isolierter Block im Rahmen der politischen Bildung zu lehren sei.

### Ökonomische Bildung statt Ökonomik

Ökonomische Bildung im Rahmen des Politikunterrichts hat andere Lernperspektiven und andere Inhalte als die in wirtschaftswissenschaftlichen Kategorien und Theoriezugängen wahrnehmende Ökonomik und soll als politisch-ökonomische Bildung verstanden werden. Es soll daher ein politikdidaktisches Konzept politisch-ökonomischer Bildung entwickelt werden, das ökonomisches Lernen als integralen Bestandteil politischer Bildung begreift. Gerade über die Analyse und Beurteilung der vielfältigen Verbindungen von Politik und Wirtschaft ist eine politische Bildung möglich, die zu einem mündigen und engagierten Handeln als Staatsbürger in einer wirtschaftlich und politisch globalisierten Welt qualifiziert (2).

Man könnte natürlich auch – vor allem unter dem Einfluss des Sparzwangs – versuchen, die politische Bildung und die Ökonomik als zwei unterschiedliche Domänen mit einer eigenen Systematik in die Fächer der politischen Bildung hinein zu geben. Dies würde bedeuten, dass die politische Bildung und die Ökonomik ohne Aussicht auf Integration nebeneinander stehen würden, wobei der Spielraum und die Bedeutung der politischen Bildung erheblich eingeschränkt werden würden, da mit einer Ausweitung des zeitlichen Budgets zunächst nicht zu rechnen wäre. Eine Segmentierung von Politik und Wirtschaft innerhalb der politischen Bildung geriete dann jedoch leicht in den Verdacht, die politische Bildung funktionalisieren und Sonderinteressen von Verbänden und Gruppen bedienen zu wollen, die sich ihren qualifizierten Nachwuchs durch ein ökonomisches Anwendungswissen und entsprechende instrumentelle Qualifikationen auf Kosten der politischen Bildung vorbereiten und sichern wollen. Der Versuch von Interessenverbänden, z. B. der Unternehmensverbände, auf ein derartiges Doppelfach Einfluss zu nehmen, wäre leicht absehbar. Außerdem wäre ein solches Doppelfach tatsächlich – allein durch seinen begrenzten Zeitrahmen, aber auch durch die fehlende Doppelqualifikation der Lehrenden – völlig überfordert. Daher ist diese „Doppellösung“ zweier nicht miteinander verbundener Fachgebiete innerhalb eines Unterrichtsfaches abzulehnen.

### Online lesen: Schulpädagogik heute

HLZ-Autor *Klaus Moegling* ist Herausgeber und Redaktionsmitglied einer zunächst ausschließlich im Internet erscheinenden pädagogischen Fachzeitschrift, die unter *www.schulpaedagogik-heute.de* kosten- und passwortfrei zugänglich ist. Sie befasst sich in jeder Ausgabe mit einem aktuellen Schwerpunktthema der Schulpädagogik und veröffentlicht umfangreiche Beiträge aus Wissenschaft und Praxis.

Die neue Ausgabe 7/2013 hat den Schwerpunkt „Digitale Medien und Schule“. Die Ausgabe umfasst 32 Fachartikel von 62 Autorinnen und Autoren aus den Bereichen Theorie, Didaktik, Forschung, Schulprofile und Praxisberichte.

Die Beiträge behandeln aktuelle medienbezogene Themen wie E-Learning, E-Portfolio, Tablets in der Schule, Medien als Motor der Schulentwicklung, Verhältnis von digitalen und nicht-digitalen Medien, Lernen über digitale Medien versus direkte Erfahrungen. Besondere Aufmerksamkeit gilt auch den Gefahren und Risiken, denen die Schulpädagogik begegnen muss. Hier sei als Beispiel auf das Phänomen des Cyber-Mobbing verwiesen, dessen Ausmaße ganz aktuell in einer Studie des Bündnisses gegen Cybermobbing dokumentiert werden (*www.buendnis-gegen-cybermobbing.de*).

Alle Themen werden ausführlich und kontrovers diskutiert und für schulische Situationen und Entwicklungen bearbeitet.

Die nächste Ausgabe 8/2013 ist Anfang September online und befasst sich mit dem Thema „Lernen und Geschlecht“.



## Kontrovers und multiperspektivisch

Politische Bildung kann nicht an Nutzungsinteressen gesonderter gesellschaftlicher Gruppen orientiert sein, sondern hat die Subjekte fördernd in den Blick zu nehmen, die darauf angewiesen sind, unabhängige und kontroverse Anregungen zu erhalten – im Versuch sich in der Gesellschaft zu orientieren, einen eigenständigen Standpunkt zu beziehen und sich staats- und weltbürgerlich im Sinne demokratischer Partizipation einzumischen.

Ökonomische Bildung innerhalb politischer Bildung sollte zur kritischen Urteilsbildung und zu einer bewussten Handlungsfähigkeit in ökonomischen Entscheidungssituationen mit gesellschaftspolitischer Bedeutung führen. Daher ist natürlich auch die auf der Basis eines gesellschafts- und herrschaftskritischen Zugangs entwickelte Politische Ökonomie (*Marx und Engels, Altvater, Brückner, Wagenknecht* u.a.) in die in der Schule zu vermittelnde politisch-ökonomische Bildung einzubeziehen. Genauso ist es im Sinne des Kontroversitätsgebots politischer Bildung ausgesprochen wichtig, auch selbst über ökonomisches Wissen zu verfügen, es zu durchdringen und zu verstehen, das sich substanziell aus solchen Wirtschaftstheorien und ökonomischen Handlungsstrategien zusammensetzt, die oftmals als affirmativ und systemimmanent eingeordnet werden (*Smith, Walras, Freedman, Eucken* u.a.) (3). Nur wer sich mit den Versuchen einer von einem kapitalistischen Wirtschaftssystem durchdrungenen Gesellschaft auskennt, die sich auch auf der Ebene ökonomischer Theoriebildung sowie entsprechender ökonomischer Handlungsstrategien zu reproduzieren und systemimmanent zu innovieren versucht, kann sich auch kompetent und kritisch mit Wachstumsideologien, Deregulierungsgedanken, Euro-Rettungsversuchen und Spekulationsmechanismen auseinandersetzen.

Ökonomie zeitdiagnostisch zu verstehen ist nur mit Hilfe grundlegender Kenntnisse sowohl der als affirmativ als auch der als gesellschaftskritisch eingeschätzten Ansätze einer Theorie der Ökonomie möglich, die analysierend, deutend und urteilend auf aktuelle Konfliktlagen und Problemstellungen im Sinne von Mehrperspektivität zu beziehen sind.

Viele ökonomische Theorien sind zwischen den beiden Extremen „affirmativ“ und „systemüberwindend“ angesiedelt, so dass die beiden Extreme das Spektrum analysierbarer und zu beurteilender Theorieansätze und Handlungsstrategien begrenzend markieren. So ist beispielsweise weder die richtig verstandene neoklassische Theorie nur als affirmativ zu bezeichnen noch sind keynesianische, neo- und postkeynesianische Ansätze vorwiegend als systemkritisch aufzufassen.

## Politische Bildung aufwerten

Noch einmal abschließend zusammenfassend: Im Rahmen politisch-ökonomischer Bildung soll Ökonomie unter einem gesellschaftspolitischen Blickwinkel daraufhin befragt werden, inwieweit sich dort Perspektiven von politischer Mündigkeit und politischer Partizipation innerhalb einer Gesellschaft mit demokratischem Selbstanspruch einlösen oder in konflikthaftern Prozessen durchsetzen lassen. Ökonomie hat unter einer politischen Perspektive keinen Selbstzweck, der an der betriebswirtschaftlichen Rationalität einer gesellschaftlichen Sondergruppe orientiert ist, sondern ist ein gesellschaftlicher Bereich, der dem Gemeinwohl der Gesell-



schaft und dem Nachhaltigkeitsgedanken verpflichtet ist – mit lokalen, nationalen, regionalen und globalen Bezügen.

Ökonomie ist ein zentraler und unverzichtbarer Bezugspunkt politischer Bildung, der für eine historische, aber auch für eine zeitdiagnostische Perspektive auf die Gesellschaft im Rahmen des politikunterrichtlichen Lernprozesses zunehmend qualifizierter analysiert und beurteilt werden muss, um die Kompetenzen zu fördern, die für ein gegenwärtiges und zukünftiges mündiges Verhalten in Politik und Wirtschaft unter den Bedingungen einer fortschreitenden Globalisierung notwendig sind.

Für die zukünftige hessische Bildungspolitik ist zu wünschen, dass der Stellenwert der politischen Bildung einschließlich der politisch-ökonomischen Bildung wieder deutlicher erkannt wird, das unerträgliche Einsparen von Unterrichtszeit in diesem Bereich gestoppt und die politische Bildung als Grundlagenbildung in der Demokratie wieder aufgewertet wird.

Klaus Moegling

Der Autor ist apl. Professor für Politikdidaktik im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel, Fachleiter für Politik und Wirtschaft im Studienseminar für Gymnasien in Kassel und Lehrer an der Jacob-Grimm-Schule Kassel.

(1) Teile der vorliegenden Argumentation sind dem Buch von Klaus Moegling entlehnt: *Ökonomische Bildung im Politikunterricht. Didaktisches Konzept, Modelle und Praxis politisch-ökonomischer Bildung*. Immenhausen bei Kassel 2012

(2) vgl. Tim Engartner: *Didaktik des Ökonomie- und Politikunterrichts*. Paderborn 2010

(3) vgl. Bernd Reef: *Ökonomisches Grundlagenwissen für die politische und ökonomische Bildung*. Immenhausen bei Kassel 2013



# Hoch im Kurs

## Der Zugriff auf das Geld der jungen Generation

Als Forschungs- und Bildungseinrichtung, die einst die Broschüre „Frieden und Sicherheit“ zu Analyse Zwecken beim FDP-nahen Verein „Jugend und Bildung“ bestellte, erhalten wir nun regelmäßig das jeweils neue Lehrmaterial frei Haus. Vor einiger Zeit erreichte uns die Broschüre „Hoch im Kurs“ in zwei Ausgaben, eine für Schüler und eine für Lehrkräfte, deren Herausgeber neben der „Stiftung für Jugend und Bildung“ auch der *Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (BVI)* ist (1). Unter der Rubrikierung „Geld, Markt, Wirtschaft“ für die Sekundarstufe II sollen Jugendlichen die Themenfelder „Ausgaben planen“, „Märkte verstehen“ und „Vermögen aufbauen“ nahe gebracht werden. Obwohl Fondsberatung nicht lehrplanrelevant ist, wird Lehrkräften viel Arbeitserleichterung rund um dieses Themenfeld angeboten, die von vorgefertigten Arbeitseinheiten über Medientipps bis hin zu kostenlosen Beratern für den Schulunterricht reicht. Letztere sind über die gleichnamige Website mit stets aktualisierten Angeboten zu buchen (2).

Die Prämierung durch das *Comenius Edu Siegel* und das UNESCO-Nachhaltigkeitssiegel und deren Abdruck auf der Rückseite des Schülermagazins versprechen geprüfte Qualität. Die Unterseite von *hoch-im-kurs.de* „Wie Märkte funktionieren“ beginnt mit folgender Fragestellung:

*„Klamotten, iPod, Auto – das alles kostet Geld. Dieses aber muss verdient werden. Hast du dich schon mal gefragt, warum Geld fast immer mit Arbeit zu tun hat?“*

Was hier als jugendgerechte Formulierung daher kommt, ist mindestens einmal eine Umkehrung der Kausalitäten. Konsum jenseits von Sinn- und Nützlichkeitsfragen ist stets die Prämisse aller Fragestellungen bei „Hoch im Kurs“. So heißt

es in der gedruckten Broschüre im Kapitel „Geldmanagement“ auf Seite 5:

*„Wenn du in den Beruf eintrittst, übersteigen meist die Ausgaben die Einnahmen, zum Beispiel für ein Auto, für Möbel oder für die eigene Wohnung. Hier hilft die Bank mit einem Kredit. Zum Sparen bleibt in dieser Lebensphase in der Regel wenig übrig. Je schneller die Kredite in den Folgejahren wieder zurückgezahlt werden können, desto frühzeitiger können wieder neue Ersparnisse aufgebaut werden. Dies ist meist im fortgeschrittenen Alter und im späteren Berufsleben der Fall. Wenn du mit Mitte bis Ende 60 aus dem Berufsleben wieder ausscheidest, sinkt das Einkommen meist wieder ab, weil die staatliche Rente niedriger als das bisherige Einkommen ist. Damit aber der gewohnte Lebensstandard aufrechterhalten werden kann, ist es wichtig, durch frühzeitiges Sparen Vermögen aufzubauen. Frühes Sparen ist also nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.“*

Soviel zur Einführung in die Konsum-Finanzbiografie eines Menschen, der wenig später noch in verschiedene „Anlegertypen“ eingeteilt wird. Das Spektrum auf Seite 21 reicht von „Nummer-Sicher-Typ“ bis zum „Wenn-Schon-Denn-Schon-Typ“ und folgt der Einteilung von Wertpapieren in sichere und weniger lukrative oder eben lukrative, aber riskante Papiere. Die Prämisse: Es gibt so etwas wie Anlegertypen und du gehörst zu einer der willkürlich definierten Spezies, finde heraus, welcher Typ Du bist und lege los! So wird die Doppelseite über Anlagemöglichkeiten mit der Feststellung eingeleitet: *„Wenn du Geld auf der ‚hohen Kante‘ hast, legst du es nicht mehr unters Kopfkissen, sondern du legst es an.“*

Und schon folgen die Anlagemöglichkeiten von Aktien über Rentenpapiere bis Investmentfonds. Der Kauf wertvoller Gegenstände oder eine Investition in Immobilien oder dergleichen außerhalb von Wertpapieren kommt in der Broschüre nicht vor, es sei denn, es handelt sich um Lifestyle-Produkte. Auch, dass eine Wirtschaftskrise das gesamte System zum Zusammensturz bringen könnte, fehlt auffällig, obwohl sogar an einer Stelle von einer „Finanzmarktkrise“ die Rede ist und diese als „Marktversagen“ definiert wird:

*„Zu den Hauptursachen einer Finanzmarktkrise zählt fehlendes Risikobewusstsein und überzogenes Gewinnstreben einzelner Akteure auf den Finanzmärkten.“*

Na, das ließe sich doch vermeiden, oder?! Den folgenden Abschnitt kann man sich exemplarisch auf der Zunge zergehen lassen und die sich lösenden Interessen schmecken:

*„Woher würde man wissen, wer Geld anbietet und wer gerade welches sucht? Und wie viele Menschen müsste man fragen, um einen bestimmten Betrag zusammenzubekommen? Ohne die Transparenz und die Bündelungsfunktion des Finanzmarktes fänden Kapitalanbieter und -nachfrager nur durch erheblichen Organisations- und Zeitaufwand zueinander, da es keinen gemeinsamen ‚Treffpunkt‘ gäbe. Ohne den Finanzmarkt hätten Anleger kaum die Möglichkeiten, eine geeignete Geldanlage, etwa in Form von Wertpapieren oder Fonds, auszuwählen. Unternehmen wären somit auf die finanziellen Möglichkeiten ihrer Eigentümer angewiesen und bekämen für ihre Investitionen keine Kredite in ausreichender Höhe. Wachstum und damit auch Arbeitsplätze würden dadurch begrenzt. Fazit: Wenn es keine Finanzmärkte gäbe, müssten sie erfunden werden.“*

### LobbyControl: Lobbyismus an Schulen

Lobbyismus macht auch vor der Schultüre nicht halt. Die unabhängige Initiative *LobbyControl* untersucht in einer brandaktuellen Broschüre, mit welchen Methoden Lobbyisten Einfluss auf den Unterricht nehmen und welche Motive dahinter stecken. Sie zeigt, dass die Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche professionell organisiert wird und Teil langfristiger und umfassender Lobbystrategien ist. Mit einem offenen Brief an die Bildungsministerien des Bundes und der Länder protestierte *LobbyControl* gegen diese Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche ([www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)).

Eindrucksvoll illustrierte auch ein Beitrag des ZDF-Politmagazins *Frontal21* am 30. April 2013 die Aktivitäten der Lobbyisten in der Schule. *Frontal21* betrachtete Wettbewerbe wie „Schul/Banker“ des Deutschen Bankenverbandes, Unterrichtsmaterialien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft („Das kleine 1 × 1 der sozialen Marktwirtschaft“), des Bundesverbands Investment („Hoch im Kurs“) und Kooperationsangebote des Erdgaskonzerns EXXON, der ungeniert auf der Schulhomepage die Vorteile der Frackingmethode zur Erdgasförderung preist.

- Die Reportage und das Sendemanuskript sind in der Mediathek des ZDF unter [www.zdf.de](http://www.zdf.de) verfügbar.



Die gewohnheitsmäßige Falschmeldung, dass Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze irgendwie korrelieren würden, mag da schon kaum noch auffallen. Die in den Wirtschaftswissenschaften seit langem diskutierte Erkenntnis des *Jobless Growth* (Wachstum ohne Arbeit) wird ausgeblendet. Und der Riester-Rente gibt man den Vorzug vor der kapitalgedeckten Rürup-Rente, indem man letztere bei den angepriesenen Anlageformen gar nicht erwähnt.

Neben viele Behauptungen, die inzwischen zu verbreiteten Akzeptanzen oder Glaubensgrundsätzen erstarrt sind, findet man Ursache-Wirkungs-Verdrehungen. Ein paar Kostproben mögen zum Ermessen der Qualität des „Lehrmaterials“ genügen:

- „Seit Monaten bestimmen die Schulden von einigen europäischen Ländern die Schlagzeilen – aus einer Finanzkrise wurde eine Schuldenkrise.“
- „Zur jüngsten Rezession in Europa kam es in den Jahren 2010/2011, bedingt durch die Staatsschulden einiger europäischer Länder.“
- „Doch in der Tat macht das Vorsorgen in jungen Jahren nicht nur Sinn, es ist sogar unverzichtbar.“
- „Die Welt rückt näher zusammen: T-Shirts aus Pakistan, Elektronik aus China und, wenn wir mögen, zu Weihnachten Erdbeeren aus Israel. Längst ist es normal, dass die Waren in unseren Geschäften aus den unterschiedlichsten Ländern kommen.“

Über die Anlageberatung für Jugendlichkeit hinaus gibt es noch eine Jobbörse mit Berufen in diesem Bereich. Auch hier geht es weniger um Inhalte als um Lifestyle und Einkommen. Immerhin richtet sich dieses explizit an eine Altersgruppe, die für mögliche Berufe Orientierung sucht, und ist somit ehrlich. Dass die übrige Broschüre aber weniger geeignet ist, um Wirtschaftsthemen in ihrer Komplexität anzusprechen, sondern sich schnell als Marketinginstrument mit Zugriff auf das Geld der jungen Generation entpuppt, ist keine Überraschung, wenn man die Macher von derlei „kostenlos“-Beratungsangeboten für die „selbstverantwortliche Schule“ im Sinne Bertelsmann'scher Umstrukturierungen kennt. Die Kooperation mit der Website *Lehrer-online*, die sich ebenfalls als reines Marketing-Portal für Lernhilfen und IT-Produkte entpuppt hat, passt da ins Bild (2).

Immerhin findet man in dem Heft auch ein Plädoyer für „verlässliche Regeln an den Kapitalmärkten“ (S.11), immerhin führt die empfohlene App für die Überwachung des eigenen Taschengeldhaushaltes keine Systemzugriffe aufs iPhone aus, wie etwa die App der Deutschen Bahn, die mit dem Herunterladen gleich die Zugriffsrechte auf E-Mails und Kontaktdaten erhält. Aber dennoch kann man keine Empfehlung



für derlei Suggestivmaterial ausstellen, das wenig mit Bildung und viel mit Verkauf zu tun hat. Es gehört allenfalls in den Unterricht zur Analyse von Werbung.

**Sabine Schiffer**

Institut für Medienverantwortung Erlangen

(1) Während in der Broschüre die Stiftung erwähnt wird, verzeichnet das Impressum der Website nur den BVI als Verantwortlichen im Sinn des Mediengesetzes.

(2) siehe Silvia Augsten und Sabine Schiffer: Der große Bluff, in: Hintergrund 1/2011

[www.boeckler-schule.de](http://www.boeckler-schule.de)

Das Unterrichtsportal *www.boeckler-schule.de* bietet aktuelle Materialien für den sozioökonomischen Unterricht: didaktisch aufbereitete Unterrichtseinheiten, anschauliche Grafiken, kurze Artikel mit neuesten Forschungsergebnissen und Hefte zu ausgewählten aktuellen Themen. Unterrichtseinheiten gibt es unter anderem zu den folgenden Themen:

- Mitbestimmung – Was ist los im Betrieb?
- Europas Sparpolitik – Teufelskreis oder Befreiungsschlag?
- Niedriglohn: Arm trotz Arbeit
- Mindestlohn – Wege aus der Niedriglohnfalle
- Verteilung: Gemeinsam arbeiten – getrennt verdienen?

Das Themenheft „Finanzkrise“ von *Tim Engartner* (HLZ S. 6) beleuchtet mit kontroversen Materialien ökonomische, politische und soziale Aspekte der Finanzkrise. Dazu gehören Texte, Karikaturen, Schaubilder, Tabellen sowie Arbeitsaufträge, die durch einen didaktisch-methodischen Kommentar ergänzt werden.

Die Reihe „Böckler Impuls“ ist ebenfalls für den Unterricht geeignet und behandelt auf jeweils einer Seite aktuelle Themen aus den Bereichen Arbeitswelt, Sozialpolitik und Globalisierung.

Alle Materialien der Hans-Böckler-Stiftung, des Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerks des DGB, sind fachlich geprüft. Sie können kostenlos bestellt werden und stehen auch als Download unter *www.boeckler-schule.de* zur Verfügung.

# Wirtschaft in der Schule

## DGB-Positionen: Was sollen unsere Kinder lernen?

*Im September 2012 konkretisierte und modifizierte der DGB-Bundesvorstand in seinem Beschluss „Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder lernen?“ seine Positionen zu einem eigenständigen Schulfach Wirtschaft. Die HLZ dokumentiert die Eckpunkte dieses Beschlusses. Den vollständigen Wortlaut findet man unter [www.schule.dgb.de](http://www.schule.dgb.de).*

### DGB gegen eigenständiges Fach Wirtschaft

Der DGB und die Gewerkschaften formulieren folgende Eckpunkte für sozioökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen:

- Der Themenbereich Wirtschaft an Schulen soll im Rahmen einer umfassenden sozioökonomischen Bildung behandelt werden, die auch die politischen, sozialen, kulturellen, ökologischen, rechtlichen und ethischen Dimensionen enthält. Dabei sind sowohl die verschiedenen wirtschaftlichen Theorien als auch die sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Bezugsdisziplinen grundlegend.
- Eine besondere Bedeutung kommt der Vorbereitung junger Menschen auf die Arbeitswelt und ihrer persönlichen Lebensplanung zu. Schülerinnen und Schüler sollen zu kritischer Urteilsbildung befähigt werden, um in einer von Interessensgegensätzen geleiteten Gesellschaft eigene Standpunkte finden und vertreten zu können. Der DGB hält an einem Bildungsanspruch fest, der die Welt als gestaltbar vermittelt und junge Menschen zu kritischer Partizipation und Mitbestimmung befähigt und ermuntert.
- Einem solch umfassenden Bildungsanspruch wird ein separates Fach Wirtschaft nicht gerecht. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wenden sich insbesondere gegen die derzeitigen Bestrebungen aus den Kreisen der Wirtschaft, ein monodisziplinäres ökonomistisches Fach einzuführen. Sozioökonomische Bildung soll vielmehr interdisziplinär, fächerübergreifend und -verbindend, lebens-, welt-, problem- und handlungsorientiert gestaltet werden.
- Unterrichtsmaterialien dürfen nicht zur Selbstdarstellung und für die eigene Interessenspolitik missbraucht werden. Der Grundkonsens politischer Bildung darf nicht aufgegeben werden und muss auch Maßstab zur Beurteilung von Unterrichtsmaterialien sein: Unterricht darf Schülerinnen und Schüler nicht manipulieren, sondern muss verschiedene Positionen und Perspektiven aufgreifen, schülerorientiert sein und die Schülerinnen und Schüler befähigen, ein eigenständiges Urteil zu entwickeln.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen für das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie. Für den Bildungsauftrag der Schulen bedeutet dies, die dienende Funktion der Wirtschaft für die Gesellschaft und die Menschen zu betonen. Wir fordern von den politischen Verantwortungsträgern, dass dem Lobbyismus an Schulen und der Dominanz wirtschaftlicher Interessen – etwa bei der Belieferung von Schulen mit einschlägigen Unterrichtsmaterialien oder auf dem Feld der Praxiskontakte und Lernpartnerschaften – Einhalt geboten wird. Die Förderung von Bildungsmateria-

lien und Initiativen von Seiten der Wirtschaftsverbände und Unternehmen durch Kooperationsverträge mit Schulbehörden und Kultusministerien muss gestoppt werden. Es ist nicht vertretbar, dass einseitige Sichtweisen über wirtschaftliche Abläufe und Strukturen staatlich gefördert werden.

- Der DGB regt in einem ersten Schritt eine staatlich verantwortete Monitoringstelle an, die einschlägige Materialien, Schulbücher, Kooperationen und Angebote der Lehrerfortbildung im Bereich der ökonomischen Bildung auf ihre Qualität, Ausgewogenheit und Multiperspektivität hin prüft und Empfehlungen für Lehrende und Lernende im Bildungsbereich ausspricht. Die Kosten einer Prüfung und eine etwaige Zertifizierung sind vom jeweiligen Anbieter zu tragen. Darüber hinaus soll offengelegt werden, wer in welchem Umfang die jeweiligen Materialien und Aktivitäten finanziert.
- Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss einen interdisziplinären Ansatz sozioökonomischer Bildung realisieren. Sozioökonomische Kompetenzen lassen sich nicht einseitig aus der Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre ableiten. Andererseits benötigen Lehrerinnen und Lehrer die Fähigkeit, die unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen zu verstehen und sie im Hinblick auf den Bildungsauftrag der Schule im Unterricht zu thematisieren. Lehrerinnen und Lehrer müssen durch eine auch praxisorientierte Ausbildung befähigt werden, die komplexen Zusammenhänge von Wirtschaft und Gesellschaft in eine schülerorientierte Unterrichtspraxis zu übersetzen.
- Der DGB und die Gewerkschaften treten ein für eine gerechte und zukunftsfähige Schulpolitik im Sinne der Kinder der Beschäftigten und Arbeitslosen. Unser Ziel ist ein am Individuum orientiertes Bildungswesen, das allen Kindern die gleichen Chancen auf gute Bildung ermöglicht. Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Lehrkräften, Schülerinnen, Schüler und Eltern sowie allen am Schulleben Beteiligten. Im Rahmen der gewerkschaftsübergreifenden Initiative Schule und Arbeitswelt machen wir Schulen unterstützende Angebote und fördern schulpolitische Aktivitäten vor Ort.

### DGB fordert Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien

*Die Forderung nach einer bundesweiten Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien bekräftigten GEW und DGB am 11. 12. 2012 in einem gemeinsamen Brief an die Kultusministerien aller Bundesländer, die Bundesbildungsministerin und die Kultusministerkonferenz (KMK).*

Der DGB-Bundesvorstand hat im September 2012 das Positionspapier „Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder lernen?“ beschlossen. Darin bringen die Gewerkschaften ihre Sorge darüber zum Ausdruck, dass Wirtschafts- und Finanzverbände, Privatunternehmen, Stiftungen, Vereine und sonstige Lobbygruppen in den letzten Jahren immer stärker versuchen, die Lerninhalte in allgemeinbildenden Schulen zu beeinflussen, ein einschlägiges Fach Wirtschaft zu etablieren sowie eine Veränderung der Paradigmen bisheriger politisch-ökonomischer Bildung im Schulwesen durchzusetzen. Hier-

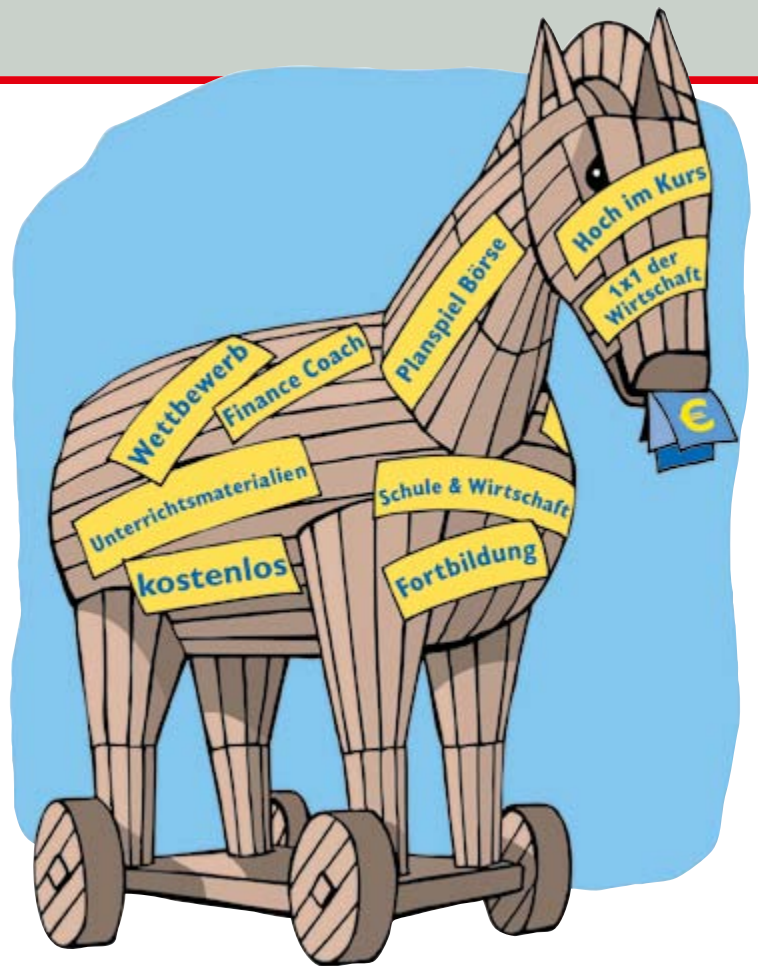


für haben die genannten Akteure passende Bildungsstandards und Standards für die Lehrerausbildung entwickelt. Parallel geben sie in großer Zahl zumeist kostenfreie Unterrichtsmaterialien heraus. (...)

Im Beutelsbacher Konsens haben sich die Unterzeichner mit dem Überwältigungsverbot, dem Kontroversitätsgebot und der Schülerorientierung auf drei unverzichtbare didaktische Prinzipien festgelegt, die uneingeschränkte Gültigkeit beanspruchen. Sie markieren die Grenze zwischen demokratischer politischer Bildung und Indoktrination. Dieser Konsens hat für den DGB weiterhin Gültigkeit. (...)

Neben der Entwicklung von Bildungsstandards für die allgemeinbildenden Schulen beobachten wir vor allem den Markt kostenfreier Lehrmaterialien mit großer Skepsis. Besonders Wirtschafts- und Finanzverbände, Firmen und Stiftungen tun sich hier hervor. Die Universität Augsburg hat jüngst 880.000 Lehrmaterialien im Internet aufgefunden und beziffert die Dunkelziffer auf etwa eine Millionen Materialien, die sich an Schulen und Lehrkräfte richten. Den Urhebern der Studie sind dabei insbesondere die Unterrichtsmaterialien von umsatzstarken Unternehmen aufgefallen, die – in Aufmachung und Layout mitunter sehr eindrucksvoll – ihren Werbungscharakter kaum verbergen können. Auch die *Verbraucherzentrale Bundesverband* (vzbv) hat im Mai 2012 anlässlich der Veröffentlichung ihres „Materialkompasses“ moniert, dass Unternehmen „offen oder versteckt für ihre Produkte und Dienstleistungen“ werben. Oft würden diese auch ihre Interessen „verstecken“, indem sie bestimmte Aspekte weglassen oder überbewerten. So fielen zum Beispiel die Allianz-Materialien „My finance Coach“ durch eine schlechte Bewertung im Materialkompass auf. Dabei muss verwundern, dass ausgerechnet diese Materialien in der staatlichen Lehrerfortbildung in Bayern Verwendung finden.

Diese immer vielfältigeren Versuche, den Bildungsauftrag von Schule und die Vorstellungen junger Menschen von der Wirtschaftswelt je nach Eigeninteresse beeinflussen zu wollen, sind aus Sicht des DGB nicht akzeptabel. Besonders kritisieren der DGB und seine Gewerkschaften, wenn einseitige Materialien von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen öffentlich gefördert oder durch behördliche Kooperationsverträge unterstützt werden.



In dem DGB-Beschluss fordern die Gewerkschaften in einem ersten Schritt eine staatlich verantwortete Prüfstelle, die Fremdmaterialien auf ihre fachliche und didaktische Qualität hin prüft, sie auf der Grundlage festgeschriebener Qualitätsstandards bewertet und Empfehlungen für Lehrende und Lernende im Bildungsbereich ausspricht. Eine solche Stelle könnte etwa durch regelmäßige Stichprobenuntersuchungen oder auch auf Bedarf oder „Bewerbung“ hin tätig werden. Denkbar wären sowohl die Vergabe eines orientierenden, staatlich anerkannten Qualitätssiegels, das mit konkreten, offen kommunizierten Qualitätskriterien unterlegt ist, als auch eine „rote Liste“, die Lehrmaterialien aufführt, die die festgelegten Qualitätskriterien unterlaufen. (...)

## Teach First wittert Morgenluft

Seit fünf Jahren versucht die *Teach First GmbH* vergeblich, einen ihrer *Fellows* an einer hessischen Schule unterzubringen. Jetzt hofft sie, von den Zuschlägen aus dem Sozialindex (HLZ S. 34) und zur Grundunterrichtsversorgung zu profitieren. *Teach First Fellows* sind nach den Vorstellungen der Initiative sozial engagierte junge Spitzenakademiker, die sich als innovative Hilfskräfte für Brennpunktschulen präsentieren. Die Mittel in Höhe von 27.000 Euro pro Jahr und *Fellow* sollen von den Schulen aufgebracht werden. Dabei stehen hinter *Teach First* potente Stiftungen (Vodafone, Robert

Bosch, Hertie) und Sponsoren (Lufthansa, Deutsche Post, Siemens, McKinsey und andere). Ein guter Deal: Großkonzerne finanzieren das Sozialkompetenztraining für ihre künftigen Führungskräfte aus den Mitteln unterfinanzierter „Brennpunktschulen“.

Die *Fellows* sollen die Schulen neuerdings auch bei der Berufsorientierung unterstützen. Das Problem brennt vielen Schulen auf den Nägeln, da nicht genügend qualifizierte Lehrkräfte und Sozialarbeiter zur Verfügung stehen und sich von der Wirtschaft, von Verbänden und Vereinen zur Verfügung gestellte Ehrenamtliche häufig als we-

nig geeignet erweisen. Können das die *Fellows* besser? Sie kommen direkt von der Hochschule und haben für eine qualifizierte Berufsorientierung weder Ausbildung noch Erfahrung. Sie konterkarieren damit unsere Forderungen nach qualifizierten Lehrkräften oder Berufseinstiegsbegleitern.

Die GEW Hessen hat sich in den letzten Jahren intensiv mit *Teach First* und der amerikanischen Mutterorganisation befasst. Mehrere kontroverse HLZ-Artikel findet man auf der GEW-Homepage [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) (> Meine Gewerkschaft > Themen > Teach First).

Christoph Baumann

## Schule leiten

Alfred Harnischfeger war von 1977 bis 1983 Landesvorsitzender der GEW Hessen und von 1983 bis 2009 Leiter der Integrierten Gesamtschule Kelsterbach. Außerdem engagierte er sich mehrere Jahre lang in der Ausbildung und Weiterqualifizierung von Schulleiterinnen und Schulleitern. Alfred Harnischfeger nutzte den Unruhestand unter anderem für die Arbeit an einem Buch zum Thema „Schule leiten“, das jetzt im Verlag Debus Pädagogik erschienen ist.

Entstanden ist ein sehr persönliches Buch, das sich positiv von den vielen betriebswirtschaftlich inspirierten Veröffentlichungen und auch vom Neusprech der Führungsleitbilder abhebt. Für Harnischfeger sind Schulleiterinnen und Schullei-

ter keine „Manager von mittelgroßen Betrieben“, sondern vor allem Menschen, die sich trauen (und zutrauen), eine besondere Aufgabe zu übernehmen. Harnischfeger schöpft dabei aus einem großen Fundus praktischer Erfahrungen und schildert anschaulich und konkret reale Erfahrungen aus dem Schulalltag mit (manchmal) schwierigen Schülerinnen und Schülern, mit dem Kollegium, mit Eltern und der Schulaufsicht. Es sind Erfahrungen mit geglückten Interventionen und mit dem Scheitern, deren Übertragbarkeit nicht immer garantiert werden kann.

Als Leseprobe veröffentlicht die HLZ mit freundlicher Zustimmung von Autor und Verlag einen Auszug aus dem Kapitel „Nichts für Feiglinge“.

In Anlehnung an den Titel eines Buchs von „Blacky“ Fuchsberger über das Altern könnte man auch sagen: „Schule leiten ist nichts für Feiglinge“. Schulleiter sein heißt, sich täglich offener oder versteckter Kritik auszusetzen, sich bewerten zu lassen, sich bewusst sein, dass über einen geredet wird.

Fast alle Schulleiter oder Schulleiterinnen haben es schon erlebt: Man betritt das Lehrerzimmer und Gespräche verstummen, Blicke wenden sich ab, die Körperhaltung der Kolleginnen und Kollegen verändert sich. Nicht immer, manchmal streift einen auch ein Lächeln oder ein Erstaunen: „Oh, der Schulleiter ist da!“

Es hat den Anschein, als gehöre der Schulleiter nicht in das Lehrerzimmer und objektiv ist da ja auch etwas dran. Der Schulleiter hat dort keinen festen Platz. Er kommt herein und schaut sich um, und das wirkt auf den einen störend, auf den anderen strafend bis ertappt und auf wenige ermutigend. Manchmal war meine Not, unnützlich in der Gegend herumzustehen, so groß, dass ich in den Postraum ging, um in meinem meist leeren Postfach nachzuschauen, ob es vielleicht außer der von der GEW oder Personalrat noch eine andere interessante Information oder wichtige Mitteilung gäbe.

Im direkten Umgang mit dem Kollegium ist es für den Schulleiter oder die Schulleiterin nicht einfach, das richtige Maß zu finden. Lässt man sich nicht im Lehrerzimmer blicken, heißt es: „Der interessiert sich nicht für uns.“ Lässt man sich blicken, steht die Frage im Raum: „Was der wohl will?“ Selbst

gestandene Kollegen wurden unsicher, wenn ich mich ihnen zuwandte, ohne etwas Konkretes von ihnen zu wollen. In meinem Kollegium gab es nur wenige Personen, denen ich stets offen begegnen konnte. „Das ist ja schön, dass du mal zu uns kommst“, löste eine gewisse Wärme, Nähe und Zuversicht aus. So ein Satz tat gut und ermunterte, eigene Gefühle zu zeigen.

In meiner langjährigen Praxis habe ich alles erlebt: die Kollegin, die sich spontan abwendete, sobald ich das Zimmer betrat, den Kollegen, der mir mit gespielter Ironie ein „Na, der Herr Schulleiter“ zuruft, bis hin zu Menschen, die mir die ehrlich gemeinte Frage stellten, wie es mir denn gehe oder dass ich abgespannt aussehe.

Neutral, wenn auch nicht immer angenehm empfand ich den Satz: „Da ich dich gerade sehe ...“. Auch gab es Nuancen, die bemerkenswert und gewöhnungsbedürftig waren: „Wenn du schon mal hier bist ...“ und „Ach, da fällt mir gerade ein ...“ Den meisten Jubel löste bei mir der Satz aus: „Kann ich dich schnell mal was fragen?“ Na klar, kann man mich mal schnell was fragen. Nur fünf Minuten vor Beginn der nächsten Unterrichtsstunde ist die Frage, ob ich mal sagen könne, was man mit einem Schüler macht, der immer wieder stört, schon eine echte Herausforderung. (...)

**Alfred Harnischfeger: Schule leiten. Neue Wege gehen und sie anderen zumuten.** 2013, 160 Seiten, Debus Pädagogik Verlag, ISBN-10-3954140179, 15,80 Euro

## Bildung und Medien

Wenn von Medienkompetenz die Rede ist, wird oft nur an Medieneinsatz und technische Fähigkeiten gedacht. Das scheint selbstverständlich, ist aber in Wirklichkeit viel zu wenig. Zu einer umfassenden Medienbildung gehört tatsächlich viel mehr als nur Geräte- oder Softwarewissen.

Warum durch solch falsche Schwerpunktsetzungen eine umfassende (Medien-)Bildung sogar mehr behindert denn gefördert wird – dieser Frage geht das soeben erschienene Buch „Bildung und Medien: Was Eltern und Pädagogen wissen müssen“ nach und schlägt Alternativen vor. In der Einleitung heißt es dazu:

*„Im Interesse der Medienindustrie ist es, Medientechnik zu verkaufen. Aus diesem Grunde wird sehr viel Geld in Werbung für eine solche Medienpädagogik gesteckt, die das Paradies auf Erden versprechen kann, weil sie bisher nicht überprüft wurde. Zur PR-Strategie gehört das Herabwürdigen von Erwachsenen ebenso, wie auch die Beschwörung vermeintlich angeborener Fähigkeiten so genannter Digital Natives. Gehen wir also von den Fakten aus, anstatt auf Heilsbotschaften einer profitorientierten und finanzstarken Lobby zu vertrauen, die einige ‚Wissenschaftler‘ für sich sprechen lässt. Dass viel Geld für deren Forschung aus der IT-Branche selbst stammt, erklärt die einseitige Ausrichtung vieler Angebote. Medien sind aber unschuldig, sie sind weder Heilsbringer am Bildungshimmel noch das Gegenteil.“*

Was aber sollen verantwortliche Eltern oder Lehrkräfte tun? Welchen Ratgebern können wir trauen und vor welchen sollten wir uns hüten? Wie können Sie sich im Medien- und Beratungsdschungel einen Überblick verschaffen, der das Wohl des Kindes und realistische Bildungsziele im Auge behält?

Der pädagogische Ratgeber klärt über die Machenschaften interessengeleiteter Lobbyisten auf und vermittelt, was verantwortungsbewusste Erziehende im Sinne einer kritischen Medienbildung für Schule und Alltag konstruktiv tun können. Sie bekommen ihn bei allen Buchhändlern und auch online bei [ebook.de](http://ebook.de).

**Sabine Schiffer: Bildung und Medien;** ISBN: 978-3-937245-10-2; 208 Seiten, 19,80 Euro





gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# FORTBILDUNG

## PROGRAMMAUSZUG

Juli – September 2013

### DEMOKRATISCHE BILDUNG

Seminar D4012

#### Schulrecht - (k)ein Buch mit sieben Siegeln?

Werner Scholz

Mo, 02.09., Di, 08.10. u. Di, 05.11.13, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 106 €; Mitglieder GEW Hessen 89 €

Seminar D4014

#### Von der Halbtagschule zur ganztägig arbeitenden Schule

Entwicklungsschritte auf dem Weg zur Ganztagschule

Guido Seelmann-Eggebert

Do, 12.09.13, 13:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar D4015

#### Hartz IV im Überblick für Lehrkräfte

Dr. Hinrich Garms

Di, 17.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Seminar D4016

#### Arbeiten mit dem Index für Inklusion in Kitas

Jochen Kramer & Theresia Friesinger

Do, 19.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €  
Zielgruppe: Erzieher/innen, Kita-Leiter/innen, Interessierte

Exkursion D4022

#### Rassismuskritischer Stadtrundgang in Frankfurt

Zwischen Duldung, Anerkennung und Abschiebung  
Constantin Wagner

Di, 24.09.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt,  
Entgelt 15 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar D4017

#### Zur Rolle migrantischer Väter in der Erziehung

Dr. Cengiz Deniz

Mi, 25.09.13, 13:00 - 18:00 Uhr, Gießen  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Vortrag mit Diskussion D4020

#### 40 Jahre „Radikalenerlass“ – ein abgeschlossenes Kapitel?

Zur Erinnerung an Radikalenerlass und Berufsverbote

Hartmut Barth-Engelbart & Dr. Manfred Köhler

Do, 26.09.13, 19:00 - 21:30 Uhr, Frankfurt  
entgeltfrei

### GESCHICHTE, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT

Seminar G4042

#### Weltwirtschaftskrise - das Gesicht der heutigen Globalisierung

Peter Neumaier

Fr, 30.08.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €  
Zielgruppe: Lehrer/innen Sek. II und Interessierte

Seminar G4013

#### Wirtschaftspolitische Konzeptionen in Zeiten der Finanz- und Eurokrise

Karsten Tessmar

Mi, 11.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €  
Zielgruppe: Lehrer/innen Sek. II und Interessierte

Seminar G4043

#### Obama's Historical Legacy

What Does the American Dream Mean Today?

Dr. Julian Name

Mi, 18.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

### GESUNDHEIT UND BERUF

Seminar H4045

#### Persönlichkeit und Präsenz

Was Lehrer stark macht

Vera Kaltwasser

Mo, 02.09.13, 9:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €  
Zielgruppe: Sek. I u. II, alle Schulformen

#### Seminar H4046

##### Was Lehrer/innen stark macht

Burnout-Prävention durch Achtsamkeitstraining  
Norbert Seeger  
Di, 03.09.13, 15:00 - 18:00 Uhr, Wächtersbach  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Seminar H4047

##### Wie bleibe ich bei Stimme?

Atem- und Stimmtraining für Sprechberufler mit individueller Beratung  
Frohmut Knie  
Sa, 14.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €  
Zielgruppe: Lehrer- und Erzieher/innen

#### Gesprächskreis H4048

##### Systemisch-lösungsorientierte Beratung und Supervision

Monika Frobel  
jew. Di, 17.09., 08.10., 12.11., 10.12.13 u. 21.01.14, jew. 18:30 - 21:00 Uhr,  
Marburg  
Entgelt 152 €; Mitglieder GEW Hessen 135 €  
Zielgruppe: Lehrer/innen und Erzieher/innen

#### Seminar H4049

##### Was Lehrer/innen stark macht

Burnoutprävention durch Achtsamkeitstraining  
Norbert Seeger  
Fr, 20.09.13, 15:00 - 18:00 Uhr, Schlüchtern  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Seminar H4050

##### Der Körper lügt nicht - Körpersprache und eigene Autorität

Uwe Riemer-Becker  
Di, 24.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar H4051

##### „Perfekt, gerecht - von allen geliebt?“

Stressmanagement und Entspannung im Schulalltag  
Gabriele Maß-Reschke  
Mi, 25.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel  
Entgelt 106 €; Mitglieder GEW Hessen 89 €

#### Seminar H4052

##### Schaff ich die Schule - oder schafft sie mich?

Stress und Burn-Out  
Uwe Riemer-Becker  
Mi, 25.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €  
Zielgruppe: Lehrer/innen

#### Seminar H4053

##### Stimm-Schulung für den Unterrichtsalltag

Silke Marx  
Do, 26.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Fulda  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €  
Zielgruppe: Lehrer/innen und Erzieher/innen

## KUNST, KÖRPER, KULTUR

#### Seminar K4063

##### Tausend tolle Töne - einfaches Spiel mit Orff-Instrumenten

Wolfgang Hering  
Di, 27.08.20, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €  
Zielgruppe: Grundschule, Förderschule und Kita

#### Workshop K4064

##### Rhythm for Body & Voice – für den Musikunterricht (Sek. I)

Christian Lunscken  
Mi, 04.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Workshop K4066

##### Stomp in der Grundschule

Tine Böhnke  
Mi, 11.09.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

#### Workshop K4068

##### Rund um Boomwhackers

Susanne Schmidt  
Di, 24.09.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Buseck  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €  
Zielgruppe: Grundschule (bis 5./6.Kl.), Förderschullehrer (Grundstufe),  
Erzieher/innen

#### Gesprächskreis K4069

##### Theaterplaudereien

Tipps und Empfehlungen zum Besuch Frankfurter Theater  
mit Schüler/innen  
Katrin Swoboda  
jew. Di, 24.09., 29.10. u. 26.11.13, jew. 17:00 - 19:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €  
Zielgruppe: Interessierte Lehrkräfte, auch aus dem Umland Frankfurts

#### Seminar K4070

##### Maltechniken für Förderschüler/innen

Gabriele Saur-Burmester  
Mi, 25.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €  
Zielgruppe: Förderschullehrer/innen, Lehrer/innen aller Schulformen

#### Exkursion K4071

##### Naturwerkstatt - Kreative Aktivitäten in der Natur

Brigitte Stein  
Fr, 27.09.13, 10:00 - 14:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Seminar K4073

##### Let's Swing ... Jazzsingen für Neugierige und Neulinge

Kerstin Kuschik  
Mo, 30.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

## MEDIEN, METHODEN, MÖGLICHKEITEN

#### Workshop M4096

##### Maschinenschein Holzverarbeitung - Intensiv

Jürgen Schnellbacher  
jew. Di, 27.08., 03.09., 10.09., 17.09., 24.09. u. 01.10.13,  
jew. 14:00 - 18:30 Uhr, Fürth/Odw.  
Entgelt 275 €; Mitglieder GEW Hessen 245 €

#### Workshop M4097

##### Maschinenschein Holzverarbeitung

Lambert Löher  
jew. Fr, 30.08., 06.09. u. 13.09.13, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Kassel  
Entgelt 225 €; Mitglieder GEW Hessen 195 €



#### Seminar M4098

##### **Jahrgangsübergreifendes Arbeiten in Klasse 1/2**

„Flexible Schuleingangsphase“ - Wie kann ich mir das vorstellen?

Stephanie Jurkscheit

Mi, 04.09.13, 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Seminar M4099

##### **Eigenverantwortliches Arbeiten durch Methodentraining**

Martina Lennartz

Mi, 11.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar M4100

##### **Die Not mit der Note**

Iris Welker-Sturm

Do, 12.09.13, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar M4101

##### **Gedächtnistraining und Konzentration**

Methoden und kreative Techniken zur Steigerung der Konzentrations- und Merkfähigkeit

Dr. Christiane Potzner

Do, 12.09.13, 14:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Workshop M4104

##### **Streiten will gelernt sein - Spiele zum Umgang mit Aggressionen**

Jessica Stukenberg

Do, 19.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38,00 €;

Zielgruppe: Lehrer/innen, Sozialarbeiter, Erzieher/innen in der Jugendhilfe

#### Workshop M4106

##### **Maschinenschein Holzverarbeitung**

Jürgen Jäger

jew. Di, 24.09., 01.10. u. 08.10.13, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 225 €; Mitglieder GEW Hessen 195 €

## NATUR, NATURWISSENSCHAFTEN, MATHEMATIK

#### Seminar N4132

##### **Ökologie an der Schule: Schulhof-Schulgarten-Aktionstage**

Heidrun Berressem

Do, 05.09.13, 15:00 - 18:00 Uhr, Bad Soden-Salmünster

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

#### Seminar N4133

##### **Rechenschwäche? - Prävention und fördernde Maßnahmen**

Klaus Rödler

Do, 12.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grundschule (1.-3. Kl.)

#### Seminar N4134

##### **Astronomie unterrichten in der Grundschule**

Christian Wolff

Mi, 25.09.13, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Interessierte Kollegen/innen der Primarstufe

## PÄDAGOGIK

#### Seminar P4142

##### **Kompetenzorientiert unterrichten mit Kompetenzrastern**

Von den Bildungsstandards zu Schulcurriculum und individueller Unterrichtsgestaltung

Barbara von Ende

Mi, 28.08.13, 9:30 - 15:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrkräfte der Klassen 1-6

#### Seminar P4143

##### **Selbstorganisation statt Bildung?**

Über „lebenslanges Lernen“ und „Kompetenzorientierung“

Dirk Hommrich

Mi, 11.09.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

#### Seminar P4144

##### **Themenzentrierte Interaktion - Ein Konzept im Schulalltag nutzen**

Nicol Obler

Mi, 11.09.13, 14:00 - 18:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Seminar P4147

##### **Elternarbeit und systemische Beratung in der Schule**

Sabine-Elena Funk & Elisabeth Kühnel

Mi, 18.09. u. Mi, 25.09.13, jew. 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

Zielgruppe: Lehrer/innen aller Schulformen

#### Seminar P4146

##### **12-Punkte-Programm für nachhaltige Gewaltprävention**

Carlo Schulz

Mi, 18.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Weilburg

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrer/innen aller Schulstufen, Erzieher/innen

#### Seminar P4148

##### **Unterrichtsfach Glück**

Peter Kühn

Do, 19.09.13, 11:00 - 17:00 Uhr, Fulda

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar P4149

##### **Unruhige Kinder - AD(H)S**

Warum das Medikament allein das Problem nicht löst

Prof. Dr. Dieter Mattner

Sa, 21.09.13, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

#### Workshop P4150

##### **Arbeiten mit „schwierigen“ Jugendlichen**

Talente erkennen - mit Fehlverhalten angemessen umgehen

Jürgen Stockhardt

Mo, 23.09. u. Di, 24.09.13, jew. 9:00 - 16:00 Uhr, Seeheim-Jugenheim

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 73 €

Zielgruppe: Lehrer/innen, Sozialpädagogen/innen, Arbeitscoaches

Vortrag mit Diskussion P4151

### **Pädagogik der Kontrollgesellschaft:**

Vom „Nachsitzen“ zum „Trainingsraum“

Prof. Dr. Ludwig A. Pongratz

Di, 24.09.13, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

Vortrag mit Diskussion P4152

### **Noten - pädagogisches Instrument,**

### **Selektionsmittel oder Disziplinierungsmaßnahme?**

Dr. Manuel Mendez-Burguillos

Mi, 25.09.13, 18:30 - 20:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

## **SPRECHEN, SCHREIBEN, LESEN**

Seminar S3298

### **Sprachheildiagnostik in Beratungs- und Förderzentren**

Dr. Marianne Wiedenmann

Do, 20.06.13, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Zielgruppe: Förderschulen

Seminar S4169

### **Spracherwerb - Zweitspracherwerb - Sprachkompetenz-**

Dr. Songül Rolffs

Do, 29.08.2013, 15:00 - 18:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Zielgruppe: Grundschule u. Sek. I

Seminar S4170

### **Die Arbeit im 1. Schuljahr**

Lehren und Lernen im Spannungsverhältnis von Förderbedarf und Hochbegabung

Barbara von Ende

Mi, 04.09.13, 9:30 - 16:30 Uhr, Weilburg

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar S4171

### **Schreibanlässe im 1. und 2. Schuljahr**

Stephanie Jurkscheit

Mi, 18.09.13, 15:00 - 18:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

## **REISEN (mehr unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de))**

Studienreise R4163

### **► Studienreise nach Kreta**

Heinrich Becker

Fr, 11.10. – Do, 24.10.13

Entgelt DZ 1.068 €; EZ 1.180 €

Studienreise R4164

### **► Digitale Fotografie am Gardasee**

Kultur und Menschen - Themenfelder für die fotografische Praxis im Kunstunterricht

Heinz Gabler

So, 13.10. – Sa, 19.10.13, Malcesine

Entgelt DZ 650 €; EZ 698 €

Studienreise R4165

### **► Studienreise nach London**

Dieter Wagner

Di, 15.10. – So, 20.10.13

Entgelt DZ 855 €; EZ 975 €

Studienreise R4166

### **► Wandern um Prag**

Dalibor Hric

Sa, 19.10. – Sa, 26.10.13

Entgelt DZ 510 €; EZ 620 €

Studienreise R4169 / R4170

### **► Sprachreise nach Málaga/Südspanien**

Reinhard Besse

Mo, 14.10 – Sa, 19.10.13 bzw. Mo, 21.10. – Sa, 26.10.13

Kursgebühren für Spanisch-Lernende und

Spanisch-Lehrer/innen unter: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

# **A N M E L D U N G [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)**

Einfach anrufen: **0 69 - 97 12 93-27**

oder faxen: **0 69 - 97 12 93-97**

Online-Buchung: **[www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)**

E-Mail: **[anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)**

### **Bürozeiten**

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags  
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

### **[www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)**

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

### **Abrufveranstaltungen**

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

**lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen**

**Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main**

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.

Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter **[www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)**

**Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2013**

**Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.**

**Im Internet ist das Programm bereits ab September unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) einzusehen.**



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen



## Gegen die Militarisierung der Köpfe

Jens Wernicke (HLZ) sprach mit Dietrich Schulze, der als ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter und Betriebsratsvorsitzender des Kernforschungszentrums Karlsruhe (jetzt KIT) stark in die so genannte Zivilklauselbewegung involviert ist. Er arbeitet in der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.

*Wernicke: Die Zivilklauselbewegung ruft vom 13. bis 15. Juni zu bundesweiten Aktionstagen auf. Worum geht es?*

**Dietrich Schulze:** Die Aktionstage knüpfen an Aktionen für militärfreie Schulen und Hochschulen im Herbst 2012 an. Konkret geht es darum, der



Bundeswehr den Einfluss auf die Schulen streitig zu machen, also beispielsweise die Kooperationsvereinbarungen mit einzelnen Kultusministerien ersatzlos zu streichen und Schulen zu würdigen, die per Schulkonferenzbeschluss die Bundeswehr nicht an ihrer Schule haben wollen. Drei davon wurden kürzlich stellvertretend mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet...

*...darunter die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach...*

Damit sollen der Mut und die Courage von Schülern, Lehrkräften und Eltern gewürdigt und gleichzeitig Signale gegen den Mainstream der Militarisierung in unserer Gesellschaft gesetzt werden. Junge Menschen sollen sich für Freiheit und Gerechtigkeit in Frieden, ohne

Gewalt und Krieg stark machen. Genau darum geht es auch an den Hochschulen, die wegen nicht ausreichender Grundfinanzierung über dubiose Drittmittel verbunden mit befristeten Verträgen in die Arme der Militärs, der Rüstungsindustrie und mächtiger Privatfirmen getrieben werden. In über 40 Hochschulen wird im naturwissenschaftlichen, medizinischen und sozialwissenschaftlichen Bereich für Bundeswehr, Rüstung und Krieg geforscht und gelehrt. Dazu kommen enorme Mittel aus dem „zivilen Haushalt“ des Bundesforschungsministeriums: Unter dem Deckmantel „Sicherheitsforschung“ werden militärische Zwecke bedient. Die Militarisierung der Bildung ist ein wesentlicher Aspekt der Militarisierung der Außenpolitik. Die Jugend soll „humanitäre“ Interventionskriege für Rohstoffe auf fremdem Boden und gehorsame Regierungen als selbstverständliche nationale Interessen begreifen und unterstützen.

*Und worum geht es bei den Zivilklauseln an Hochschulen genau? Wie viele machen schon mit?*

Wenn man das Ausmaß an Militarisierung und Anpassung betrachtet, muss es erstaunen, dass in den letzten drei Jahren sieben neue Hochschulen mit Zivilklauseln zu den zuvor bereits vorhandenen fünf dazu gekommen sind. Das ist eine ermutigende Zwischenbilanz der Zivilklauselbewegung. Die Zivilklausel ist eine verbindliche Festlegung, für vernünftige zivile statt für militärische Zwecke zu arbeiten. Dies stärkt die Zivilcourage jedes einzelnen Hochschulangehörigen. Voraussetzungen für die „Re-Zivilisierung“ der Hochschulen sind dabei große Wachsamkeit und die für eine Überprüfung vor Ort notwendige Transparenz. Alle Drittmittel-Vorhaben müssen vor Beginn des Projekts in Bezug auf Geldgeber, Zeitraum, Projektverantwortlichkeit, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung zumindest hochschulöffentlich bekannt gemacht werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Es reicht nicht, eine Zivilklausel zu beschließen, sie muss gelebt werden. Schluss mit der Militarisierung der Köpfe!

• *aktuelle Informationen: [www.antimilitaristische-aktionstage.info/](http://www.antimilitaristische-aktionstage.info/)*



### Zivilklausel auch in Kassel?

Bei der studentischen Urabstimmung über eine so genannte „Zivilklausel“ an der Universität Kassel sprachen sich Ende Januar 2013 72,4% der Wählerinnen und Wähler für eine rein zivile und friedliche Forschung aus. Eine Abstimmung im Senat der Universität wurde auf den 12. Juni verschoben. Die Vorbehalte im Senat betrafen die Rechtmäßigkeit der Klausel. Julian Firges vom Arbeitskreis Zivilklausel hielt dagegen:

*„Auch andere Universitäten wie etwa die Goethe-Universität in Frankfurt und die TU Darmstadt haben Zivilklauseln in ihren Grundordnungen, zudem bestätigen mehrere juristische Gutachten die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Klausel.“*

Aufregung erzeugte auch ein kleiner Briefkasten. Der „Uni-Leaks-Briefkasten für Transparenz“ der Initiative Zivilklausel soll allen Beschäftigten und Studierenden der Universität Kassel die Möglichkeit bieten, „ihrem Gewissen zu folgen und unterdrückte Sachverhalte von öffentlichem Interesse für jedermann zugänglich zu machen“. Universitätspräsident Rolf-Dieter Postlep sprach daraufhin von der Gefahr „einer möglichen Denunziation von an unserer Hochschule tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“, die „durch anonyme Verdächtigungen diskreditiert werden“ könnten.

Während sich die Unileitung überzeugt zeigt, dass alle Mitglieder der Universität „die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse mitbedenken“, verweist die Initiative Zivilklausel unter anderem auf einen dualen Studiengang in Kooperation mit dem Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann und gemeinsame Forschungen des Fachbereichs Maschinenbau mit dem Rüstungsproduzenten Rheinmetall MAN Military Vehicles.

• *weitere Informationen: <http://zivilklauselkassel.blogspot.de>*



# Verfehlte Maßnahmen

## Inklusion in Hessen: Bilanz nach einem Jahr

*Der alte Gemeinsame Unterricht (GU) in Hessen war gerade abgeschafft, die Einsparung von 350 Lehrerstellen durch die Aufhebung der Klassenhöchstgrenzen des GU vollzogen und das zweite Halbjahr der „Inklusion“ in Hessens Schulen eingeläutet, da meldete das Hessische Kultusministerium (HKM) im Februar*

*2013 in einer Pressemitteilung bereits Vollzug: „Neue gesetzliche Regelungen zum inklusiven Unterricht haben sich bewährt.“ Mit der Realität hat das wenig zu tun. Tatsächlich ist die Neuregelung der sonderpädagogischen Förderung gescheitert. Die Bilanz nach einem Jahr: eine Bankrotterklärung.*

Als die Diskussion über die Konsequenzen aus der UN-Behindertenrechtskonvention 2010 endlich auch die hessische Landesregierung erreichte, musste sich das Kultusministerium fragen lassen, ob es nicht an der Zeit ist, die personenbezogene Zuweisung sonderpädagogischer Ressourcen, wie sie für den bisherigen GU kennzeichnend war, durch eine systembezogene Zuweisung im Sinne einer sonderpädagogischen Grundversorgung der Regelschulen abzulösen: Sie würde die Stigmatisierung abbauen, Eltern und Kinder entlasten, die Planungssicherheit der Schulen erhöhen. Das HKM entschied sich dagegen: Um jedem Kind gerecht werden zu können, wolle man auch künftig am Einzelfall des betroffenen Kindes orientierte Lösungen herbeiführen und die vorhandenen Mittel nicht „mit der Gießkanne“ auf die Schulen verteilen. Folgerichtig etablierte die Novelle zum Hessischen Schulgesetz (HSchG) einen „Förderausschuss“, der eine Empfehlung über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung jeden einzelnen Kindes aussprechen soll.

Doch kaum war das HSchG verabschiedet, kam die systembezogene Zuweisung, ein ursprünglich sinnvoller Ansatz, auf verheerend-destruktive Art zurück. Mit Blick auf die Kosten konnte nämlich dem HKM nichts Schlimmeres passieren, als dass die tatsächlichen Förderbedarfe von Kindern in vielen Förderausschüssen zur Sprache gebracht würden. „Förderausschüsse vermeiden“, hieß nun die vom HKM ausgegebene Losung. In den Handreichungen eines Schulamts war Folgendes zu lesen:

*„Das bedeutet auch, dass nicht mehr Einzelne durch die Zuweisung von zusätzlichen Ressourcen ‚besondert‘ werden, sondern eine Schulgemeinde als Ganzes systemische Unterstützung erhält, um allen besser gerecht zu werden.“*

Diese überraschende Wende zum Systemischen machte klar, worum es wirklich geht: um die Verwaltung des Mangels. Also doch „Gießkanne“!

Welche Auswirkungen dies für die Vorbereitung des ersten Inklusionsjahrs 2012/13 hatte, habe ich in der HLZ 9-10/2012 dargestellt (1). Bei der Verteilung der Ressourcen für das nächste Schuljahr 2013/14 wird jede Regelschule vom Schulamt und den zu kleinen Schulämtern aufgewerteten Beratungs- und Förderzentren (BFZ) zunächst mit einer Gesamtstundenzahl unterstützt, die sich in die beiden Bereiche „Inklusive Beschulung“ (IB) und „Vorbeugende Maßnahmen“ (VM) aufteilt. Die Zahl der Stunden richtet sich nach der Schülerzahl. Im Gegensatz zu den VM-Stunden, die bei Bedarf und vor allem zu Beratungszwecken eingesetzt werden, werden die Stunden für IB über Förderausschüsse „vergeben“ und im inklusiven Unterricht der Klasse eingesetzt. Statt im Förderausschuss ergebnisoffen über die Schaffung angemessener Vorkehrungen zu beraten, wird nun verstärkt versucht, die Einrichtung von Förderausschüssen überhaupt zu verhindern. Schulleitungen, die förderdiagnostische Stellungnahmen zur Vorbereitung eines Förderausschusses anfordern, erhalten vom BFZ mitunter die lapidare Auskunft, dass die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben seien.

Im Bereich einiger Schulämter werden keine Förderausschüsse für „zieltgleich“ zu unterrichtende Kinder vor ihrer Einschulung mehr eingerichtet. In einer Verfügung, die sich an die BFZ-Leitungen richtet, will ein Schulamt nur die Einrichtung für geistig behinderte und blinde Einschulungskinder zulassen und versteigt sich ansonsten zu folgender Behauptung:

*„Die Feststellung eines Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung bereits vor*

*Einschulung ist grundsätzlich nicht möglich (§3 Abs. 6 HSchG, §§ 1-4 VOSB).“*

In den angeführten Paragraphen steht davon nichts. Grundsätzlich scheint es erwünscht zu sein, die Zahl der IB-Stunden, die – wie unzureichend auch immer – fest an einzelne Kinder vergeben werden, herunter zu fahren und die „Inklusion“ möglichst weitgehend über die VM abzuwickeln. Zudem stehen vielen Schulen für das nächste Schuljahr gar keine oder kaum IB-Stunden zur Verfügung, die über Förderausschüsse vergeben werden könnten, weil sie bereits für Maßnahmen im laufenden Schuljahr „verbraucht“ wurden. Die Grundschule, an der ich unterrichtete, hat Anspruch auf 17 IB-Stunden, von denen 16 zu Beginn des Schuljahres 2012/13 bereits verteilt wurden, so dass es für das nächste Schuljahr keine weiteren Kinder mit „vermutetem Anspruch“ auf sonderpädagogische Förderung mehr geben darf. Das Argument, Kinder, für die keine IB-Stunden zur Verfügung stehen, könnten auch über VM-Stunden gefördert werden, verkennt, dass diese Ressourcen nicht gleichzusetzen sind. Das Kürzel VM für „Vorbeugende Maßnahmen“ steht aus Sicht vieler Regelschulen auch für „verschwundene“, „verschwendete“ und „verzichtbare“ Maßnahmen: „Verschwunden“, weil sie offenbar nur zu einem Teil an den Schulen und zu einem noch geringeren Teil bei den Kindern ankommen, „verschwendet“ auf Fahrstrecken zwischen den Schulen oder für unproduktive Berichte und Stellungnahmen, „verzichtbar“, weil sie nicht das bringen, was benötigt wird.

Es ist Teil der perfiden Logik dieses Systems, dass es den Beteiligten das Unverzichtbare und zu wenig Vorhandene, nämlich die Kompetenzen und unterrichtlichen Einsatzmöglichkeiten der Förderschullehrkräfte, als überflüssig erscheinen lässt, indem es deren





Einsatz so gestaltet, dass ihre Tätigkeit nur noch partiell als hilfreich erlebt wird.

So hatten sich das die Befürworter einer systembezogenen Lösung nicht vorgestellt. In Hamburg mit seinen lange erfolgreich arbeitenden, jetzt ebenfalls von Sparmaßnahmen bedrohten „integrativen Regelklassen“ erhielt eine zweizügige Grundschule mit Vorklasse, die sich verpflichtete, alle Kinder des Einzugsbereichs zu unterrichten und auf sonderpädagogische Überprüfungen bei einem vermuteten Förderbedarf in den Bereichen Sprache, Lernen und Verhalten generell zu verzichten, eine zusätzliche Zuweisung von drei Sonderschullehrerstellen (ca. 80 Stunden) und einer Dreiviertelstelle für eine sozialpädagogische Fachkraft – mithin mehr als 100 zusätzliche Stunden. Eine hessische Grundschule der gleichen Größenordnung erhält im Schuljahr 2013/14 – wenn es hoch kommt – eine Zuweisung von rund 24 Förderschullehrerstunden, wobei 50 Prozent und mehr als VM-Stunden nicht oder zu einem kleinen Teil in die Unterrichtsarbeit fließen. Zudem sind die Förderschullehrkräfte und die sozialpädagogische Fachkraft im Hamburger Modell Teil des Regelschulkollegiums, beständig vor Ort, eingebunden in ihre Klassenleitungsteams und in die tägliche Unterrichtsarbeit. Dies ist der Schlüssel für ihre erfolgreiche Zusammenarbeit.

Das HKM ist dagegen bemüht, systematisch einen Keil zwischen Regelschullehrkräfte und Förderschullehrkräfte zu treiben – bis hin zur jüngsten Neuregelung der Pflichtstundenverordnung, die die Pflichtstundenzahl der Förderschullehrkräfte von der der Regelschullehrkräfte abgekoppelt hat. Beispiele gelungener Kooperation werden zerschlagen, die letzten Förderschullehrkräfte, die ihre Stelle noch an einer Regelschule haben, sollen auch noch an die BFZ oder Förderschulen versetzt werden.

Die Saat droht in Form wachsender Ressentiments zwischen den Lehrkräften unterschiedlicher Lehrämter aufzugehen: Die einen fühlen sich weitgehend alleine gelassen, erhalten nur „Beratung“ oder „sonderpädagogische Expertise“, wie es im HKM-Neusprech heißt, und sind in der Arbeit mit den Kindern auf sich selbst gestellt. Frustriert verzichten sie in vielen Fällen auf Beratungsanfragen, eine fatale (aber gewollte) Konsequenz, die zudem den falschen Eindruck transportiert, ein Bedarf sei nicht gegeben. Die anderen, häufig noch Klassenlehrer an ihrer Förderschule, fühlen sich zwischen einer Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben und Orte zerrieben und zerrissen, beklagen mangelnde Offenheit und Kooperationsbereitschaft und haben das Gefühl, wie es in einer Resolution heißt, „in Bedeutungslosigkeit unterzugehen“. Die Trennung zwischen denen, die unterrichten, und denen, die nur noch im Bedarfsfall hinzugezogen werden, um zu beraten, ist fatal.

Doch das HKM denkt noch weiter: Die Regelschullehrkräfte sollen für die Herausforderungen der Inklusion weitergebildet und die Inhalte der Lehrerbildung „modernisiert“ werden. Die Konsequenz: Dann brauchen wir gar keine Förderschullehrkräfte mehr in der Regelschule.

Unterdessen werden die Eltern behinderter Kinder freiwillig das Weite suchen und ihre Kinder an der Förderschule anmelden, weil sie deren Beschämung in der Regelschule nicht mehr ertragen können. Die schlechte Ausstattung der Regelschule lenkt die Elternwahl hin zur Förderschule, die wiederum Ressourcen bindet, die für die inklusive Bildung dringend benötigt werden. Das HKM aber wird diese Entwicklung in einer dann fälligen Presseerklärung als „klaren Vertrauensbeweis für die Förderschulen“ würdigen und mit Bedauern feststellen, dass die Elternschaft trotz aller Anstren-

gungen die Inklusion nicht angenommen hat.

Schon jetzt hat nach meinem Eindruck eine Schülerbewegung Richtung Förderschule eingesetzt. „Seit es die Inklusion gibt, haben wir wieder Anmeldungen“, sagte mir kürzlich der Leiter einer Förderschule. In einer anderen Förderschule, deren Schülerzahl in den letzten Jahren stetig rückläufig war, hat sie sich im Laufe des ersten Halbjahres der Inklusion überraschend um mehr als 10 Prozent erhöht. Kinder wurden mitten im Schuljahr aus den Regelschulen genommen. Warum nur?

Was ist zu tun? Wir müssen den politischen Druck auf die Verantwortlichen in Wiesbaden erhöhen. Die GEW-Bezirksverbände Mittelhessen und Nordhessen haben angekündigt, Wahlprüfsteine für die Landtagswahl zu erstellen, an denen die Parteien ihren Standort zu einer gelingenden Inklusion deutlich machen sollen und können.

Zentrale Forderungen sind die Rücknahme des Ressourcenvorbehalts und eine angemessene sonderpädagogische Grundausstattung der Regelschulen, die wieder echte Teambildungen und die Einbindung der Förderschullehrkräfte in die Arbeit mit Kindern erlaubt. Eltern, Erzieherinnen, Lehrkräfte und Schulleitungen können erheblich dabei helfen, indem sie ihre Erfahrungen öffentlich machen. Die *Gruppe Inklusionsbeobachtung Hessen* ([www.gib-hessen.de](http://www.gib-hessen.de)) ist sehr an entsprechenden Berichten, auch an Informationen über die Entwicklung der Schülerzahl an Förderschulen, interessiert. Seit Kurzem lassen sich unter der Adresse [www.gib-kassel.de](http://www.gib-kassel.de) Erfahrungsberichte auch online und für jeden nachlesbar eingeben.

Johannes Batton

(1) Die Langfassung dieses Artikels und alle bisherigen Publikationen des Autors zur „Inklusion“ in Hessen findet man unter [www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de).



# Erziehung zur Demokratiefähigkeit

## Hessisches Kerncurriculum: Mehr als eine Gelegenheit?

Die ersten Ergebnisse der nationalen Bildungsvergleichsstudien PEK (Personale Kompetenz) und SOK (Soziale Kompetenz), deren Autoren sich in ihren Studien an der Längsschnittstudie BIP (Begabung, Intelligenz, Persönlichkeit) orientieren, liegen vor und geben Anlass zu Optimismus. In den aufwändigen Studien zur Entwicklung personaler und sozialer Kompetenz wird untersucht, in welchem Ausmaß Schulabgänger den entsprechenden Kompetenzerwartungen entsprechen. Hessen schneidet deutlich

besser ab als die meisten anderen Bundesländer. Ein repräsentativer Querschnitt von Schulabgängern wurde in qualitativen Interviews befragt. Bei 74,7% der hessischen Schulabgänger konnte festgestellt werden, dass sie zu 65,9% den Kompetenzerwartungen entsprechen. Das heißt, dass drei Viertel der Interviewten etwa zwei Drittel der Ziele im Bereich personaler und sozialer Kompetenzen erreichen und als Rüstzeug beim Übergang in Berufswelt oder gymnasiale Oberstufe mitbringen.

Zur Erinnerung: Was verstehen die Autoren des hessischen Kerncurriculums unter personaler und sozialer Kompetenz? Ein junger Mensch, der über soziale und personale Kompetenz verfügt, ist selbstbewusst, kennt seine Stärken und Schwächen, weiß, was er will und was er für sich erhofft, ist lernwillig und -fähig, hat genügend Selbstvertrauen, sieht sich als selbstverantwortlich und ist selbstreflexiv. Er verfügt über ein reiches Innenleben, will sich verwirklichen, hat Gestaltungswillen und -fähigkeiten. Sachlich und nüchtern seine Situation sehend, weiß er um seine gesellschaftlich verbürgten Rechte, kennt seine Interessen und verfolgt diese zielstrebig, dabei in reflektierter Weise seine Bedürfnisse, Wünsche, Neigungen berücksichtigend. Er sieht sich als Teil einer sozialen Wirklichkeit, die nicht widerspruchsfrei ist. Dieser junge Mensch bejaht sich, ohne überheblich zu sein. Den gesellschaftlichen Anforderungen fühlt er sich gewachsen, und er ist bereit und willens, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv und verantwortungsbewusst am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Dieser junge Mensch nimmt die soziale Realität sensibel wahr, bemüht sich, die Bedürfnisse, Interessen, Überzeugungen, Gefühle anderer Menschen zu verstehen und zu akzeptieren. Er weiß, dass die Deutung der Wirklichkeit ein unabschließbarer Prozess ist, vertraut auf die Überzeugungskraft des besseren Arguments und ist bereit, die politischen und ethischen Maßstäbe seines Handelns zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren. Er kann sich gut in die Lage anderer Menschen versetzen und deren Standpunkt aus ihrer Perspektive beurteilen. Er bemüht sich, anderen Menschen in seinem Verhalten gerecht zu werden, ohne sich selbst zu

verleugnen. Das Wohlergehen anderer Menschen liegt ihm am Herzen, er verhält sich ihnen gegenüber solidarisch. Der junge Mensch ist kooperativ und teamfähig, kann Beziehungen zu anderen Menschen positiv gestalten und respektiert selbstverständlich soziale Regeln des Umgangs miteinander. Dieser Mensch ist uneigennützig und fähig zu rationaler Konfliktbewältigung. Er vertritt seine Interessen engagiert, aber nie aggressiv oder verletzend. Er achtet die Grundrechte, hält sie für schützenswert und tritt aktiv für sie ein. Seine Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte nimmt der junge Mensch in vorbildlicher Weise wahr. Er bemüht sich im Rahmen seiner Möglichkeiten um interkulturelle Verständigung, wissend, dass Kommunikation und Wertvorstellungen kulturell geprägt sind. Die Unterschiede dieser Prägungen nimmt er vorurteilsfrei wahr, ist aufgeschlossen und neugierig anderen Kulturen und allem Fremden gegenüber.

*Das sind doch nicht unsere Schülerinnen und Schüler, werden die Leserinnen und Leser kopfschüttelnd denken. Wie wollen die Autoren der Bildungsvergleichsstudien PEK und SOK das denn festgestellt haben? Die aufmerksamen Leserinnen und Leser haben natürlich Recht: Die Studien PEK und SOK sind Phantasieprodukte. Zwar stimmt der obige Konkretisierungsversuch eines selbst und sozial kompetenten Schulabgängers mit entsprechenden Formulierungen im Kerncurriculum überein, doch dessen Autoren schreiben ausdrücklich, dass sich „im Unterschied zu den fachlichen Standards (...) die überfachlichen Kompetenzen weitgehend einer Normierung und empirischen Überprüfung entziehen: Insbesondere die Entwicklung personaler Kompetenz ist durch schulische Erziehungs- und Bildungsprozesse nur in begrenztem Maße zu beeinflussen.“*

Dann folgt ein entscheidender Satz, mit dem die Vision vom selbstkompetenten und sozial kompetenten Schulabgänger auf niederste Flamme des schulisches Machbaren herunter gekocht wird. Die Schulen im Lande, wird unambitioniert und kleinlaut verkündet, bieten „Gelegenheiten zum verantwortlichen Handeln und zur Entwicklung eigener Potentiale“. Na bravo, denkt man, das also bleibt übrig.

Es lohnt der Mühe, diese Bescheidenheit hinsichtlich der überfachlichen Ziele mit dem Erziehungs- und Bildungsauftrag der Hessischen Verfassung (HV) und den §§ 2 bis 6 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) zu kontrastieren. Das Schulgesetz betont die überragende Bedeutung des Verfassungsauftrags nach § 56 Abs. 4 HV: *„Ziel der Erziehung ist, den jungen Menschen zur sittlichen Persönlichkeit zu bilden, seine berufliche Tüchtigkeit und die politische Verantwortung vorzubereiten zum selbständigen und verantwortlichen Dienst am Volk und der Menschheit durch Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit.“*

Die Verfassung des Landes Hessen datiert vom 1. Dezember 1946. Die Zielsetzung, junge Menschen „zur sittlichen Persönlichkeit“ zu bilden, und zwar „durch Ehrfurcht, Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit“ mutet heute einigermaßen weltfremd an und ist als Reaktion auf den Zivilisationsbruch der NS-Diktatur zu verstehen. Im Schulgesetz wird dieser Erziehungsauftrag ausdrücklich bestätigt und um einige Dimensionen erweitert. Es intendiert Erziehung zur Demokratiefähigkeit, nennt ausdrücklich Erziehung zur Gleichberechtigung, ökologische Bildung und Umwelterziehung, informa-



tions- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung, Sexualerziehung, kulturelle Praxis, Friedenserziehung, Rechtserziehung, Gesundheitserziehung und Verkehrserziehung, und es fordert die Schule auf zu einer Erziehung zu sozialer Verantwortung und Selbstreflexivität.

Ich will innehalten und zusammenfassen: Verfassung und Schulgesetz verpflichten die hessischen Schulen zu außerordentlicher Anstrengung, die Schülerinnen und Schüler des Landes zu selbstständigen, selbstverantwortlichen, selbstbewussten, selbstreflexiven demokratiefähigen Persönlichkeiten zu erziehen. Damit wird den Schulen eine hohe Verantwortung aufgebürdet. Eine zu hohe? Jedenfalls wirft der Konkretisierungsversuch zum personal und sozial kompetenten Schulabgänger die Frage auf, ob die entsprechenden Zielsetzungen des Kerncurriculums realistisch sind, abgesehen davon, ob es wünschenswert wäre, dass Schule solche Vorstellungen zu realisieren vermöchte. Natürlich weisen die Autoren des Kerncurriculums zu Recht darauf hin, dass sich die „überfachlichen Kompetenzen weitgehend einer Normierung und empirischen Überprüfung“ entziehen. Doch was folgt daraus?

Im Kerncurriculum wird den Schulen lediglich zugebilligt, „Gelegenheiten zu verantwortlichem Handeln und zur Entwicklung eigener Potentiale“ zu bieten. Das vermittelt in meinen Augen den Eindruck, dass das Kerncurri-

culum zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Verfassung „April, April“ ruft. So sei das doch gar nicht gemeint mit den Zielen, die sich aus Verfassung und Schulgesetz ergeben, denn Schule biete doch höchstens – ich erlaube mir diese Zuspitzung – ein paar „Gelegenheiten zum verantwortlichen Handeln und zur Entwicklung eigener Potentiale“, mit mehr, muss man schlussfolgern, überfordere sie sich.

### Fegefeuer der Selbstoptimierung

Der Verdacht liegt nahe, dass es im Kerncurriculum hauptsächlich um fachspezifische Kompetenzentwicklung geht, was bestens in das Weltbild einer neoliberalen Wettbewerbsgesellschaft passte. Schule hätte demzufolge genug damit zu tun, ihre Schülerinnen und Schüler durch das Fegefeuer der fachlichen Selbstoptimierung zu schicken.

Schulen „entwickeln“ nach § 3 Abs. 5 HSchG „in Verwirklichung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages (...) ihr eigenes pädagogisches Konzept“. Jede Schule „ist für die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages verantwortlich“. Nach § 4 Abs. 4 HSchG „können“ die Schulen „mit weiteren inhaltlichen Konkretisierungen ein Schulcurriculum entwickeln, in dem der Aufbau überfachlicher Kompetenzen beschrieben wird und profilbezogene Ergänzungen vorgenommen werden“. Sie können es aber auch, soll man verstehen, tunlichst lassen.

Personale und soziale Kompetenz lassen sich nicht eindeutig festschreiben und empirisch überprüfen. Insofern wird der Aufhänger des Artikels hofentlich als ein einigermaßen gelungener Scherz verstanden.

Was machen die Schulen aus der Erlaubnis, den Aufbau überfachlicher Kompetenzen zu beschreiben? Was werden sie zukünftig daraus machen? Die Intentionen von Verfassung und Schulgesetz sind eindeutig. Priorität hat die Erziehung zur Demokratiefähigkeit. Demokratie ist nach *Oskar Negt* „die einzige politisch verfasste Ordnung, die gelernt werden muss“, und zwar „alltäglich und von der Kindheit ausgehend bis ins hohe Alter“ (1). Und das fordern wir als Lehrkräfte und Gewerkschafter, insbesondere für die Schule.

Werden die Schulen den Verfassungsauftrag und das Schulgesetz hinreichend ernst nehmen und sich konsequent der Frage stellen, was eine demokratische Schule ausmacht und wie sie ihre Schülerinnen und Schüler zur Demokratiefähigkeit erzieht? Oder wird der Hinweis des Kerncurriculums, die Sache mit den überfachlichen Kompetenzen nicht zu wichtig zu nehmen, bewirken, dass sich die Schulen hauptsächlich auf die fachspezifischen konzentrieren? Dann würde allerdings der Verfassungsauftrag ignoriert.

Thomas Adamczak

(1) Oskar Negt: Gesellschaftsentwurf Europa, Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen, Göttingen 2012, S. 112 f.

## GEW Hessen hinterfragt Vergleichsarbeiten

Bereits zum zehnten Mal mussten sich Anfang Mai alle hessischen Drittklässler einem Testmarathon in Deutsch und Mathematik unterziehen. *Susanne Hoeth*, Vorsitzende der GEW-Fachgruppe Grundschulen, kritisierte die bundesweit einheitlichen Vergleichsarbeiten (VERA) mit Nachdruck: „Sie geben den Lehrkräften keine neuen Erkenntnisse darüber, wie das einzelne Kind besser gefördert werden kann. Stattdessen erzeugen sie unnötigen Druck und setzen die Schülerinnen und Schüler einer ungewohnten Überforderung aus.“

VERA steht seit der Einführung im Jahr 2004 in der Kritik von Lehrkräften, GEW und namhaften Wissenschaftlern. Inzwischen reagierte die

Kultusministerkonferenz (KMK): In ihrem Beschluss vom 8.3.2012 empfiehlt sie den Bundesländern, die Vergleichsarbeiten nur noch in einem Fach verpflichtend durchzuführen. Außerdem kann es „in Ausnahmefällen (...) gute Gründe geben, einzelne Schulen oder Schulgruppen befristet von der Teilnahme an VERA-3 freizustellen.“

Auf dieser Grundlage stellten nach Kenntnis der GEW rund 100 Grundschulen in Hessen in den letzten Wochen Anträge auf eine Freistellung von VERA. Das Landesschulamt forderte die Leiterinnen und Leiter der Staatlichen Schulämter auf, „mit den Schulleiterinnen und Schulleitern derjenigen Schulen, die einen solchen Antrag gestellt

haben, Kontakt aufzunehmen und die Thematik in geeigneter Weise zu besprechen“. Befreiungen könnten, so das Landesschulamt, nur „aufgrund einer auf den Einzelfall zugeschnittenen Begründung erfolgen“.

*Karola Stötzel*, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, kritisierte die Ablehnung aller Anträge, obwohl Hessen an den Beschluss der KMK, über den die Schulen nie informiert wurden und der ausschließlich von der GEW verbreitet wurde, gebunden ist. Auch Hessen müsse die Beschlüsse der KMK umsetzen: „Anderenfalls wird die GEW gemeinsam mit den Grundschulkolleginnen und -kollegen weitere Maßnahmen beraten.“



# Lernprozess sichtbar machen

## John Hatties Forschungsarbeiten zu gutem Unterricht

*John Hattie, vielbeachteter Erziehungswissenschaftler aus Neuseeland und Leiter des Education Research Institute an der Universität von Melbourne, hat mit seinen Publikationen zum Themenfeld „Visible Learning“ eine große Resonanz innerhalb der pädagogischen Profession erfahren. Im Rahmen seiner Forschungsbilanz auf der Grundlage einer außerordentlich umfangreichen Datenba-*

*sis untersucht er zunächst die Einflussfaktoren für ein nachhaltiges Lernen (1). In seinem zweiten Buch entwickelt er seine Unterrichtskonzeption eines nachhaltigen Lernens der Schülerinnen und Schüler sowie eines wirksamen Lehrerhandelns (2). Dieter Höfer und Ulrich Steffens knüpfen im folgenden Artikel an ihren Beitrag zur Hattie-Studie in der HLZ 12/2012 an.*

John Hattie beschreibt das Lehrerhandeln als die entscheidende Einflussgröße für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler. System- und Strukturfragen des Bildungssystems haben danach keine hohe Wirksamkeit auf die Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler. Dazu gehört pikanterweise auch die Einteilung der Schülerinnen und Schüler nach Schulformen, deren Einfluss Hattie als „minimal“ bezeichnet und der er darüber hinaus attestiert, dass sie die ungerechte Verteilung der Privilegien in der Gesellschaft garantiert (Hattie 2009, S. 90).

### Lernprozesse gestalten

Für Lehrerinnen und Lehrer ergibt sich nach Hattie bei der Gestaltung des Unterrichts, wenn sie nachhaltige Wirkungen auf die Lernenden haben wollen, nicht nur eine begleitende, sondern eine aktiv gestaltende Aufgabe. Entscheidend ist dabei weniger die jeweilige Lehrerpersönlichkeit, sondern vielmehr das konkrete Lehrerhandeln und dessen Wirkung auf die Lernenden. Im Zentrum der Schlussfolgerungen aus seinen Forschungsbefunden stehen die folgenden Themenkomplexe:

- **Mit den Augen der Lernenden:** Die Aufgabe von Lehrerinnen und Lehrern besteht darin, sich in die Perspektive der Lernenden hineinzuversetzen und von hier aus anspruchsvolle und differenzierte Lernmöglichkeiten zu gestalten. Dieses Sich-Hineinversetzen in die Schülerperspektive ist nicht das Resultat eines einseitigen Einfühlungsvermögens der Lehrpersonen, sondern Ergebnis eines intensiven Dialogs im Rahmen wechselseitiger Feedback-Prozesse. Die Lehrkraft sieht ihre zentrale Aufgabe somit nicht darin, die Inhalte eines abstrakten Curriculums im Unterricht zu behandeln, sie thematisch „durchzuneh-

men“, sondern allen ihren Schülerinnen und Schülern durch vielfältige Formen der Rückmeldung effektive individuelle Lernprozesse zu ermöglichen.

- **Lernprozessbegleitung:** Hattie sieht somit im Geben und Entgegennehmen von Feedback einen der wirkungsmächtigsten Einflussfaktoren überhaupt. Die wichtigsten Korrespondenzpartner dafür sind die Schülerinnen und Schüler. Im Wesentlichen geht es dabei um eine beständige Überprüfung der Lernfortschritte der Kinder und Jugendlichen („formative Evaluation“), für die den Lehrerinnen und Lehrern ein breites Repertoire an Möglichkeiten zur Verfügung steht, angefangen von einfachen mündlichen Rückmeldungen bis hin zu standardisierten Lernstandserhebungen im Interesse von Lerndiagnosen zur Förderung der Lernenden. Lernen wird hier konstruktivistisch als ein individueller Prozess des Kompetenzaufbaus verstanden. Der Umgang mit Heterogenität in den Lerngruppen zählt hierbei zu den grundlegenden Aufgaben von Lehrerinnen und Lehrern.

- **Schülerorientierung:** Auf dieser Grundlage und in der skizzierten Schülerperspektive konzipiert die Lehrkraft einen kompetenzorientierten Unterricht. Neben der Vermittlung neuen Wissens und neuer Verfahren (Oberflächenstruktur) kommt einem differenzierten und komplexen Verstehen (Tiefenstruktur) des neu Erlernten sowie dessen konzeptueller Vernetzung in und mit bereits vorhandenen Modellen, Theorien und Weltbildern große Bedeutung zu. Bei der Planung antizipiert die Lehrperson unterschiedliche Lernwege, mögliche Lernschwierigkeiten und hilfreiche Lernunterstützungen.

- **Untergeordnete Bedeutung von Unterrichtsmethoden:** Die methodische Gestaltung des Unterrichts ist den konzipierten Lernprozessen zu- und unter-

geordnet. Entscheidend sind die thematische Angemessenheit und die Qualität der jeweiligen Umsetzung sowie ihre nachweisbare Wirkung. Dabei kommt es darauf an, die Tiefenstrukturen der Lernenden zu erreichen und sich nicht in Oberflächlichkeiten zu erschöpfen. „Offene“ Lernformen stehen in der Gefahr, dass Schülerinnen und Schülern zu wenig Ordnungsstrukturen und Orientierungen in Lernprozessen zur Verfügung stehen und sie deshalb neues Wissen nicht effektiv verarbeiten können. Der Unterschied zwischen wirksamen und unwirksamen Unterrichtsmethoden besteht demnach nicht zwischen modernen reformpädagogischen Ansätzen einerseits und traditionellem lehrerzentriertem Unterricht andererseits, sondern vielmehr zwischen einem Unterricht, der sich auf Oberflächenmerkmale beschränkt, und einem Unterricht, der die Tiefenstrukturen erreicht. Geeignete Unterrichtsmethoden sind deshalb danach zu befragen, inwieweit sie kognitive Aktivierung und anspruchsvolles Lernen ermöglichen.

### Voraussetzungen und Ressourcen

Die Klassengröße hat nach Hatties Untersuchungen hinsichtlich messbarer kognitiver Leistungszuwächse nur einen geringen Einfluss auf den Lernerfolg. Dabei ist für Hattie unbestritten, dass die Klassengröße hinsichtlich der Arbeitsbelastungen für Lehrpersonen eine erhebliche Bedeutung hat.

Von Lehrerinnen und Lehrern fordert er eine klare Identifikation mit den fachlichen Inhalten des Unterrichts sowie einen offenen und zugewandten Umgang mit den Lernenden. Die von Hattie gewünschten Lehrpersonen sollen in der Sache sowie in ihrem Verhalten ein klar erkennbares intellektuelles und emotionales Engagement zeigen.



Hattie geht auch auf die Frage der erforderlichen Ressourcen ein. Die in Neuseeland von hochspezialisierten Instituten erarbeiteten Materialien und Instrumente, die von den Lehrkräften im Unterricht direkt verwendet werden können, gibt es in Deutschland nicht (3). Wenn daher ein an Hattie orientierter Weg der Unterrichtsgestaltung gewünscht wird, so müssten hierzu auch institutionell die erforderlichen Entwicklungsarbeiten durch Fachleute vorangebracht werden. Die einzelnen Lehrpersonen sind weder fachlich noch zeitlich hierzu in der Lage. Auf jeden Fall hätten sich die Anstrengungen auf eine weitere Professionalisierung des Lehrpersonals auszurichten. Hattie liefert den Anstoß für eine wirksame Reform der Lehrerbildung und die Grundlagen für einen Wiederaufbau der Lehrerfortbildung in Hessen.

Der zeitliche Umfang zur Realisierung des Gesamtpakets der von Hattie vorgeschlagenen Evaluationen, Diagnosemaßnahmen und Feedback-Elemente würde zwischen 15 und 25 Stunden pro Woche liegen und somit etwa die Hälfte der beruflichen Arbeitszeit von Lehrkräften mit einer vollen Stelle ausmachen. Selbst wenn man einbezieht, dass ein Teil dieser Aktivitäten im Unterricht selbst erfolgen kann, bleibt angesichts der hohen Unterrichtsverpflichtung von Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland, den Korrekturen der schriftlichen Arbeiten und Tests, den Konferenzen, der Elternarbeit, der Fortbildung sowie weiterer Dienstpflichten kaum genügend Zeit, um die von Hattie vorgesehenen Aktivitäten im vollen Umfang realisieren zu können.

### Demnächst auch auf Deutsch

Eine überarbeitete deutschsprachige Ausgabe von John Hatties „Visible Learning for Teachers“ erscheint im Januar 2014 unter dem Titel „Lernen sichtbar machen für Lehrpersonen“ im Schneider Verlag.

Die deutsche Übersetzung erstellten die Erziehungswissenschaftler *Klaus Zierer* (Uni Oldenburg) und *Wolfgang Beywl* (Fachhochschule Westschweiz), die auch bereits die Hattie-Studie „Visible Learning“ übersetzt haben. Diese umfassende „Meta-Studie“ erschien im April 2013 ebenfalls erstmals in einer überarbeiteten deutschsprachigen Ausgabe (Schneider Verlag Hohengehen, 439 Seiten, 28 Euro).

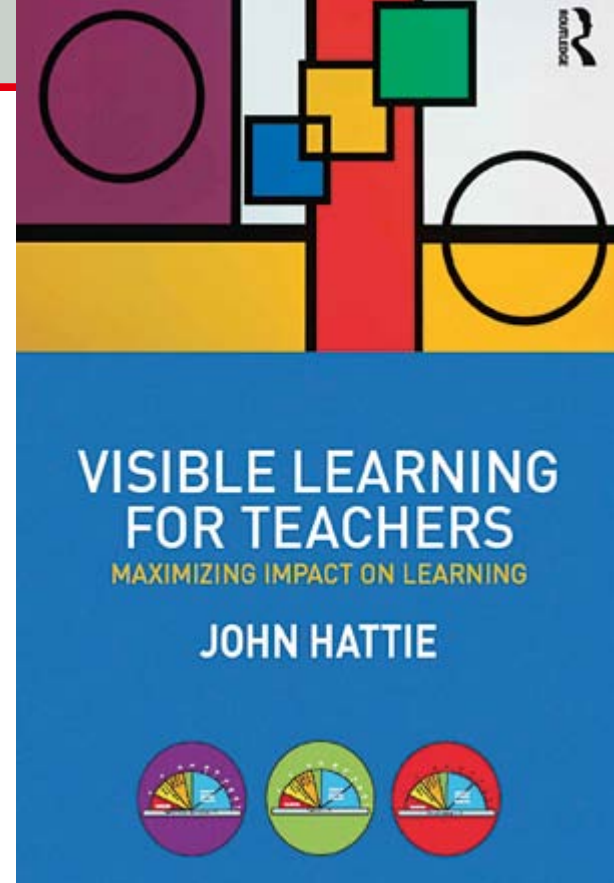
### Schulen in Deutschland

Dies heißt nun freilich nicht, dass die Lehr-Lern-Konzeption John Hatties in Deutschland gar nicht zur Anwendung kommen kann. Schließlich geht es Hattie vorrangig um die grundlegende Haltung der Lehrkräfte gegenüber den Lernenden und deren Lernprozessen: Die Lehrkraft hat die Verantwortung für eine anspruchsvolle und herausfordernde Planung und eine aktive Gestaltung ihres Unterrichts. Sie entwickelt ihre Planungen aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler heraus, deren Feedback zum Unterrichts- und Lernprozess sie aktiv nachfragt. Zugleich unterstützt sie die Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler auch ihrerseits durch formatives Feedback. Es ist sicher auch in Deutschland möglich, der Unterrichtsplanung und -gestaltung eine solche schüler- und feedbackorientierte Haltung zugrunde zu legen.

Auch die bewusste Berücksichtigung von Hatties Drei-Ebenen-Modell einer fachwissenschaftlich und fachdidaktisch reflektierten Unterrichtsplanung (Oberflächen- und Tiefenstruktur, konzeptuelle Vernetzung) ist ohne erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand möglich und wird auch von einem Teil der Lehrerschaft bereits mit Erfolg praktiziert. Methoden müssen zu den Inhalten passen, und die gewählten Methoden müssen auf hohem Niveau umgesetzt werden.

Hinzu kommt, dass Hattie mit starken konzeptionellen und empirischen Argumenten die große Bedeutung einer intensiven kollegialen Kooperation für eine hochwertige Unterrichtsplanung sowie die Reflexion der Unterrichtsprozesse hervorhebt. Solche kollektiven Planungs- und Reflexionsprozesse bieten große Chancen für eine Qualitätsentwicklung des Unterrichts, aber sie erfordern eben auch die planerischen und ressourcenbezogenen Voraussetzungen, das heißt eine größere zeitliche Berücksichtigung dieser Tätigkeiten in Rahmen der allgemeinen Dienstpflichten der Lehrkräfte, ohne die die allseits gewünschten Verbesserungen wohl kaum zu erreichen sein werden.

Schließlich erscheint es notwendig, die hier skizzierten pädagogisch-konzeptionellen und kooperationsbezogenen Planungs-, Vorgehens-, Evaluations- und Reflexionsweisen auch in der Lehreraus- und -fortbildung systematisch zu verankern. Hattie ist der fes-



ten Überzeugung, dass eine Umsetzung seiner Konzeption zwar erhebliche Anstrengungen und Ressourcen erfordert, dass diese Investitionen sich jedoch mittel- und langfristig sehr positiv auswirken, da es dabei um Maßnahmen gehe, die nicht nur gewünscht seien, sondern deren große und nachhaltige Wirkung empirisch belegt sei. Diese Erkenntnisse müssten nach Hattie in der Bildungspolitik und Bildungsplanung endlich einen konstitutiven Stellenwert finden.

### Dieter Höfer und Ulrich Steffens

Landesschulamt und Lehrkräfteakademie, Abteilung Qualitätsentwicklung und Evaluation

(1) Hattie, John A. C. (2009): Visible Learning: A synthesis of over 800 meta-analyses relating to achievement. London & New York. Routledge. Eine kurze Darstellung von Ulrich Steffens und Dieter Höfer findet man in der HLZ 12/2012 (S. 24-26), als Download im HLZ-Archiv ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Publikationen > HLZ-PDF-Archiv). Ausführlichere Einblicke bieten Beiträge von Höfer und Steffens in der Zeitschrift Schulverwaltung (Ausgabe Hessen/Rheinland-Pfalz) Heft 10/2011 und Heft 11/2012

(2) Hattie, John A. C. (2012): Visible Learning for Teachers – Maximizing impact on learning. London & New York. Routledge.

(3) Einen kleinen Einblick am Beispiel des Fachs Mathematik lieferte Michael Katzenbach in einem Beitrag in der HLZ 6/2010.



## Vor 80 Jahren

### Die Bücherverbrennung in Darmstadt

*Professor Dr. Christof Dipper, emeritierter Hochschullehrer der Technischen Universität Darmstadt, referierte am 16. April 2013 auf Einladung der Sektion Südhessen des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ über die Bücherverbrennung in Darmstadt am 21. Juni 1933. Der Vortrag basiert auf einer*

*umfassenden Veröffentlichung Dippers, die die HLZ mit freundlicher Genehmigung des Autors in Auszügen dokumentiert. Ergänzende Unterrichtsmaterialien des Darmstädter Archivpädagogen Mathias Gröbel findet man auf der Homepage des Vereins [www.rheinmain-gegenvergessen.de](http://www.rheinmain-gegenvergessen.de).*

„Sowie es um Kunst ging, mochte er sie so oder so wünschen, fühlte der Darmstädter sich pudelwohl – in jeder von der Politik und der Geschichte geschaffenen Situation. Er blieb Liebhaber der Kunst auch im Volksstaat Hessen, als ihm die Initiative nunmehr selbst in die Hand gegeben war.“

Kasimir Edschmid schrieb diese Worte 1956 in einem „dem Darmstädter“ gewidmeten liebevollen Porträt (1). Offensichtlich aus Liebe zur Heimatstadt war er nicht nachtragend. 1933 waren auch seine Werke Opfer der Bücherverbrennung gewesen.

#### Die Stadt der Künste

Im Studentenparlament der Technischen Hochschule Darmstadt (TH), der „Bündischen Kammer“, hatten die Rechten seit 1926 satte Zweidrittelmehrheiten. 1931 trat der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) erstmals offen auf und erreichte auf Anhieb mit 46% die relative Mehrheit und damit weniger als damals an anderen deutschen Universitäten. Die „Machtergreifung“ der nationalsozialistischen Studenten ging deshalb nicht reibungslos über die Bühne. Die Konflikte innerhalb der Studentenschaft und die in Tumulten gipfelnden Versuche, den hergebrachten Studienplan zu entwissenschaftlichen und unliebsame Angehörige der Professorenschaft aus der Universität zu verdrängen, führten dazu, dass die im gesamten Deutschen Reich im Mai 1933 durchgeführten Bücherverbrennungen in Darmstadt auf einen späteren Termin verschoben wurden: Die moderne Literatur genoss eine letzte Frist.

Als neuer Termin bot sich der 21. Juni an, der Tag, an dem die TH seit vielen Jahren eine politisch aufgezogene Sonnwendfeier am Bismarckturm vor den Toren Darmstadts abhielt.

Schon Anfang März, also noch bevor der demokratisch gewählte Ober-

bürgermeister Rudolf Mueller (DDP) und seine Stellvertreter abgesetzt oder verhaftet waren, sperrte der stellvertretende Leiter der Stadtbücherei die Abteilung „Sozialismus und Kommunismus“ und begann anschließend mit der „Säuberung“ der belletristischen Bestände. Das ebenfalls sofort politisch gewendete Satireblatt *Der Datterich* kommentierte das als überfällig:

„Bei den Neuerwerbungen unserer Stadtbücherei stand jahrelang der sog. Edelkommunismus an erster Stelle, sozialistische Lektüre (...) wurde mit erschreckender Einseitigkeit bevorzugt.“ (2)

Am 9. Juni berichtete das *Tagblatt* über diese „Reinigungsarbeit“. Die als „restlos ausgemerzt“ bezeichneten und namentlich aufgezählten Werke stammten von jenen zwölf als besonders schädlich erachteten Schriftstellern, die bereits am 13. Mai – viele von ihnen waren eine Woche zuvor aus der Preußischen Akademie der Künste vertrieben worden – an den Pranger gestellt worden waren. Ein Darmstädter war nicht unter ihnen.

#### Nicht ohne Widerspruch

Am selben Tag berichtete – und das kann als Sensation bewertet werden – dieselbe Zeitung unter der Überschrift „Die Tagung der deutschen Bibliothekare“ von der Jahrestagung des Vereins *Wissenschaftlicher Bibliothekare* im Festsaal der TH, der Otto-Berndt-Halle. Sie zitiert *Ferdinand Friedrich Karl Werner*, den ersten nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Hessens, mit folgenden Worten:

„Man muss mit aller Kraft dagegen Front machen, dass wilde Räte und kleine Konventikel in die Grundlagen der wissenschaftlichen Arbeit störend eingreifen. Man kann nicht dulden, dass der Bestand wissenschaftlicher Bibliotheken angegriffen wird, denn das hieße, die Aufgaben der Bibliotheken zu verkennen. Auch das Nega-

tive, das wir mit gutem Recht als verdächtig und schädlich ablehnen, brauchen wir, wenn wir das Positive erkennen wollen.“

Am 16. Juni erschien im *Tagblatt* eine von *Walter Madee*, dem kurzzeitigen Vorsitzenden der Verfassten Studentenschaft, und einem weiteren studentischen Funktionär unterzeichnete weitere Aufforderung „an alle Volksgenossen“, ihre Bücherschränke zu „reinigen“ und der Studentenschaft mitzuteilen, „wo wir das Ergebnis eurer Auslese abholen können.“ Stattfinden sollte die „feierliche Verbrennung“ am 21. Juni um Mitternacht auf dem Mercksplatz. Die beigefügte „Liste der zu verbrennenden Bücher“ orientierte sich an der seit Anfang Mai vorliegenden „Schwarzen Liste“, fiel jedoch knapper aus. Ob die schriftstellerischen Lokalheroen *Kasimir Edschmid*, *Georg Glaser*, *Karl Wolfskehl* und *Carl Zuckmayer* sowie der schon 1931 verstorbene *Friedrich Gundolf* wie schon bei der Mitteilung der Stadtbücherei am 9. Juni aus Zufall fehlen oder auf Intervention des landespatriotischen Ministerpräsidenten Werner, lässt sich nicht entscheiden. Schonung war nach dem „Vollzug“ der „großen nationalen Revolution“ eigentlich nicht zu erwarten.

Vier Tage später erteilte Madee erneut im *Darmstädter Tagblatt* eine „letzte eindringliche Mahnung“:

„Es geht nicht mehr an, dass in einer deutschen Familie noch Bücher von *Emil Ludwig* und ähnlichen ‚Größen‘ zu finden sind. Es bilde sich aber niemand ein, dass er seiner Pflicht genügt habe, wenn er seine Büchereien nach der von uns vor kurzem veröffentlichten Liste reinigt. Wir können Bände füllen, wenn wir alles das erfassen wollten, was mit Schund und Schmutz Eingang in die ‚deutsche Literatur‘ gefunden hat.“

Ein Lastwagen der SA werde am selben Tag durch die Stadt geschickt, um das Ausgesonderte entgegendzunehmen.



## „Wider den undeutschen Geist“

Am 21. Juni 1933 goss es in Strömen. Trotzdem konnte Madee zunächst am Bismarckturm eine „nach Tausenden“ zählende Menge, also neben Studenten auch Darmstädter „Bürgertum“, wie das *Tagblatt* in unzeitgemäß gewordenem Zungenschlag schrieb, begrüßen. Unzeitgemäß deutschnational war auch die Rede von Hochschulrektor August Thum, in dem neben dem bekanntesten Zitat aus Schillers *Wilhelm Tell* („Wir wollen sein ein ewig Volk von Brüdern“) Begriffe wie „Bürgertugenden“ und „Mitbruder“ fielen und der beziehungsreich den Studenten das Vierte Gebot ins Gedächtnis rief und damit an die heftigen Tumulte und Auseinandersetzungen an der Hochschule in den vorangegangenen Wochen erinnerte: „Die Jugend lerne wieder die Lebensweisheit und Erfahrung des Alters achten und ehren; denn das vierte Gebot des christlichen Glaubens hat im neuen Staate eine erhöhte Bedeutung.“

Darin hat sich Thum bekanntlich mit vielen ganz und gar getäuscht. Madees Feuerrede hielt sich an den Genius loci *Bismarck* und blieb insofern im Rahmen. Nur sein dreifaches „Sieg-Heil“ erinnerte an den „neuen Staat“; der Rektor hatte auf jegliche Hoch-Rufe verzichtet.

„Mit Rücksicht auf die Witterung“ kürzten die Veranstalter den Rückweg ab und trafen schon vor Mitternacht auf dem Mercksplatz ein. Trotzdem hatten sich auch hier „zahlreiche deutsche Volksgenossen eingefunden“, wie das *Tagblatt* nun politisch korrekt diesen Teil der Veranstaltung beschrieb. Wieder hielt Madee eine Rede, ihm folgte *Friedrich Walcher*, sein Vorgänger und hessischer Landesführer des NSDStB.

Wegen des Regens machten es beide kurz. Auch verzichtete man offensichtlich auf die Verlesung der am 9. Mai von Berlin verschickten „Feuersprüche“, nicht jedoch auf neuerliche „Sieg-Heil-Rufe“ und das Horst-Wessel-Lied am Schluss. Das *Tagblatt*, bisher auf ängstlichen Verlautbarungsjournalismus festgelegt, beendete seinen Bericht in ungewohntem, doch um so zeitgemäßerem Tonfall:

„Aber so wie der letzte Sprecher ausgerufen hatte: ‚Der Kampf gegen den undeutschen Geist geht weiter‘, so loderten noch lange die vernichtenden und reinigenden Flammen aus dem großen Scheiterhaufen, auf dem Bücher, Broschüren und von der Polizei beschlagnahmtes Material wie



*Fahnen und dergleichen zu Asche verbrannten. Unter Marschmusik zog dann die Studentenschaft vorbei, und die in ihn hineingeschleuderten Fackeln halfen das Werk der Ausmerzung und Vernichtung vollenden, als ein Symbol dafür, dass das neue Deutschland in dem Kampf gegen Undeutsche restlose und rücksichtslose Arbeit leistet.“*

Fotos dieses Autodafés sind nicht überliefert. Aber es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich die Szenerie vorzustellen: ein Spielmannszug der SA, Studenten meist im Braunhemd, Fackeln und die übliche Menge der Mitläufer und Gaffer.

## Späte Erinnerung

*Will Vesper*, soeben an Stelle *Thomas Manns* in die Preußische Akademie der Künste aufgenommen und folglich so etwas wie ein *poeta laureatus* des NS-Regimes, verkündete den Darmstädter Studenten am Tag nach der Bücherverbrennung in ihrer Zeitung die „Zeitenwende in der Dichtung“. Die „zerstörerische Asphaltliteratur“ sei ebenso am Ende wie das, was „geschickte Allerweltsliteraten“ hervorbrächten; es ende aber auch „die Zeit der ‚Bildungs‘dichtung“. Stattdessen sei „die Stunde“ gekommen, „da Dichter und Volk sich finden zu neuer, höherer Lebensgemeinschaft“. (3) Was das konkret bedeutete, konnte man Vespers umfangreichem Werk entnehmen, in dem viel von Scholle, Mutterschaft und Krieg, von Germanen und großen Deutschen die Rede ist und ganz besonders natürlich vom „Führer“, den Vesper bei vielen Gelegenheiten bedichtete. Will Vesper hatte bereits am 10. Mai 1933

bei der Bücherverbrennung in Dresden die Feuerrede gehalten und war insofern im Geiste auch in Darmstadt anwesend.

Erst siebenzig Jahre nach der Tat hat der Magistrat der Stadt Darmstadt 2003 eine Bronzeplatte, die an die Bücherverbrennung erinnert, am Rande des Mercksplatzes in den Boden eingelassen (Foto auf dieser Seite).

Öffentliches Gedenken, wenn die Zeitzeugen abgetreten sind: Das bestätigt zwar die *Assmann'sche* Gedächtnistheorie, aber der politischen Hygiene wäre mit einem früheren Erinnern besser gedient gewesen, war doch die Bücherverbrennung mit ihrer massiven Selbstmobilisierung eines Teils der deutschen Gesellschaft nach den April-Boykotten gegen jüdische Geschäfte ein weiterer früher Beleg für das Funktionieren des „Dritten Reiches“: Terror auf breitem Konsens.

Prof. Dr. Christof Dippel

Wiedergabe mit freundlicher Genehmigung des Autors aus: Christof Dippel, Studentische Selbstmobilisierung an der TH Darmstadt. Die verspätete Bücherverbrennung am 21. Juni 1933, aus: Dinçkal, Noyan u.a. (Hrsg.): Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im „Dritten Reich“. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 2010, S. 85-101

(1) Kasimir Edschmid, *Der Darmstädter*, in: Heinz-Winfried Sabais (Hg.), *Vom Geist einer Stadt. Ein Darmstädter Lesebuch*. Darmstadt 1956, S. 14.

(2) Der Datterich. Kritische Wochenschrift für Hessen, 7. Jg., Nr. 12 (24.3.1933), S. 3.

(3) Will Vesper, *Zeitenwende in der Dichtung*. Hessische Hochschulzeitung, 22. Jg., Nr. 5 vom 22.6.1933





# Klassenfahrt mit 60

## Impressionen und vereinzelte kulturpessimistische Fragen

### • Montag: Die Anreise

Es ist heiß, der Stadtführer gibt sich Mühe, die Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Es gibt so etwas wie Aufmerksamkeit, aber eigentlich kein Interesse, keine Fragen, sondern das Abwarten, ob man sich durch Wohlverhalten Freizeit verdient hat. Okay, unsere Ansprüche sind bescheiden. Was tun mit der Freizeit? Das ist für 9Hb keine Frage: Ab zu Mäckes! Es sind ja noch eineinhalb Stunden bis zum Abendessen. Wer schafft die meisten Cheeseburger? Kommunikation entsteht, man bewegt sich in der eigenen Welt, fernab von der der Erwachsenen, die keine Ahnung haben. Warum regen sich die Erwachsenen so auf, dass man sich den Teller beim Abendessen in der Jugendherberge voll lädt, darin herumstochert und Resteberge einfach in den Müll kippt? „Hab keinen Hunger!“ Aber natürlich gibt es auch diejenigen, die ganz normal ihren Teller füllen, ordentlich essen, vereinzelt sogar mit kniggescher Armhaltung.

Der Abend ist mild, fast alle versammeln sich um 19.45 Uhr auf der großen Wiese am Rheinufer. Fast alle. A. und T. treffen gegen 20.10 Uhr ein. Boten berichteten von wichtigen Duschgängen: „Wir dachten, es sei 20.15 Uhr gemeint.“ Am Fluss ist es nett, wenn man über solche Kleinigkeiten hinwegsieht. Bunte Skyline von Monnem-Ludwigschhafa, vorbeiziehende Kähne, fast meditativ. Es ist Handy-Fotozeit: Super Freundschaftsbilder mit Hintergrund, sieht man von Zwischenrufen ab: „Verschwinde, du kommst nicht auf das Foto!“

Auch zwei Stunden nach der festgelegten Nachtruhe sitzen wir immer noch im Flur und harren der Ruhe, die da kommen soll. Für wen gelten eigentlich Anweisungen? Wozu sind Anweisungen da? Es gibt eine erstaunliche Resistenz, ein Nicht-Wahrnehmen, ein vielleicht internes Wertesystem, das solche Lehrer-Erwachsenen-Anweisungen in den Bereich der „Möglichkeit“, aber nicht in Sichtweite des „Muss“ rückt. Ermahnungen, Hinweise, Biten perlen einfach ab, als wären sie

nie ausgesprochen worden, als würden sie überhaupt nicht in ein Bewusstsein dringen, das Danach-Handeln provozieren könnte.

Nein, nicht alle. Es gibt auch die Freundlichen, die Reagierenden, die ohne ätzenden Kommentar einfach Handelnden. Andere gehen an einem vorbei, ohne Blickkontakt, ohne Erkennungszeichen, dass etwas gehört wurde, wie in einer anderen Welt. Wie in einer Seifenblase, wie hinter einer dicken Glaswand.

Die letzten Schülerinnen und Schüler der 9Hb kommen gegen 5.30 Uhr zur Ruhe. Die Androhung der ansonsten extrem kooperativen Herbergsleitung, uns rauszuschmeißen, ist ernst gemeint.

### • Dienstag

Das Technoseum ist ein wirklich interessantes Museum. Es gibt viele Möglichkeiten, an Stationen zu experimentieren, mechanische und physikalische Gesetze zu erkunden und zu erleben. Toll – wenn man es nutzt, überflüssig, wenn man zu uninteressiert und dazu noch viel zu müde ist. Die Führerin beim Rundgang erweist sich als flexibel. Die Experten für Landmaschinen in der 9Hb verraten außerordentlich detailliertes Wissen und beantworten Fragen punktgenau. Da staunt die Lehrkraft. Die anderen sind mehr damit beschäftigt, sich an jeder Haltestelle möglichst schnell eine Sitzmöglichkeit zu ergattern, egal, ob man von dort aus noch was sieht oder hört. Junge Menschen haben offensichtlich einen modernen Körperbau, der längeres Stehen verunmöglicht. Wo ist der nächste Stuhl, wo der nächste Tisch, auf den ich mich setzen oder mich zumindest anlehnen kann? Zur Not tut es auch der Boden. In der freien Zeit nach der Führung entdecken wir immer wieder jüngere Schülergruppen, die eifrig an den Aktiv-Stationen tätig sind. Wahrscheinlich ist es Zufall oder das Museum zu weitläufig: Unsere Lerngruppe entdecken wir dabei nicht.

Danach geht es in den benachbarten Luisenpark, ein beliebtes Ausflugsziel für junge und ältere Menschen, wie mir

im Tourist-Info versichert wurde: „Bestimmt auch etwas für Ihre Altersgruppe.“ Bootchen fahren, Schmetterlings-, Schlangen- und Leguanhaus, ein Aquarium mit exotischen Fischen.

Zuerst aber ist Ernsthaftes angesagt: Wir müssen reden. Über die letzte Nacht, über den angedrohten Rauschmiss, über die Verantwortung, die die Schüler jetzt haben, wenn sie nicht am nächsten Morgen ihre Koffer packen wollen.

Dass die Nacht „krass“ war, wird nicht abgestritten, uneins ist man sich eher bei der Einschätzung, ob man es als Klasse schafft, die nächste Nacht ohne Eklat zu überstehen.

Eine gute, ernsthafte Diskussion, die auch Folgen hat und unsere Flursitzzeit verkürzt und die anderen Gäste schlafen lässt, immerhin zwei Nächte lang.

Unter einem gewaltigen Baum sitzen wir und picknicken. Jedenfalls diejenigen, die sich etwas mitgenommen haben. Die Jugendherberge lieferte das Lunchpaket mit Getränk, Keksen, Apfel. Nur das Brötchen sollte man sich am Frühstückstisch selber schmieren, ohne Begrenzung, auch Nutella gibt es reichlich. Über die Hälfte unserer Schülerinnen und Schüler nahm erst gar kein Lunchpaket mit: Die Eltern legen sich krumm, um ihren Kindern diese Fahrt zu ermöglichen, und die Herrschaften sind schlicht zu faul, sich ein Brötchen zu schmieren: „Wir gehen danach zum Mäckes oder holen uns dort was.“ Wieder ein unmodernes Nachtrauern nach Relikten einer Zeit, in der man bei Ausflügen wie selbstverständlich etwas zum Picknicken mitgenommen hat? Meine Empörung ist so groß, dass ich sehr aufpassen muss, nicht vollends ins Sarkastische, Defätistische abzurutschen. Immerhin greifen am nächsten Tag deutlich mehr Schülerinnen und Schüler zum Lunchpaket: Einsicht? Hungererfahrung vom Vortag? Oder doch nur, damit der sich nicht wieder so aufregt?

Der Ausflug endet mit einem gewaltigen Gewitter. Es schweißt zusammen, wenn man umgeben von zuckenden Blitzen an der Straßenbahn wartet. Um zu zeigen, dass man ein richtiger

Kerl ist und kein panisches Mädchen, muss man sich schon mal nicht unter das Dach, sondern ins Freie stellen und sich durchnässen lassen. Bei Mäckes ist es warm und trocken.

Gibt es ein Leben außerhalb des Dreiecks Mäckes – Handy – Facebook? Das neue Bermuda-Triangle, in dem sie verschwinden, das sie aufsaugt und sich zu eigen macht. Das Handy ist nur bei gemeinsamen Aktionen wie der Stadtführung – das klappt – und beim Essen verboten. Beim Essen – das ist hart. Wie ist das zuhause? Der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt: Eine simsende Familie sitzt nebenher kaudend um den Esstisch. Aber: Gibt es überhaupt noch gemeinsame Mahlzeiten oder ist das wieder so ein Relikt?

### • Mittwoch

Urlaubsparadies Miramar: Geile Rutschen mit und ohne Reifen, vor denen auch die hartgesottene Mini-Machos Respekt bekommen; sogar ein bisschen schwimmen kann man – immer rund im Strömungskanal. Die Jungen genießen den Tag uneingeschränkt, bei den Mädchen scheint eine periodische Epidemie ausgebrochen zu sein. Ist es Zufall, dass sich nur alle Hungerhaken oder die „Kein-Gramm-zu-viel-Mädchen“ im Bikini zeigen und ins Wasser hüpfen? Der Verdacht liegt nahe, dass das gegenseitige ständige Taxieren und Medientvorbilder Wirkung zeigen. Der Verdacht, mehr nicht. Die Ermahnung der Badangestellten an ein paar unserer Mädels, doch nicht in Straßenschuhen in die Badezone zu marschieren, kann man vernachlässigen. Die Schilder sind unklar in ihrer Aussage oder nicht groß genug oder so.

### • Donnerstag

Dem Vortrag in der Popakademie wird konzentriert gelauscht und am Schluss werden CDs für beantwortete Fragen gewonnen. Namen wie *Xavier Naidoo* ziehen. Und so ein Tonstudio sieht man auch nicht alle Tage. Nachmittags im Planetarium. Staunen über die unermessliche Weite des Universums? Fehlanzeige. Wach wird man erst auf dem Heimweg. Ein neues Ziel ist ausgemacht: *Kentucky fried chicken*. Immerhin sind es noch zwei Stunden bis zum einstimmig verabredeten Grillabend, der die gemeinsame Woche beschließen soll. Der Herbergsvater grillt für zwei Euro Aufpreis Tofu für die Vegeta-



rier, Geflügelwurst für die Moslems und Steaks für die Normalsterblichen. Viele rühren kaum etwas an. Es ist kühl und die Kühle dient als Argument aufzustehen, etwas Wärmeres zum Anziehen zu holen und erst mal nicht wiederzukommen. Schließlich sitzen die Kollegin und ich allein an der langen Tafel und überlegen, wie sehr wir uns ärgern sollen. Der Abend der überbordenden Gefühle nimmt seinen Lauf: K. möchte nur allein sein, zieht sich an den Rhein zurück und wird hektisch gesucht. M. ist auch verschwunden, wird heulend auf dem Spielplatz entdeckt, will aber nicht verraten, was los ist, usw. usw.

Manchmal fällt es schwer: das Positive hervorheben, bedingungsloses Akzeptieren als Grundlage für eine gute Beziehung, die sich im Unterricht für alle Beteiligten so auszahlt.

### • Freitag: Die Abreise

8.00 Uhr am Frühstückstisch: die Begleitpersonen, acht Schülerinnen, ein Schüler. Heute kommt die Mehrzahl der Jungen gar nicht. Klar, sie wurden um 7.45 Uhr mit Rufen und Klopfen an der Tür „geweckt“, aber irgendwie läuft es nicht rund. Es ist alles zu viel: Aufstehen, Morgentoilette mehr oder weniger intensiv, Bett abziehen, Bettzeug nach unten bringen, Koffer packen, Zimmer in besenreinen Zustand versetzen, nein, nicht mal Müll runtertragen, es reicht, ihn in den Papierkorb zu schmeißen. Puh! Und das in nur zwei Stunden!

Ich habe Wichtiges auf der Agenda: Der Rundgang durch die Zimmer mit dem netten, aber gestrengen Herbergsvater. Immerhin stehen 200 Euro Kautions auf dem Spiel, falls es Beschädigungen gegeben haben sollte.

60 Euro sind fällig für Zimmer, in denen geraucht wurde. Wahrscheinlich unsere Schuld: Wir haben auch nur zweimal in der Schule und bei der Ankunft seitens der Rezeption die Hausordnung durchgekaut und dabei massiv auf das Rauchverbot im Hause hingewiesen, verbunden mit dem Hinweis auf das weitläufig abgesteckte Gelände, auf dem sich selbst mitgliederstarke Raucherclubs unbeobachtet zu Versammlungen treffen könnten. Das Positive: Der Versuch, alles abzustreiten, wird nur zart begonnen, schnell entspinnt sich eine pädagogisch fruchtbare Diskussion: Wer war's? Wer muss sich beteiligen? Und: Wer hat überhaupt noch Geld? Ich befürchte Schlimmes und reibe mir verwundert die Augen. Keine Schreiereien und üblen Beschimpfungen, sondern ein Art Basar hebt an. Es wird verhandelt, geliehen, zusammengelegt und innerhalb weniger Minuten sind die 60 Euro im Besitz der Herbergseltern. *Chapeau!*

Der Bus ist pünktlich, wir sind fertig, nur die paar Flaschen, die noch auf den Tischen stehen – *peanuts*.

Eigentlich war es doch ganz nett: Monnem is schee.

Joachim Paech

# Sozialindex: Schön wär's!

In einem Interview mit der Offenbach Post erläuterte Kultusministerin *Nicola Beer* (FDP) am 14. Februar ihre Absicht, „Schulen in sozialen Brennpunkten anhand entsprechender Indikatoren einen Zuschlag von bis zu maximal zehn Prozent auf die Unterrichtsversorgung zuzuweisen“ und dafür rund 300 Lehrerstellen zur Verfügung zu stellen:

*„Es wird mehr Lehrer geben – und die Probleme an den Schulen mit Seiteneinsteigern und Migrantenkindern werden sich im neuen Schuljahr wesentlich verringern. (...) Schulen, die unter den Sozialindex fallen, können dann zum Beispiel auch Sozialpädagogen oder Psychologen einstellen. (...) Dabei gilt grundsätzlich: Wir können von Wiesbaden aus nicht alles regeln. Die Schulen müssen individuell reagieren.“*

## Wie wird zugewiesen?

Der Sozialindex beschreibt das soziale Umfeld einer Schule anhand von vier Indikatoren (1). Drei Indikatoren beziehen sich auf die **Gemeinde oder Stadt**, in der die Schülerinnen und Schüler einer Schule wohnen:

- der Anteil der Arbeitslosen an der Wohnbevölkerung
- der Anteil der SGB II-Empfänger (Hartz IV) an der Wohnbevölkerung
- der Anteil der Einfamilienhäuser an der Gesamtzahl der Wohnungen

Auf der Grundlage dieser auf eine Stadt oder Gemeinde bezogenen Daten sind beispielsweise für Frankfurt 101 Stellen und für Offenbach 75 Stellen vorgesehen. Für die Verteilung der Stellen auf die einzelnen Schulen wird ein weiterer **schulbezogener** Indikator herangezogen, nämlich

- der Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren „Familiensprache“ nicht Deutsch ist.

Für den Sozialindex werden die Zahlen des Statistischen Landesamts für das Kalenderjahr 2012 verwendet, für den Wohnort und die „Familiensprache“ der Schülerinnen und Schüler die Lehrer- und Schülerdatenbank (LUSD) für das Schuljahr 2012/13.

Die Zuweisung wird auf drei Jahre festgelegt, um den Schulen eine größere Planungssicherheit zu geben. Der maximale Zuschlag beträgt 10% der Grundunterrichtsversorgung.

## Steinbruch Sozialindex

*„Mit diesem neu eingeführten Sozialindex schaffen wir einen Nachteilsausgleich für Schulen, die sich aufgrund ihres Umfelds bzw. ihrer Schülerschaft besonderen pädagogischen Herausforderungen stellen müssen.“*

So heißt es in der Pressemitteilung der Kultusministerin vom 6. Februar. Und so klingt es gut. Seit langem fordert die GEW, die Schulen im sozialen Brennpunkt bei der Lehrerruweisung ausreichend zu versorgen. Doch wie sieht die Umsetzung aus?

Bei der Zuweisung des Zuschlags nach dem Sozialindex müssen 20% der Stunden, die die Schule für den Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) bekommt, „angerechnet“ werden. Bei kleineren Schulen kann diese Anrechnung den gesamten Zuschlag nach Sozialindex auffressen. Nehmen wir das Beispiel einer Sekundarstufenschule in Frankfurt mit 590 Schülerinnen und Schülern, von denen 90% einen Migrationshintergrund haben und 50% mit einem Frankfurt-Pass als sozial bedürftig gelten. Aus dem Sozialindex wurden der Schule 37 Stunden zugewiesen. Die 43 DaZ-Stunden wurden zu 20% angerechnet, so dass sich die Zuweisung nach dem Sozialindex um 9 Stunden auf 28 Stunden reduziert. Gleichzeitig wurde die Zuweisung von bisher 72 Stunden für zwei Intensivkurse für Seiteneinsteiger um 8 Stunden gekürzt, so dass von dem Zuschlag nach Sozialindex nur noch ein echtes Plus von 20 Stunden verbleibt, das heißt nicht einmal eine Stelle!

Eine weitere Schiefelage ergibt sich aus der Tatsache, dass sich drei der vier Indikatoren auf die politische Gemeinde beziehen. Dort können 10.000 Menschen mit einer relativen sozialen Homogenität wohnen, aber auch 600.000 Menschen mit Schulen in wohlhabenden Vierteln und Schulen in abgehängten Problemvierteln.

Eine Sekundarstufenschule in Offenbach mit 540 Schülern erhält 60 Stunden aus dem Sozialindex und damit deutlich mehr als die beschriebene Frankfurter Schule mit vergleichbarer Schülerzahl und –zusammensetzung, weil der Grundindexwert für Offenbach deutlich höher ist als für Frankfurt.

Je kleiner eine Gemeinde ist, desto eher stimmt die Korrelation des Wertes mit der Situation vor Ort überein. Dass in der Großstadt Frankfurt alle Schulen in allen Stadtteilen bei der Berechnung des Anteils von Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfängern und Einfamilienhäusern gleich behandelt werden, macht den Index zur Farce. Der Migrantenanteil liegt im Stadtteil Gallus mit 69,6% am höchsten, in Harheim beträgt er gerade 15,7%. Die Arbeitslosenquote schwankt zwischen 14% (Innenstadt) und 1,3% (Riedberg), der Anteil von SGB II-Bezugsempfängern bewegt sich zwischen 26,8% in Zeilsheim-Nord und 0,9% am Riedberg (1).

Auf der Basis der Durchschnittsparameter für ganz Frankfurt zuzuweisen und die Stadtteilzahlen zu ignorieren, macht aus dem Sozialindex einen Unsozialindex.

Eine weitere Schiefelage dokumentiert die Verteilung auf die Schulformen: Den Löwenanteil von 68 Stellen nach dem Sozialindex erhalten die Grundschulen, gefolgt von den Gymnasien (!) mit 41 Stellen, obwohl diese nicht dafür bekannt sind, ihre Türen für Schülerinnen und Schüler aus sozial prekären Verhältnissen besonders weit zu öffnen. Aber wenn der Anteil der Migranten (vorzugsweise aus bildungsnahen Elternhäusern) hoch ist und es in der Stadt insgesamt (vorzugsweise anderswo) viele Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger und Hochhaussiedlungen gibt, dann landet der Zuschlag eben auch bei den Gymnasien.

Was für Frankfurt gilt, dürfte tendenziell auch für alle anderen größeren hessischen Städte gelten. Deshalb haben GEW und Hauptpersonalrat recht, wenn sie statt 300 mindestens 2.000 Stellen für schulische Brennpunkte fordern, ebenso die Beteiligung der Schulleiter und Gesamtpersonalräte an der Verteilung.

**Christoph Baumann, Harald Freiling**

(1) Alle Zahlen und Daten beziehen sich auf den Informationsstand der Autoren am 15.5.2013.

(2) Alle Zahlen aus: Monitoring 2011 – zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main, hrsg. vom Dezernat Soziales, Senioren, Jugend und Recht



# Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

## Mobile Vertretungsreserve

Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) begrüßt grundsätzlich die Ausweitung der Mobilen Vertretungsreserve (MVR), wenn gleichzeitig die Zahl der befristeten Verträge sinkt. Zum Erlass hat er jedoch einige Einwände. So sollte die Dauer des Einsatzes auf zwei Jahre (nicht drei) befristet bleiben, der Einsatz sollte auf langfristige Vertretungszeiträume von mindestens drei Monaten (nicht drei Wochen) konzentriert werden. Wenn ein Wechsel nach dem vorgesehenen Mindestzeitraum zwischen Schulen erforderlich ist, dann sollte der Einsatz innerhalb einer Woche zwei Schulen nicht überschreiten. Der Gesamtpersonalrat sollte in regelmäßigen Abständen über die Einsätze der MVR informiert werden. Diese Punkte werden noch mit dem Hessischen Kultusministerium (HKM) erörtert.

## Ranglistenverfahren

Der HPRLL hat der Öffnung der Rangliste für Förderschullehrkräfte für die Einstellung für das Schuljahr 2013/14 zugestimmt. Hier liegt die Problematik anders als bei den Grundschullehrkräften, da vermutlich alle Förderschullehrkräfte eine Einstellung bekommen. Für die vom HKM vorgetragene Einstellungsproblematik im Grundschulbereich hat der HPRLL die Einrichtung einer AG vorgeschlagen, die die Probleme des bisherigen Einstellungserlasses sichtet und über Lösungen nachdenkt.

## Betreuung und Aufsicht

Der HPRLL hat den Erlassentwurf zur Anrechnung von Betreuungs- und Aufsichtsstunden im Rahmen des Ganztagsangebots zur Kenntnis genommen, nachdem das HKM sich bereit erklärt hat, die „Dokumentationspflicht“ mit den Worten „in der üblichen Form“ zu ergänzen (HLZ 5/2013, S. 34). Danach werden Aufsichten im Ganztagsbereich zur Hälfte auf die Pflichtstunden der Lehrkräfte angerechnet. Dies ist ein erster Schritt zur Regulierung der Aufsichtszeiten an Schulen. Keinesfalls soll damit eine Diskussion um ein neues Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte begonnen werden.

## Mentorinnen und Mentoren

Das HKM hat erklärt, dass die Aufgabenbeschreibung der Mentorinnen und Mentoren künftig in einer Verfügung geregelt werden soll. Darüber hinaus erklärte das Ministerium, dass der Anrechnungsfaktor pro LiV für die Studienseminare zum 1.8. leicht erhöht werde. Für Stunden zum Nachteilsausgleich und zur Wiederherstellung der Gesundheit bei Ausbildern soll ein Pool am LSA konstruiert werden. Der Anrechnungsfaktor für die Ausbildung von LiV beträgt pro Woche jetzt 4,9 Stunden. Das kann als kleiner Erfolg gesehen werden, reicht aber bei Weitem nicht aus, um die unerträgliche Arbeitszeitverdichtung bei den Ausbilderinnen und Ausbildern rückgängig zu machen.

## Projekt Verstärkte Leseförderung

Bei der Information zu diesem zentralen Projekt des Landesschulamts erklärte das HKM, dass es keine zusätzlichen Ressourcen gebe. Der HPRLL hatte darauf verwiesen, dass der Erfolg der Initiative zum „Strategischen Ziel 2“ wesentlich durch fehlende Personal- und Sachmittel an den Schulen beeinträchtigt war, wie im Abschlussbericht festgestellt wurde. Die zuständige Dezerentin Frau *Krug* berichtete, dass der Fokus im Vergleich zum „Strategischen Ziel 2“ stärker auf die Jungen und auf die Leseflüssigkeit gerichtet sei. Außerdem habe es damals keine verbindlichen Setzungen mit den Schulen gegeben. Der HPRLL ist allerdings der Auffassung, dass man allein mit Zielvereinbarungen wenig erreicht. Ressourcen für die Weiterentwicklung der Leseförderung und für Fördermaßnahmen seien notwendig.

## Programm der Führungsakademie

Funktionsstelleninhaber und insbesondere Schulleitungen werden im Rahmen der Führungsakademie aus- und fortgebildet. Bei allen diesen Fortbildungen spielt die Einführung in das HPVG keine Rolle. Dies hat der HPRLL kritisiert und dem HKM ein konkretes Angebot unterbreitet, in dem er sich bereit erklärt, solche Fortbildungen im Rahmen der Führungsakademie durchzuführen.

## Sozialindex

Auf Basis der Beratungen im GEW-Landesvorstand hat der HPRLL eine Stellungnahme beschlossen, in der er grundsätzlich eine zusätzliche Stellenzuweisung unter dem Gesichtspunkt sozialer Erfordernisse an Schulen befürwortet. Zum vorgelegten Verfahren hat er jedoch einige Kritikpunkte und Anmerkungen. So besteht große Skepsis, ob eine über Kennzahlen gesteuerte Verteilung sinnvoll ist. Wegen der Kürze der Zeit war es dem HPRLL nicht möglich, alle Probleme abschließend zu klären oder andere Kriterien zur Verteilung der Zuweisung zu empfehlen. Ebenfalls nicht abschließend geklärt ist das Verfahren der Evaluation. Eine Evaluation, die sich nur auf Abschlüsse und Versetzungen bezieht, hält der HPRLL für zu kurz gegriffen und unter Umständen sogar für schädlich.

Der HPRLL fordert, dass die Regelung eines Stellenpools von 2.000 Stellen wiederaufgenommen werden sollte; die Stellen sollten entsprechend der Schülerzahl auf die Staatlichen Schulämter verteilt und für besondere Förderung verwendet werden. Die Staatlichen Schulämter und die Gesamtpersonalräte, die an der Verteilung beteiligt werden sollten, kennen die Probleme der Schulen mit einer höheren Bildungsbenachteiligung vor Ort am besten.

In jedem Fall muss das HKM für die Einstellung von qualifizierten, voll ausgebildeten Lehrkräften für die ausgewählten „Brennpunktschulen“ sorgen und kann dies nicht den ohnedies hoch belasteten Schulen überlassen. Zudem hält der HPRLL die zusätzliche Zuweisung von Sozialpädagogischen Fachkräften, Sozialarbeitern und anderen Professionen für dringend erforderlich.

## In dieser HLZ

Mit Themen, die den HPRLL beschäftigen, befassen sich auch andere Artikel in dieser Ausgabe der HLZ:

- die Aktivitäten der Initiative *Teach First* in Hessen: HLZ S. 17
- die Vergleichsarbeiten VERA an den Grundschulen: HLZ S. 27
- der Sozialindex bei der Lehrerzuweisung: HLZ S. 34

## Urlaubsabgeltung nach Ruhestand

Mit Urteil vom 31.1. 2013 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) endlich bestätigt, dass die Grundsätze des Europäischen Gerichtshofs zur Urlaubsabgeltung nach Krankheit auch für Beamtinnen und Beamte gelten (Az.: BVerwG 2 C 10.12). Das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport hat mit Datum vom 15. April 2013 einen Erlass zu Umsetzung der Rechtsprechung veröffentlicht. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist der Anspruch auf Urlaubsabgeltung dagegen schon länger geklärt.

**Ein Anspruch auf Abgeltung besteht nach einer Versetzung in den Ruhestand für Urlaub im Umfang von maximal vier Wochen, der wegen Dienstunfähigkeit nicht genommen werden konnte, nicht verfallen und soweit der Abgeltungsanspruch nicht verjährt ist.**

Der Anspruch auf Abgeltung des Urlaubs besteht nach der Entscheidung des BVerwG unmittelbar aufgrund europäischen Rechts. Er erfasst daher „nur“ den europäischen Mindesturlaubsanspruch von vier Wochen im Kalenderjahr (20 Arbeitstage bei einer Fünftagewoche). Darüberhinausgehende Ansprüche nach der Hessischen Urlaubsverordnung oder nach Schwerbehindertenrecht bleiben davon unberührt, da das deutsche Beamtenrecht keine Regelung zur Auszahlung von Resturlaub enthält.

Voraussetzung für den Abgeltungsanspruch ist, dass die Beamtin oder der Beamte nachweislich aufgrund von Dienstunfähigkeit den Urlaub nicht in Anspruch nehmen konnte. Dies setzt zum einen voraus, dass ein entsprechendes ärztliches Attest über die (aktuelle) Dienstunfähigkeit vorlag, zum anderen, dass festgestellt wird, wieviel Urlaub im Kalenderjahr genommen bzw. nicht genommen wurde. Der Abgeltungsanspruch besteht auch dann, wenn nicht das ganze Kalenderjahr über Dienstunfähigkeit vorlag und festgestellt werden kann, dass keine vier Wochen Urlaub gewährt wurden. Bei Lehrkräften in Hessen besteht hier die besondere Problematik, dass nicht erfasst wird, wann sie Urlaub nehmen. Es wird davon ausgegangen, dass der Urlaub in den Ferien genommen wird. Im Einzelfall muss daher ermittelt werden, wann die Lehrkraft wahrschein-

lich in den Ferien Urlaub genommen hat. Außerdem muss die Lehrkraft für die Ferien dann auch eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung oder ein anderes ärztliches Attest vorgelegt haben. Ein Anspruch auf finanzielle Abgeltung setzt nach europäischem Recht die Beendigung des Arbeitsverhältnisses voraus. Für Beamtinnen und Beamte ist diese Voraussetzung bei einer Versetzung in den Ruhestand erfüllt. Kann aufgrund der Dienstunfähigkeit der Urlaub nicht genommen werden und es erfolgt keine Versetzung in den Ruhestand, gelten die allgemeinen Regelungen zur Urlaubsübertragung nach der Hessischen Urlaubsverordnung. Hiernach wird zu stehender Urlaub, der in einem Kalenderjahr wegen vorübergehender Dienstunfähigkeit nicht oder nicht vollständig genommen werden konnte, dem Urlaubsanspruch des neuen Kalenderjahres hinzugefügt und verfällt erst mit Ende des folgenden Kalenderjahres. Für den Fall, dass dieser übertragene Urlaub aus dienstlichen Gründen oder gesundheitlichen Gründen nicht genommen werden kann, gibt es keine Regelung zu einem finanziellen Ausgleich.

Das Hessische Innenministerium hat klargestellt, dass der Anspruch auf Urlaubsabgeltung unabhängig von einem Antrag der Beamtin oder des Beamten entsteht. Nach einer Versetzung in den Ruhestand ist von Amts wegen zu prüfen, ob ein Resturlaubsanspruch vorhanden ist. Der europäische Mindesturlaub, der aufgrund vorübergehender Dienstunfähigkeit nicht genommen werden konnte, verfällt nach dem Urteil des BVerwG nach 18 Monaten nach dem Ende des Jahres, in dem der Urlaubsanspruch entstanden ist.

Der Urlaubsabgeltungsanspruch besteht somit nur für den Teil des Urlaubs, der zum Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand noch nicht verfallen ist. Der Urlaubsabgeltungsanspruch selbst unterliegt der allgemeinen Verjährungsfrist von drei Jahren. Diese beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem der Abgeltungsanspruch entstanden ist, das heißt, die Versetzung in den Ruhestand erfolgte.

- *Ein ausführliches Info der Landesrechtsstelle mit konkreten Beispielen findet man auf der Homepage der GEW Hessen ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Service Recht > Mitgliederbereich).*

## Dienstversammlung

Es häufen sich Berichte über Schulleitungen, die die Beschäftigten häufig oder gar regelmäßig zu festen Zeiten zu „Dienstversammlungen“ einladen, um Informationen zu verkünden oder Anweisungen zu erteilen.

Die Landesrechtsstelle weist darauf hin, dass Dienstversammlungen im Schulbereich aus rechtlicher Sicht nur sehr begrenzt möglich sind und sich nur auf dringende und begründete Ausnahmefälle beschränken können. Keinesfalls können sie im wöchentlichen Turnus stattfinden oder gar „jeden Morgen um halb acht“.

Aus dem Schulgesetz und der Konferenzordnung mit ihrer Definition von Zuständigkeiten einzelner Konferenzen für bestimmte Themenbereiche ergibt sich, dass alle wesentlichen Themen im Schulbereich in den Konferenzen behandelt werden müssen. Dienstversammlungen sind geeignet, die Beteiligungs- und Entscheidungsrechte der Konferenzen, insbesondere der Gesamtkonferenz, der Fachkonferenzen und der Schulkonferenz, zu untergraben und auch das Recht der Teilnahme von Eltern- und Schülervertretungen sowie der Mitglieder der Schulkonferenz an bestimmten Konferenzen zu umgehen.

Bei Themen, die nicht in die Zuständigkeit der Konferenzen fallen, hat die Dienststellenleitung qua Direktionsrecht die Möglichkeit, die Lehrkräfte in Ausnahmesituationen auf einer Dienstversammlung zu informieren. Alle übrigen Themen sind in der Konferenzordnung beziehungsweise im Katalog der Zuständigkeiten der Konferenzen geregelt.

Solche Dienstversammlungen dürfen auch nicht dazu führen, dass die Arbeits- und Präsenzzeit der Lehrerinnen und Lehrer ausgeweitet wird. Lehrkräfte haben nach der Pflichtenstundenverordnung bzw. nach der Dienstordnung eine Verpflichtung zur Erteilung des Unterrichts und zur Erledigung der dort genannten außerunterrichtlichen Verpflichtungen. Daher wäre es „systemwidrig“, wenn über eine regelmäßig stattfindende Dienstversammlung die Anwesenheitspflicht erweitert würde. Auch deshalb muss die Dienstversammlung immer eine Ausnahme bleiben.

## Wir gratulieren im Juni ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Jürgen Bär, Melsungen  
 Ulla Barnewold, Wetzlar  
 Folker Behrens, Frankfurt  
 Ursula Bunke, Heppenheim  
 Thomas Eger, Kassel  
 Gerhard Finke, Bad Hersfeld  
 Helga Gamroth, Frankfurt  
 Heinrich Geis, Hanau  
 Wolfgang Köhler, Kassel  
 Mechthild Morkel, Fulda  
 Bärbel Seyer, Rodgau  
 Eva Söffker, Buseck  
 Birte Zwiefelhofer, Bruchköbel

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Wite Fiebig, Frankfurt  
 Josef Geis, Frankfurt  
 Alfred Gramann, Niederaula  
 Klaus Hamel, Ortenberg  
 Ortwin Heinrich, Büdingen  
 Friedrich Krichbaum, Lautertal  
 Wolfram Lotzkat, Oberursel  
 Karl-Heinz Mintken, Oldenburg  
 Helmut Nowotny, Seeheim-Jugenheim  
 Klaus Thies, Wiesbaden  
 Hans-Georg Wagner, Aßlar

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Lisa Büttner, Limeshain  
 Waltraut Kautz-Kircher, Birstein  
 Ingrid Lisop, Frankfurt  
 Kurt Sorg, Lauterbach  
 Hans-Dietrich Walter, Bad Arolsen

### ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Günter Schoppe, Neukirchen  
 ... zum 75. Geburtstag:  
 Manfred Bechthold, Hüttenberg  
 Karl-Ludwig Bleicher, Villmar  
 Siegfried Dunitza, Ebersburg  
 Hanna Hilgeland, Bad Homburg  
 Jürgen Karsch, Wehrheim  
 Edda Krull, Wiesbaden  
 Ulrike Mehmel, Darmstadt  
 Ernst Ludwig Rau, Wettenberg  
 Reinhard Reichenbach, Bremen  
 Hannelore Schuchhardt, Dautphetal  
 Waltraut Sprunkel, Wiesbaden  
 Hildegard Waldmann, Großalmerode

### ... zum 80. Geburtstag:

Nikolaus Kelbert, Erbach  
 Bodo Rademann, Gersfeld  
 Americo Vinga Martins, Marburg

### ... zum 85. Geburtstag:

Dr. Hasso Baumann, Idstein  
 Ursula Vaupel, Eschwege  
 Marga Wilkening, Königstein

### ... zum 90. Geburtstag:

Otto Meyer, Jesberg  
 Günter Rost, Darmstadt

### ... zum 91. Geburtstag:

Ludwig Mück, Schwalmstadt

### ... zum 105. Geburtstag:

Elisabeth Hellmuth, Freiburg

## FrauenFragen in Kassel

Am 11. April fand in Kassel in der Willy-Brandt-Schule eine gut besuchte Veranstaltung der Personengruppe Frauen zum Thema „Lehrkräfte in Teilzeitarbeit“ statt. *Kathrin Kummer* aus der Landesrechtsstelle referierte über teilbare und unteilbare Dienstpflichten, Mehrarbeit, Vertretungsbereitschaft sowie Aufsicht und Unterrichtsverteilung. Lehrerinnen berichteten von der Zunahme von Dienstversammlungen, die Teilzeitkräfte besonders belasten (HLZ S. 36), und diskriminierenden Stundenplänen mit überdurchschnittlich vielen Springstunden, um Teilzeitkräfte „flexibel“ für Vertretungsstunden einsetzen zu können. *Kathrin Kummer* verwies auf die Zuständigkeiten des Schulpersonalrats für alle Maßnahmen, „die der Gleichstellung und Förderung von Frauen dienen“. Außerdem kann man das Problem auf die Tagesordnung einer Gesamtkonferenz setzen, die „Grundsätze der Stundenplangestaltung“ beschließen kann. Unterstützung finden Teilzeitbeschäftigte auch beim Gesamtpersonalrat, den Frauenbeauftragten und der GEW-Rechtsberatung.

Die Personengruppe Frauen der GEW Hessen plant weitere Informationsveranstaltungen dieser Art. Interessierte Bezirks- und Kreisverbände können sich an die Vorsitzenden der Personengruppe *Lioba Boll* und *Hanne Hirn* wenden (info@gew-hessen.de).

## Jubilarehrung in Darmstadt

Alle drei Jahre ehrt der Kreisverband Darmstadt-Stadt die Kolleginnen und Kollegen, die auf eine Mitgliedschaft von 25, 40, 50, 55, 60 und 65 Jahren zurückblicken können. Die Feier für die Jubilare wurde diesmal im *halb-Neun-Theater*, einer Kleinkunstabühne, organisiert. Das bekannte Darmstädter Kabarett *Kabbaratz* wurde für zwei gut halbstündige Beiträge engagiert. Eine weitere Attraktion war das kalte und warme Buffett des Theater-Restaurants *Karagöz*, das von *Iskender Caliscan*, dem Sohn eines türkischen ehemaligen Kollegen, geleitet wird.

Kreisvorsitzender *Klaus Armbruster* begrüßte die fast 100 Gäste und umriss die aktuellen gewerkschaftlichen Themen. Besonderen Dank widmete er den

Mitgliedern für ihre langjährige Treue zur GEW, denn „die Beitragskraft der Mitglieder ist ein nicht unwesentlicher Teil der Kampfkraft der Gewerkschaft“.



Kreisvorsitzender *Klaus Armbruster* (links), *Elke Weis-Helfmann* (2. von links) und *Helmuth Helfmann* (rechts) ehrten (von links) *Jutta Schaffner*, *Peter Schäfer-Waidelich*, *Frank Wenzel*, *Jürgen Stockhardt*, *Regina Weidner-Rehbock*, *Gabriele Spiewok* und *Ilse Mocek* für ihre 40-jährige Mitgliedschaft.





## MANFRED LÜCK IM RUHESTAND

Vielleicht gehört *Manfred Lück* zu denen, die sich klammheimlich über die Hochsetzung der Altersgrenze für Beamte gefreut haben. Immerhin ermöglicht sie einem wie ihm, der von der Arbeit nicht lassen kann, zwei Monate länger im Amt zu bleiben. Andererseits ist Manfred Lück aber Gewerkschafter durch und durch, im Juli schon seit 40 Jahren, und von daher solidarisch mit dem Kampf der Gewerkschaften gegen eine verlängerte Lebensarbeitszeit. Wie auch immer, am 30. April 2013 ist Manfred in den Ruhestand getreten. In einer Feierstunde in der Gesamtschule Ahnatal in Vellmar bei Kassel, wo er im Februar 1973 nach seinem Lehramtsstudium in Gießen als Referendar für Mathematik und Chemie seine Laufbahn begonnen hatte, konnte er vom Abteilungsleiter im Landesschulamt *Frank Sauerland* die Pensi- onierungsurkunde entgegennehmen.

Manfred Lück, der aus Fulda stammt, wurde schon bald in der Referendaraus- bildung in Kassel eingesetzt. 1984 wurde er Schulaufsichts- beamter in Borken, um 1987 an das Staatliche Schulamt für die Stadt Kas-

sel zu wechseln. Nach Auflösung der Schulabteilungen der Regierungsprä- sidien Ende 1997 war er als Leiter der Servicestelle für die Lehrerversorgung in Nordhessen und bis zu seiner Pensi- onierung für die landesweite Einstel- lung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst zuständig.

In der GEW war er schon früh in der Arbeitsgemeinschaft junger Leh- rer und Erzieher engagiert. Er leite- te lange Jahre die Fachgruppe Schul- aufsicht auf Bezirksebene, ist immer noch im Team Leiter der Landesfach- gruppe und Mitglied der Bundesfach- gruppe. Zudem kann er auf eine große Anzahl von Delegiertenversammlun- gen auf den verschiedenen Ebenen der GEW zurückblicken.

Alle, die ihn kennen und mögen, wünschen, dass ihm der Wegfall der unzähligen Zugfahrten nach Südhes- sen und das dafür nötige Aufstehen zu nachtschlafender Zeit nicht allzu schwer fallen möge. Und sie sind si- cher, dass er mehr denn je ein enga- gierter Opa für die beiden geliebten Enkelkinder sein wird.

Andreas Skorka

## Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

### Sendungen für die Schule

**Montag bis Freitag, 11 bis 11.30 Uhr**

Der Hessische Rundfunk sendet von Mont- ag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 30-minütige Sendestrecke, die nach §47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Ge- naueres hierzu sowie das ausführliche und kommentierte Programm erhalten Sie auf der Internetseite [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de).

### Naturwissenschaft und Technik

- **Meilensteine der Naturwissen- schaft und Technik:** Michael Faraday – Strom aus Magneten, Alfred Nobel und das Dynamit (10.6.), Sir Timothy Berners-Lee und das WWW, Louis Braille und die Blindenschrift (11.6.), Jo- hannes Gutenberg und der Buchdruck, James Prescott Joule und die Entde- ckung der Energie (12.6.), Igor Sikorsky und der Hubschrauber, James Watt und die Dampfmaschine (13.6.), Adam Ries und das Rechnen, Die Gebrüder Mont- golfier und der Heißluftballon (14.6.)

### Politische Bildung

- **Quo vadis BRD?** Lobbyismus: Die stille Macht (17.6.), Demokratie 2.0: Neue Chancen für mehr Mitbestim- mung (18.6.), Verfassungsauftrag So- zialstaat (19.6.)
- **GG 19: 19 gute Gründe für die Demokratie:** Gewährleistung, Briefge- heimnis, Freizügigkeit (20.6.), Petition, Allgemeine Freiheit, Familie, Vereini- gungsfreiheit (21.6.)

### Meine Ausbildung 2013

- Schüler führen selbst Regie – Sie- gerfilme 2013 (24.6. bis 26.6.)
- Keine Lehrstelle?, Praktikumsbe- richt (28.6.)
- Bewerbung schreiben, Bewer- bungsgespräch (27.6.)

### Bedrohte Paradiese

Malediven (1.7.), Kanaren (2.7.), Ägyp- ten (3.7.), Mallorca und die Balearen (4.7.), Kreta und die Inseln Griechen- lands (5.7.), Thailand (8.7.), Golf von Mexiko (9.7.), Sylt (10.7.)

## Wissenswert in hr2-kultur

### Radiosendungen für die Schule

**Montag bis Freitag: 8.40 bis 8.55 Uhr**

Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wis- senswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radio- sendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen.

### Literatur und Sprache

- Die Dialektik des Dialekts: Friedrich Stoltze (10.6.), Wolfgang Deichsel (11.6.), Michael Quast (12.6.)

### Politik und Wirtschaft

- Collecting Point Wiesbaden (13.6.)
- Deutsche Nationalhymnen (17.6.)
- Musik im Zeichen der Freiheit (18.6.)
- Pokern gegen Putin: Russlands Graswurzelbewegung (19.6.)
- Clara Zetkin: 80. Todestag (20.6.)
- Hessische Gedenkstätten: Das Wollheim-Memorial (28.6.)
- Kommt die Männerquote? (27.7.)

### Naturwissenschaft und Technik

- Die Energie-Wender: Landschaftsgestalter (14.6.)
- Blackout: Wenn die Sonne stürmt (21.6.)
- Wolkenforschung (24.6.)
- Energie aus Holz: Bäume im Wandel (25.6.)
- Klimawandel am Amazonas? (26.6.)
- Land unter: Staudämme am Amazonas (27.6.)
- Higgs: Wie die Atome zu ihrer Masse kommen (4.7.)
- Dem Holocaust entkommen: Arno Motulsky, Pionier der medizinischen Genetik (5.7.)

### Pädagogik

- Die verordnete Inklusion: Hessische Erfahrungen (1.7.)

## Ausstieg für rechte Jugendliche

Eine Fachtagung des hessischen Mo- dellprojekts „Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ befasst sich mit grundsätzlichen Überlegun- gen und Praxisberichten zur Präven- tion von Rechtsextremismus, Famili- enarbeit, mobiler Jugendberatung und Erinnerungspädagogik. Über das neue Buch „Jugend an der roten Linie“, he- rausgegeben von *Reiner Becker* und *Kerstin Palloks*, informiert die HLZ in ihrer nächsten Ausgabe.

- **Mittwoch, 3. Juli, 10-17 Uhr, Tech- nologie- und Tagungszentrum Marburg; Informationen und Anmeldung: [www.rote-linie.net](http://www.rote-linie.net)**



**terre des hommes**  
Hilfe für Kinder in Not



## Spuren...

... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.  
Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe. Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

[www.tdh.de](http://www.tdh.de)

Wir gestalten und produziern

**Jubiläumspublikationen,  
Bücher, Broschüren etc.**

sehr preiswert.

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

**Mensch und Leben Verlag**

Postfach 1944

61289 Bad Homburg

Tel. 06172-95830

Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

Die nächste

erscheint am 8. Juli 2013.

**Sind Sie dabei?  
Dann beachten**

**Sie bitte den Anzeigenschluss  
am 13. Juni 2013.**



Klinik am  
Leisberg  
BADEN-BADEN

**Von hier an geht  
es aufwärts!**

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

Privatklinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**

Fax: 07221/39 39 3-50 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

**Klassenfahrten eiskalt kalkuliert!**

Mit CTS Europa in der Nebensaison entdecken

Jetzt reinklicken unter  
**[www.cts-reisen.de](http://www.cts-reisen.de)**



Gruppen- und Studienreisen GmbH

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0

*Für Segelfahrten in Holland  
schauen Sie ...*



Für Klubs,  
Schul/  
Jugendgruppen,  
Incentives oder  
Einzelteilnehmer

**[www.segeln.nl](http://www.segeln.nl)**

**REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND**

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST

tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

Private Akutklinik für  
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung  
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

**Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!**

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**

Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!  
**www.1a-Beamtdarlehen.de**  
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-0404041**  
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren  
**NÜRNBERGER** Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
 Andreas Wendholt · Prall-Höing-Str. 19 · 46325 Birken

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.  
**0800 - 1000 500**  
 Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamtdarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013  
**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
 Laufzeit 7 Jahre  
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 ■ Beamtdarlehen ab 10.000 € - 125.000 €  
 ■ Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**  
 Kapitalvermittlungs-GmbH  
 ES, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Fax: (0621) 178180-25  
 Info@AK-Finanz.de  
**www.AK-Finanz.de**

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.  
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.

# Dienst- und Schulrecht für Hessen

## Die klassische Papiaerausgabe:

Das Standardwerk in zwei Spezialordnern, ca. 1480 Seiten.  
 Umfangreiches Inhalts- und Stichwortverzeichnis, dadurch trotz großen Umfangs leicht recherchierbar.  
 Auf Wunsch mit jährlich 1 bis 2 Aktualisierungen – so bleibt Ihr wertvolles Nachschlagewerk stets auf neuestem Stand.  
 Das komplette Grundwerk 35,- EUR  
**GEW-Mitglieds-Sonderpreis nur 26,- EUR**

## Die DuS-CD:

Das komplette DuS-Standardwerk, platzsparend auf CD, einfach recherchierbar.  
 Mit allen Suchmöglichkeiten einer modernen Software. Sofort bedienbar, intuitive Benutzerführung.  
 Dokumente können ausgedruckt und in die Textverarbeitung übernommen werden. Analog zur Papiaerausgabe, jährliche Aktualisierungen.  
 Die Ausgabe auf CD 39,- EUR  
**GEW-Mitglieds-Sonderpreis 29,90 EUR**

**Ob klassisch auf Papier oder digital auf CD:**

**Das Standardwerk "Dienst- und Schulrecht für Hessen" ist die große Hilfe für die tägliche Arbeit im Schulbereich!**

### Hiermit bestelle ich

- \_\_ Expl. CD-ROM**  
 zum Preis von 39,- EUR  
**GEW-Mitglieds-Sonderpreis 29,90 EUR**
- \_\_ Expl. Gesamwerk mit 2 Spezialordnern**  
 zum Preis von 35,- EUR  
**GEW-Mitglieds-Sonderpreis 26,- EUR**
- Weiter nehme ich am **Aktualisierungsdienst** teil, (ca. 1 bis 2-mal pro Jahr) zum Preis von 0,12 EUR/S.  
**GEW-Mitgliedspreis 0,09 EUR/Seite**  
 Der CD-Aktualisierungspreis orientiert sich ebenfalls hieran.  
 Alle Preise zzgl. Versandkosten.

Name-Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ-Wohnort \_\_\_\_\_  
 gg\* GEW-Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_  
**Gewünschter Zahlungsweg (bitte ankreuzen)**  
 Bargeldlos durch Bankinzug  Gegen Rechnung  
 Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_  
 Caususname \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

ANTWORT

**Mensch & Leben  
 Verlagsgesellschaft**

**Postfach 1944**

**61289 Bad Homburg v.d.H.**

**Für Fensterumschlag vorbereitet oder per Fax an:  
 06172-958321**

Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)